

STAATSANZEIGER



FÜR DAS LAND HESSEN

1996

MONTAG, 29. JANUAR 1996

Nr. 5

In der vorliegenden Ausgabe
des Staatsanzeigers ist das

INHALTSVERZEICHNIS

des Jahrgangs 1995 für die ständi-
gen Bezieher kostenlos beigelegt

	Seite		Seite
Hessische Staatskanzlei		Personalnachrichten	
Staatliche Anerkennung von Rettungs- taten	462	im Bereich des Hessischen Ministeriums des Innern und für Landwirtschaft, For- sten und Naturschutz	478
Verleihung von Grubenwehr-Ehrenzei- chen	462	im Bereich des Hessischen Ministeriums der Justiz und für Europaangelegenhei- ten	478
Hessisches Ministerium des Innern und für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz		im Bereich des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst	478
Änderung des Beihilferechts	462	im Bereich des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit	479
Bundesbesoldungs- und -versorgungs- anpassungsgesetz 1995	466	im Bereich des Hessischen Ministeriums für Frauen, Arbeit und Sozialordnung ..	479
Neuregelung des Familienleistungsaus- gleichs ab 1. 1. 1996; hier: — Vorläufige Durchführungsanweisungen, Hinweise und Vordrucke für die Familienkassen des öffentlichen Dienstes — Neufassung des Gesetzes über Steuerstatistiken durch das Jahressteuergesetz 1996 und das Jahressteuer-Ergänzungsgesetz 1996	468	Die Regierungspräsidien	
Organisation und Zuständigkeit der Hessischen Bereitschaftspolizei	470	DARMSTADT	
Änderung der Wahlordnung der Verwal- tungsfachhochschule in Wiesbaden	472	Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung „Landschaftsschutzgebiet Taunus“ vom 5. 1. 1996	479
Hessisches Kultusministerium		Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschafts- schutzgebiet „Auvenbund Kinzig“ vom 5. 1. 1996	480
Errichtung des Evangelischen Kirchli- chen Zweckverbandes, Diakoniestation Dietzhöhlztal-Eschenburg	472	Innungskrankenkasse Rhein-Main, Wiesbaden; hier: Anschluß der Innung des Bauhandwerks für Stadt und Kreis Offenbach und der Konditoren-Innung Wiesbaden-Rheingau-Taunus	486
Hessisches Ministerium für Wissen- schaft und Kunst		Innungskrankenkasse Rhein-Main, Wiesbaden; hier: Anschluß der Hand- werker-Innung der Fleischer — Kreis Rheingau —, Metall-Innung Büdingen und der Friseur-Innung Rheingau	486
Änderung der Prüfungsordnung des Fachbereichs Bauingenieurwesen der Fachhochschule Gießen-Friedberg für den Studiengang Bauingenieurwesen vom 29. 3. 1995	476	Innungskrankenkasse Rhein-Main, Wiesbaden; hier: Anschluß der Gold- Silberschmiede- und Graveur-Innung für den Main-Kinzig-Kreis, Elektro-In- nung Büdingen, Maler-Innung Büdingen, Bäcker-Innung Büdingen, Tischler- Innung Büdingen	486
Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung		Innungskrankenkasse Rhein-Main, Wiesbaden; hier: Anschluß der Friseur- Innung Büdingen, Fleischer-Innung Bü- dingen, Zimmerer-Innung Büdingen, Glaser-Innung für Stadt und Kreis Of- fenbach, Schreiner-Innung für Stadt und Kreis Offenbach am Main	487
Technische Baubestimmungen; hier: DIN V ENV 1992 Teile 1—1, 1—3, 1—4, 1—5 und 1—6 Eurocode 2: Planung von Stahlbeton- und Spannbetontragwerken ..	477	Innungskrankenkasse Südhausen, Bens- heim; hier: Anschluß der Dachdecker- Innung Darmstadt	487
		Innungskrankenkasse Südhausen, Bens- heim; hier: Anschluß der Innung des Bauhandwerks für den ehemaligen Stadt- und Landkreis Darmstadt	487
		Innungskrankenkasse Südhausen, Bens- heim; hier: Anschluß der Friseur-Innung Groß-Gerau	487
		Innungskrankenkasse Südhausen, Bens- heim; hier: Anschluß der Innung des Bauhandwerks Groß-Gerau, Landesin- nung des Vulkaniseur- und Reifenme- chaniker-Handwerks Hessen, Innung für Sanitär-, Heizungs- und Klimatech- nik Stadt und Landkreis Darmstadt	487
		Innungskrankenkasse Südhausen, Bens- heim; hier: Anschluß der Innung des Kraftfahrzeug-Handwerks Darmstadt ..	487
		Genehmigung der ALTRA-Stiftung, Sitz Rodgau	487
		Genehmigung der Dr. Hans-Werner Dil- dei Familienstiftung, Sitz Oberursel	487
		Zweckänderung der Peter Fuld Stiftung, Sitz Frankfurt am Main	487
		Zweckänderung der Sondershausen von Gläserthal'sche Stiftung, Sitz Frank- furt am Main	488
		KASSEL	
		Verordnung über das Naturschutzgebiet „Kalkmagerrasen bei Roßbach“ vom 26. 12. 1995	488
		Buchbesprechungen	493
		Öffentlicher Anzeiger	495
		Andere Behörden und Körperschaften ..	512
		Öffentliche Ausschreibungen	513
		Stellenausschreibungen	514

Die erste Folge 1996 einschließlich Inhaltsverzeichnis 1995 — HessVG Rspr — der
regelmäßig beigelegten, monatlich erscheinenden Beilage

RECHTSPRECHUNG DER HESSISCHEN VERWALTUNGSGERICHTE

Ist dieser Ausgabe des Staatsanzeigers für die ständigen Bezieher kostenlos beigelegt.
Sie kann auch in einem Jahresabonnement zum Preis von 15,— DM plus Versandkosten
zuzüglich 7 Prozent Mehrwertsteuer bezogen werden.

Bestellungen richten Sie bitte an:

VERLAG KULTUR UND WISSEN GMBH
MARKTPLATZ 13 · 65183 WIESBADEN · TELEFON 06 11 / 3 60 98-57

128

HESSISCHE STAATSKANZLEI

Staatliche Anerkennung von Rettungstaten

Am 2. Mai 1993 hat

Herr Helmut Menges, Frankfurt am Main,
unter Einsatz seines Lebens einen Menschen vor dem Tode gerettet. Ich habe ihm dafür mit Urkunde vom 15. September 1995 die Hessische Rettungsmedaille verliehen.

Am 29. März 1995 hat

Herr Bernd Erdmann, Frankfurt am Main,
unter Einsatz seines Lebens einen Menschen vor dem Tode gerettet. Ich habe ihm dafür mit Urkunde vom 27. Juni 1995 die Hessische Rettungsmedaille verliehen.

Am 8. Mai 1995 hat

Herr Thomas Riede, Bad Vilbel,
einem Menschen das Leben gerettet. Ich habe ihm dafür mit Urkunde vom 25. Juli 1995 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Am 11. April 1995 haben die Schüler

Michael Wedel, Hainburg,

Markus Wedel, Hainburg,

Clemens Hirschfeld, Seligenstadt,

einem Kind das Leben gerettet. Ich habe ihnen dafür mit Urkunde vom 7. August 1995 Dank und Anerkennung ausgesprochen.

Wiesbaden, 15. Januar 1996

Der Hessische Ministerpräsident

P 124 — 14 c 06/01

StAnz. 5/1996 S. 462

129

Verleihung von Grubenwehr-Ehrenzeichen

Der Bundespräsident hat auf meinen Vorschlag das Grubenwehr-Ehrenzeichen an folgende besonders verdiente Männer verliehen:

Grubenwehr-Ehrenzeichen in Silber

Herrn Edwin Bott, Hessisch Lichtenau

Herrn Horst Budenheim, Heringen

Herrn Willi Hahn, Bad Hersfeld

Herrn Norbert Henkel, Hohenroda

Herrn Josef Jähnel, Flieden

Herrn Harald Kowalsky, Philippsthal

Herrn Hubert Langer, Schenklengsfeld

Herrn Frank Michel, Heringen

Herrn Friedrich Noll, Großalmerode

Herrn Thomas Schönewolf, Philippsthal

Herrn Rolf Schwarz, Wetzlar

Herrn Gerhard Sippel, Neuhof

Herrn Alfred Spangenberg, Heringen

Herrn Rüdiger Stanke, Großalmerode

Wiesbaden, 11. Januar 1996

Der Hessische Ministerpräsident

P 123 — 14 a 02/01

StAnz. 5/1996 S. 462

HESSISCHES MINISTERIUM

DES INNERN UND FÜR LANDWIRTSCHAFT, FORSTEN UND NATURSCHUTZ

130

Änderung des Beihilferechts

1. Ich gebe nachstehend die Verwaltungsvorschrift vom 10. Januar 1996 zur Änderung der Verwaltungsvorschriften zur Hessischen Beihilfenverordnung bekannt. Sie bezieht sich im wesentlichen auf Änderungen durch die Vierte Verordnung zur Änderung der Hessischen Beihilfenverordnung.
2. Nach der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs durch das Jahressteuergesetz 1996 (BGBl. 1995 I S. 1250), mit Änderungen durch das Jahressteuer-Ergänzungsgesetz 1996 (BGBl. 1995 I S. 1959), werden Kinder über 18 Jahre beim Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz oder dem Bundeskindergeldgesetz u. a. berücksichtigt, wenn ihre Einkünfte und bestimmte Bezüge 12 000,— DM im Kalenderjahr nicht übersteigen (§§ 32 Abs. 4 EStG; 2 Abs. 2 BKGG). Ob dies der Fall ist, steht oftmals erst nach Ablauf des Kalenderjahres fest.
Bis zu einer entsprechenden Änderung der Hessischen Beihilfenverordnung sind Kinder über 18 Jahre allgemein als nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 HBeihVO berücksichtigungsfähig anzusehen, solange der kinderbezogene Anteil im Orts- oder Sozialzuschlag gezahlt wird. Dies gilt vorläufig auch, wenn nachträglich festgestellt wird, daß wegen der Höhe der Einkünfte (Bezüge) des Kindes kein Kindergeldanspruch bestanden hat und der kinderbezogene Anteil im Ortszuschlag zurückerfordert wird.
3. § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2.2 Satzteil HBeihVO ist ab 1. Januar 1996 durch Rechtsänderung überholt. Zum gleichen Zeitpunkt entfällt die VV Nr. 3 zu § 3 HBeihVO.
4. Soweit zu Pflegekosten bisher Beihilfe ohne Berücksichtigung des § 15 Abs. 10 HBeihVO (also nach den für Krankheitskosten usw. geltenden Bemessungssätzen) gewährt wurde, ist die Beihilfe von Amts wegen nachzuberechnen. Entsprechenden Rechtsmitteln ist abzuwehren. Art. 2 Nr. 4 der Vierten Verordnung zur Änderung der Hessischen Beihilfenverordnung ist zu beachten.
Abs. 4 meines Rundschreibens vom 10. Juli 1995 — I B 23 — P 1820 A — 43 (n. v.) wird aufgehoben.
5. Die durchschnittlichen Kosten einer (vollbeschäftigten) Krankenpflegekraft der Verg.Gr. Kr. V BAT betragen ab 1. Juli 1995 5 691,66 DM (vgl. VV Nr. 2.2 zu § 6 Abs. 1 Nr. 7 HBeihVO).

6. Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. September 1995 — 2 C 33.94 — ist die gleichzeitige Berechnung der Nr. 236 und 241 GOZ zulässig. Dasselbe gilt für die Nr. 239 im Verhältnis zur Nr. 241 GOZ.
Nr. 3.2 meines Rundschreibens vom 30. August 1994 (StAnz. S. 2699) wird aufgehoben.
- 7.1 Es ist eine Übersicht über die ab 1. Januar 1996 maßgeblichen Beiträge zur Rentenversicherung von Pflegepersonen abgedruckt. Sie berücksichtigt die erhöhten Bezugsgrößen und den erhöhten Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung.
- 7.2 Durch das Gesetz vom 15. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1824) ist § 170 Abs. 1 Nr. 6 Buchst. c SGB VI in der Weise geändert worden, daß auch bei in der sozialen Pflegeversicherung versicherten Pflegebedürftigen die Beiträge zur Rentenversicherung von nicht erwerbsmäßig tätigen Pflegepersonen von der Pflegekasse und der Festsetzungsstelle für die Beihilfe anteilig zu erbringen sind. Die Festsetzungsstelle hat folglich im Hinblick auf § 28 Abs. 2 SGB XI und § 9 Abs. 6 HBeihVO die Hälfte der Rentenversicherungsbeiträge zu entrichten. Da die Rechtsänderung zum 1. April 1995 erfolgte, hat dies rückwirkend zu diesem Zeitpunkt zu geschehen.
Nr. 5 Abs. 2 meines Rundschreibens vom 18. Juli 1995 (StAnz. S. 2358) wird aufgehoben.

Wiesbaden, 11. Januar 1996

Hessisches Ministerium des Innern
und für Landwirtschaft, Forsten
und Naturschutz

I B 23 — P 1820 A — 43

— Gült.-Verz. 3235 —

StAnz. 5/1996 S. 462

Anlage 1

Änderung der Verwaltungsvorschriften zur Hessischen Beihilfenverordnung

Auf Grund des § 20 der Hessischen Beihilfenverordnung (HBeihVO) werden die Verwaltungsvorschriften zur Hessischen Beihilfenverordnung vom 19. Mai 1993 (StAnz. S. 1330), geändert durch die Verwaltungsvorschrift vom 8. Dezember 1994 (StAnz. 1995 S. 3), wie folgt geändert:

1. Die VV zu § 5 werden wie folgt geändert:

- a) Der VV Nr. 5.2 zu Abs. 1 werden folgende Sätze 4 und 5 angefügt:

„Von der Einholung dieser Stellungnahme ist abzugehen, wenn die Schwellenwertüberschreitungen in einer Arztrechnung insgesamt unter 100,— DM liegen. Bis zu diesem Betrag entscheiden die Festsetzungsstellen in eigener Zuständigkeit (ggf. unter Einschaltung der Gesundheitsdezerate bzw. der Gesundheitsämter).“

- b) In der VV Nr. 5.3 Satz 4 zu Abs. 1 werden die Worte „im Einvernehmen mit dem Ministerium des Innern und für Europaangelegenheiten“ gestrichen.

- c) Die VV Nr. 1.1 zu Abs. 5 erhält folgende Fassung:

„1.1 Rentenbezieher als versicherungspflichtige Mitglieder der Krankenversicherung der Rentner sind nicht nach Abs. 5 berechtigt. Angesichts des Pflichtversicherungsverhältnisses steht auch zu dem auf Versorgungsbezüge entfallenden, von den Rentenbeziehern allein aufzubringenden Beitragsteil keine Beihilfe nach Abs. 5 zu.“

- d) In Satz 1 der VV Nr. 1 zu Abs. 6 Nr. 2 werden die Worte „§ 24 Abs. 2“ durch die Worte „§ 24 Abs. 3“ und die Worte „§ 41 Abs. 2“ durch die Worte „§ 41 Abs. 3“ ersetzt sowie nach den Worten „§ 60 Abs. 2 SGB V“ die Worte „§ 40 Abs. 3 SGB XI“ eingefügt.

2. Die VV zu § 6 werden wie folgt geändert:

- a) Die VV Nr. 4 zu Abs. 1 Nr. 2 erhält folgende Fassung:

„4. Keine Kürzung nach Satz 1 erfolgt bei Harn- und Blutteststreifen.“

- b) In der VV Nr. 2 Satz 2 zu Abs. 1 Nr. 3 werden nach dem Wort „Innern“ die Worte „und für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz“ angefügt.

- c) In der VV zu Abs. 1 Nr. 4 werden nach dem Wort „Innern“ die Worte „und für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz“ angefügt.

- d) Die VV zu Abs. 1 Nr. 6 werden wie folgt geändert:

- aa) Der VV Nr. 2 wird folgender Satz angefügt:

„Dies gilt nicht, wenn ein solches Zimmer für den Patienten nicht verfügbar ist.“

- bb) Den VV wird folgende VV Nr. 5 angefügt:

„5. Die nach § 14 Abs. 5 BPfIV neben Fallpauschalen berechenbaren Sonderentgelte, teilstationäre Pflegesätze für Dialysepatienten und Zuschläge sind beihilfefähig. Dies gilt auch für den Investitionszuschlag nach § 14 Abs. 8 BPfIV.“

- e) Die VV zu Abs. 1 Nr. 7 erhalten folgende Fassung:

„Zu Abs. 1 Nr. 7

1. Häusliche Krankenpflege kommt für die Personen in Betracht, die wegen Krankheit vorübergehend folgender Leistungen bedürfen:

- a) Grundpflege; dazu zählen die Bereiche Mobilität und Motorik (z. B. Betten, Lagern, Hilfe beim An- und Auskleiden); Hygiene (z. B. Körperpflege, Benutzung der Toilette) und Nahrungsaufnahme,

- b) hauswirtschaftliche Versorgung (z. B. Einkaufen, Kochen, Reinigen der Wohnung, Spülen, Wechseln und Waschen der Wäsche und Kleidung oder das Beheizen);

- c) Behandlungspflege (z. B. Verbandwechsel, Injektionen, Katheterisierung, Einreibungen).

Die ärztliche Bescheinigung muß Angaben über Art, Dauer und die tägliche Stundenzahl der Leistungen enthalten.

- 2.1 Bei einer häuslichen Krankenpflege durch eine Berufspflegekraft sind die Aufwendungen bis zur Höhe der örtlichen Sätze der hierfür in Betracht kommenden öffentlichen oder frei gemeinnützigen Träger beihilfefähig. Bis zur vorstehenden Höhe sind auch die Aufwendungen für eine vom Arzt für geeignet erklärte Ersatzpflegekraft beihilfefähig.

- 2.2 Durchschnittliche Kosten einer Krankenpflegekraft sind die monatliche feste Vergütung einer Krankenpflegekraft in der Verg.Gr. Kr. V der Anl. 1 b zum BAT (Endstufe der Grundvergütung, Ortszuschlag nach Tarifklasse II Stufe 2, Allgemeine Zulage, Pflegezulage, anteilige Zuwendung sowie anteiliges Urlaubsgeld, zusätzlich der Arbeitgeberanteile); das Ministerium des Innern und für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz gibt den jeweiligen Höchstsatz bekannt. Bis zu dieser Höhe können auch die Kosten für einen Einsatz

mehrerer Pflegekräfte berücksichtigt werden. Erfolgt die Krankenpflege nicht für den gesamten Kalendermonat, ist der Höchstsatz entsprechend zu mindern.

3. Neben Abs. 1 Nr. 7 Satz 1 können keine Beihilfen nach § 9 gewährt werden.

4. Bei einer vorübergehenden Pflege einer in einem Alten-/Seniorenwohnheim nicht wegen dauernder Pflegebedürftigkeit wohnenden Person ist der Pflegekostenzuschlag beihilfefähig. Aufwendungen für Unterkunft und Verpflegung sind nicht beihilfefähig.“

3. Die VV zu § 9 erhalten folgende Fassung:

„Zu § 9

1. Erfolgt die Pflege nicht für den gesamten Kalendermonat, sind der Höchstsatz nach Abs. 3, die Pauschalbeihilfe nach Abs. 4 und der Selbstbehalt nach Abs. 7 Satz 2 entsprechend zu mindern.

2. Die nach § 28 Abs. 2 SGB XI mit der Hälfte ihres Wertes zustehenden Sachleistungen gelten als Sachleistungen i. S. des § 5 Abs. 4 und 6 Satz 1.

Zu Abs. 1

1. Die Beihilfefähigkeit umfaßt die bei einer häuslichen, teilstationären und stationären Pflege entstehenden Aufwendungen für Grundpflege und hauswirtschaftliche Versorgung (vgl. VV Nr. 2 und 3 zu Abs. 2). Die Aufwendungen für eine notwendige Behandlungspflege sind daneben nach § 6 Abs. 1 Nr. 7 beihilfefähig. Insgesamt sind die Aufwendungen nur bis zur Obergrenze des § 6 Abs. 1 Nr. 7 Satz 4 beihilfefähig.

- 2.1 Beihilfen zu Aufwendungen für die Verbesserung des individuellen Wohnumfeldes des Pflegebedürftigen können gewährt werden, wenn die Pflegeversicherung anteilige Zuschüsse für die Maßnahmen gewährt hat. Bei in der privaten Pflegeversicherung Versicherten ist der Betrag beihilfefähig, aus dem der anteilige Zuschuß berechnet wurde. Bei Personen nach § 28 Abs. 2 SGB XI ist entsprechend Abs. 6 Satz 1 zu verfahren. Abs. 3 Satz 2 findet keine Anwendung.

- 2.2 Die Umgestaltung der Wohnung ist insgesamt eine Maßnahme nach Satz 1.

3. Aufwendungen für Pflegehilfsmittel (einschl. derjenigen zur Erleichterung der Pflege oder der selbständigeren Lebensführung des Pflegebedürftigen) sind im Rahmen der Anl. 3 zur Hessischen Beihilfenverordnung beihilfefähig. Abs. 6 gilt für Personen mit Anspruch nach § 28 Abs. 2 SGB XI sinngemäß. Abs. 3 Satz 2 findet keine Anwendung. Nach Nr. 9 der Anl. 3 zur HBeihVO von der Beihilfefähigkeit ausgeschlossene Gegenstände sind im Pflegefall in dem Maße beihilfefähig, das den Leistungen der Pflegeversicherung zugrunde liegt. Bei Zugehörigkeit zur privaten Pflegeversicherung bemißt sich die Beihilfe zu Pflegehilfsmitteln nach § 15 Abs. 10.

4. Personen, die nicht erwerbsmäßig Pflegebedürftige i. S. des Abs. 2 wenigstens 14 Stunden wöchentlich in ihrer häuslichen Umgebung pflegen, sind grundsätzlich versicherungspflichtig in der Rentenversicherung; ferner genießen sie Unfallversicherungsschutz. Zur Durchführung der Renten- und Unfallversicherung wird auf das Rundschreiben des Ministeriums des Innern und für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz vom 18. Juli 1995 (StAnz. S. 2358) verwiesen.

Zu Abs. 2

1. Krankheiten oder Behinderungen sind

- Verluste, Lähmungen oder andere Funktionsstörungen am Stütz- und Bewegungsapparat,
- Funktionsstörungen der inneren Organe oder Sinnesorgane,
- Störungen des zentralen Nervensystems wie Antriebs-, Gedächtnis- oder Orientierungsstörungen sowie endogene Psychosen, Neurosen oder geistige Behinderungen.

2. Hilfe besteht in der Unterstützung, in der teilweisen oder vollständigen Übernahme der Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens oder in der Beaufsichtigung oder Anleitung mit dem Ziel der eigenständigen Übernahme dieser Verrichtungen.

3. Gewöhnliche und regelmäßig wiederkehrende Verrichtungen sind

- im Bereich der Körperpflege das Waschen, Duschen, Baden, die Zahnpflege, das Kämmen, Rasieren, die Darm- oder Blasenentleerung,
- im Bereich der Ernährung das mundgerechte Zubereiten oder die Aufnahme der Nahrung,

- im Bereich der Mobilität das selbständige Aufstehen und Zu-Bett-Gehen, An- und Auskleiden, Gehen, Stehen, Treppensteigen oder das Verlassen und Wiederaufsuchen der Wohnung,
 - im Bereich der hauswirtschaftlichen Versorgung das Einkaufen, Kochen, Reinigen der Wohnung, Spülen, Wechseln und Waschen der Wäsche und Kleidung oder das Beheizen.
- Ein alleiniger Hilfebedarf bei der hauswirtschaftlichen Versorgung reicht nicht. Aufwendungen für eine berufliche oder soziale Eingliederung oder zur Förderung der Kommunikation sind nicht beihilfefähig.
4. Bei Kindern ist der zusätzliche Hilfebedarf im Vergleich zu einem gesunden gleichaltrigen Kind maßgebend.
 5. Die Beschäftigung und Betreuung z. B. in einer Werkstatt für Behinderte ist keine Pflege i. S. des § 9. Werkstattgebühren und Versicherungsbeiträge für Behinderte sind deshalb nicht beihilfefähig. Ebenfalls nicht beihilfefähig sind die Aufwendungen, die durch einen zur Erfüllung der Schulpflicht vorgeschriebenen Sonderschulunterricht entstehen (z. B. Fahrkosten).

Zu Abs. 3

- 1.1 Geeignete erwerbsmäßig tätige Pflegekräfte sind Personen, die
 - bei ambulanten Pflegeeinrichtungen (Pflegediensten) angestellt sind und die unter ständiger Verantwortung einer ausgebildeten Pflegekraft Pflegebedürftige in ihrer Wohnung pflegen und hauswirtschaftlich versorgen (§ 71 Abs. 1, § 72 SGB XI) oder
 - von der privaten Pflegeversicherung zur Pflege und hauswirtschaftlichen Versorgung zugelassen sind oder
 - von der Pflegekasse angestellt sind (§ 77 Abs. 2 SGB XI).
 Geeignete erwerbsmäßig tätige Pflegekräfte sind auch Einzelpersonen, wenn sie die Anforderungen der Pflegedienste erfüllen, auch wenn sie nicht in einem Anstellungsverhältnis nach Satz 1 stehen (vgl. § 77 SGB XI). Dies gilt nicht für in der sozialen Pflegeversicherung Versicherte.
- 1.2 Bei der Zuordnung zu den Pflegestufen sind die Richtlinien der Spitzenverbände der Pflegekassen über die Abgrenzung der Merkmale zur Pflegebedürftigkeit und der Pflegestufen sowie zum Verfahren der Feststellung der Pflegebedürftigkeit (Pflegebedürftigkeits-Richtlinien) zu beachten.
2. Soweit keine Gebührenordnung nach § 90 SGB XI erlassen ist, können die Aufwendungen für die häusliche Pflege nur in Höhe der Beträge als angemessen angesehen werden, die auf Grund des § 89 SGB XI zwischen den Trägern der Pflegedienste und den Leistungsträgern vereinbart wurden bzw. auf Grund des Art. 49 PflegeVG weitergelten. Fahrkosten sind nicht gesondert beihilfefähig.
3. Zur Höhe der Durchschnittskosten einer Krankenpflegekraft vgl. VV Nr. 2.2 zu § 6 Abs. 1 Nr. 7.
4. Beim Vorliegen eines besonderen Pflegebedarfs sind die um den nachstehenden Selbstbehalt gekürzten Aufwendungen bis zur Obergrenze des Abs. 3 Satz 2 beihilfefähig (Härteregelung).

Pflegekosten, welche die nach § 89 SGB XI vereinbarten Beträge (vgl. VV Nr. 2) übersteigen, dürfen bei Anwendung der Härteregelung nicht berücksichtigt werden.

Beihilfeberechtigte	mit Bezügen bis 5000 DM	mit Bezügen von mehr als 5000 DM bis 10.000 DM	mit Bezügen von mehr als 10.000 DM
ohne Angehörige	12 v. H.	13 v. H.	14 v. H.
mit einem Angehörigen	10 v. H.	11 v. H.	12 v. H.
mit 2 oder 3 Angehörigen	8 v. H.	9 v. H.	10 v. H.
mit mehr als 3 Angehörigen	6 v. H.	7 v. H.	8 v. H.

Als Bezüge sind die um 2 500,— DM verminderten (Brutto-) Dienst- oder Versorgungsbezüge sowie Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung oder aus einer Alters- oder Hinterbliebenenversorgung der oder des Beihilfeberechtigten zugrunde zu legen. § 9 Abs. 7 Satz 2 gilt entsprechend. Wird zu den Aufwendungen für die Pflege eines Ehegatten eine Beihilfe gewährt, sind bei den Bezügen zusätzlich der Arbeitslohn und die Renten aus der gesetzlichen Rentenver-

sicherung oder aus einer Alters- oder Hinterbliebenenversorgung des Ehegatten zu berücksichtigen.

5. Im Rahmen des Abs. 3 sind beihilfefähig die Pflegekosten bei einer
 - 5.1 teilstationären Pflege in einer Einrichtung der Tages- oder Nachtpflege. Stellt die Pflegeeinrichtung einen Pauschalsatz in Rechnung und werden die Aufwendungen für die Pflege nicht besonders angegeben, gelten 50 v. H. des Pauschalsatzes als Pflegekosten,
 - 5.2 Pflege in einer Pflegefamilie. Voraussetzung ist, daß nach amts- oder vertrauensärztlichem Gutachten die Pflegefamilie für die Pflege geeignet ist.
6. Bei Personen in Kurzzeitpflege mit Anspruch nach § 28 Abs. 2 SGB XI ist entsprechend Abs. 6 Satz 1 zu verfahren. Die Härteregelung des Abs. 3 Satz 2 findet keine Anwendung.

Zu Abs. 4

1. Für die Zuordnung zu den Pflegestufen und die Beihilfefähigkeit der Aufwendungen für medizinische Behandlung gelten die VV Nr. 1.2 zu Abs. 3.
2. Die zeitweise Abwesenheit von Pflegebedürftigen tagsüber wegen des Besuchs eines Kindergartens, einer Schule, einer Werkstatt für Behinderte oder einer anderen vergleichbaren Einrichtung steht der Zahlung der Pauschalbeihilfe nicht entgegen. Dies gilt auch bei Erwerbstätigkeit von Pflegepersonen, wenn die häusliche Pflege insgesamt sichergestellt bleibt.
3. Wird eine andere geeignete Person wegen Erholungsurlaubs, Krankheit oder aus anderen Gründen durch eine andere geeignete Person ersetzt, ändert dies an der Höhe der Pauschalbeihilfe nichts. Wird vertretungsweise die Pflege durch eine Berufspflegekraft ausgeübt, sind die Aufwendungen für Grundpflege und hauswirtschaftliche Versorgung wie bei einer Kurzzeitpflege (vgl. VV Nr. 6 zu Abs. 3) beihilfefähig.
- 4.1 Zeiten, für die Aufwendungen nach § 6 Abs. 1 Nr. 6, §§ 7, 8 oder Abs. 7 für Pflegebedürftige geltend gemacht werden, unterbrechen die häusliche Dauerpflege. Für diese Zeiten steht die Pauschalbeihilfe nicht zu.
- 4.2 Die Pauschalbeihilfe ist zu kürzen, sofern die Pflege nicht während des vollen Monats erfolgt (z. B. wegen des Beginns und Endes der Pflege während des Kalendermonats). Dabei ist der Kalendermonat mit 30 Tagen anzusetzen.
5. Entsprechende Leistungen auf Grund sonstiger Rechtsvorschriften i. S. von Satz 3 sind z. B. solche nach § 35 Abs. 6 BVG, § 558 Abs. 2 Nr. 2 RVO und § 34 BeamVG. Leistungen nach § 69 a BSHG zählen nicht dazu.
6. Haben mehrere Beihilfeberechtigte Anspruch auf die Pauschalbeihilfe für ein Kind, steht die Beihilfe nur einem Beihilfeberechtigten zu (vgl. § 4 Abs. 6).
7. Zur Überleitung durch Träger der Sozialhilfe vgl. VV Nr. 2 bis 5 zu § 17 Abs. 10.
8. Als Nachweis für die erbrachte Pflege reicht eine formlose Bescheinigung der Pflegeperson.

Zu Abs. 5

Bei einer Kombination der Leistungen nach den Abs. 3 und 4 ist das in der privaten oder sozialen Pflegeversicherung zugrunde gelegte Verhältnis der anteiligen Inanspruchnahme auch für die Beihilfe maßgeblich. Pauschalbeihilfe nach Abs. 4 steht nicht zu, wenn die Aufwendungen die Höchstsätze nach Abs. 3 Satz 1 übersteigen.

Zu Abs. 7

1. Die in Satz 1 genannten Anstalten und Pflegeheime sind Pflegeeinrichtungen, die Pflegebedürftige zur Betreuung und Pflege in der Regel nicht nur vorübergehend aufnehmen. Dies sind Krankenanstalten (z. B. Psychiatrische Krankenhäuser) sowie Pflegeabteilungen und Pflegeplätze in Altenheimen. Eine Einrichtung ist stets dann Pflegeeinrichtung, wenn die nach dem Heimgesetz vom 23. April 1990 (BGBl. I S. 764) zuständige Behörde die erforderliche Erlaubnis erteilt hat. Andere Einrichtungen sind keine Einrichtungen i. S. des Abs. 7.
2. Sind am Ort der Unterbringung oder in seiner Umgebung mehrere öffentliche oder freie gemeinnützige Anstalten oder Pflegeheime vorhanden, ist der niedrigste Satz der Einrichtung maßgebend, in welcher Pflegebedürftigkeit unter Berücksichtigung des Grades ihrer Pflegebedürftigkeit untergebracht sind. Bei Unterbringung in anderen Einrichtungen ist der niedrigste Satz der kostengünstigsten Einrichtung nach Satz 1 maßgebend, die nach dem Grad der Pflegebedürftigkeit in Betracht käme.

3. Betten- und Platzfreihaltegebühren, die durch die Unterbrechung durch Krankheit der Pflegebedürftigen erhoben werden, sind beihilfefähig. Dies gilt auch für eine Abwesenheit aus einem sonstigen, in der Person der Pflegebedürftigen liegenden Grund bis zu insgesamt 30 Kalendertagen jährlich.
4. Dienstbezüge sind die in § 1 Abs. 2 BBesG genannten Bruttobezüge; Versorgungsbezüge sind die in § 2 Abs. 1 BeamtVG genannten Bruttobezüge. Unfallausgleich nach § 35 BeamtVG, Unfallentschädigung nach § 43 BeamtVG und Leistungen für Kindererziehung nach § 294 SGB VI bleiben unberücksichtigt. Beim Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Verwendungseinkommen, Versorgung aus zwischenstaatlicher oder überstaatlicher Verwendung, mehrerer Versorgungsbezüge oder den in Abs. 7 Satz 1 Nr. 2 bezeichneten Renten ist die Summe aller nach Anwendung von Ruhens- oder Anrechnungsvorschriften gezahlten Dienst- oder Versorgungsbezüge zugrunde zu legen. Dem Betrag der Dienst- und Versorgungsbezüge ist der Zahlbetrag der Renten hinzuzurechnen. Zahlbetrag der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung ist der Rentenbetrag, der sich ohne Berücksichtigung des Beitragszuschusses und des Krankenversicherungsbeitrags ergibt. Steuerabzugsbeträge, Krankenversicherungsbeiträge usw. mindern nicht die Bruttobezüge.
5. Erfolgt die Pflege nicht für den gesamten Kalendermonat, ist der Selbstbehalt nach Satz 1 entsprechend zu mindern; dabei ist der Kalendermonat mit 30 Tagen anzusetzen.

Zu Abs. 9

- 1.1 Nach § 44 Abs. 3 SGB XI sind die Pflegekassen und die privaten Pflegeversicherungen verpflichtet, den Pflegebedürftigen die Pflegestufe schriftlich mitzuteilen. Diese Mitteilung ist von den Beihilfeberechtigten vorzulegen und die festgestellte Pflegestufe bei der Beihilfegewährung zugrunde zu legen. In Zweifelsfällen ist mit Zustimmung der Pflegebedürftigen bei der sozialen oder privaten Pflegeversicherung eine Ausfertigung des Gutachtens anzufordern.
 - 1.2 In anderen Fällen (z. B. bei keiner Mitgliedschaft in der Pflegeversicherung) bedarf es eines amts- oder vertrauensärztlichen Gutachtens. In den Fällen des Abs. 7 muß sich aus dem amts- oder vertrauensärztlichen Gutachten die Notwendigkeit einer dauernden stationären Pflege ergeben.
 2. Bei einem Antrag auf Feststellung einer höheren Pflegestufe ist die höhere Beihilfe ab Beginn des Antragsmonats zu gewähren, sofern dem Antrag entsprochen wird.
4. Die VV zu § 10 werden wie folgt geändert:
 - a) Die VV zu Abs. 1 werden wie folgt geändert:
 - aa) Die Sätze 1 und 2 erhalten folgende Fassung:

„Die Krebsfrüherkennungs-Richtlinien sind veröffentlicht im Bundesarbeitsblatt 1977 S. 32, zuletzt geändert am 25. Mai 1995 (BAnz. S. 9185). Die Kinder-Richtlinien sind veröffentlicht im Bundesarbeitsblatt 1977 S. 32, zuletzt geändert am 22. August 1995 (BAnz. S. 11789).“
 - bb) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3.
 - b) Die Sätze 2 und 3 der VV zu Abs. 3 erhalten folgende Fassung:

„Das für das hessische Gesundheitswesen zuständige Ministerium hat bestimmt, daß die als Impfkalendar herausgegebenen Impfpfehlungen der Ständigen Impfkommision Grundlage der Öffentlichen Empfehlung von Schutzimpfungen in Hessen sind. Dieser Impfkalendar (Stand: Oktober 1995) ist im StAnz. 1995 S. 4173 wiedergegeben.“

5. Den VV zu § 12 Abs. 2 wird folgende VV Nr. 4 angefügt:

„4. Würde der Mutter im Fall des Abs. 2 Satz 3 wegen Teilzeitarbeit die pauschale Beihilfe für Säuglings- und Kleinkinder-ausstattung nach § 2 Abs. 1 Nr. 4 Satz 2 nur anteilig zustehen, erhält der Vater mit vollem Beihilfeanspruch die Beihilfe. Ist der nichtbeamtete Vater ebenfalls teilzeitbeschäftigt, erhält er die anteilige Beihilfe, wenn seine arbeitsvertragliche wöchentliche Arbeitszeit diejenige der Mutter übersteigt.“

6. Als VV zu § 14 Abs. 2 wird angefügt:

„Zu Abs. 2

Wird ein berücksichtigungsfähiger Angehöriger oder ein Versorgungsempfänger wegen Neurodermitis oder Psoriasis am Toten Meer (Ein Boqueq, Salt Land Village, Sdom) behandelt, sind aus diesem Anlaß entstehende Aufwendungen im gleichen Umfang wie Aufwendungen für eine Heilkur (vgl. Abs. 3) beihilfefähig, wenn die inländischen Behandlungsmöglichkeiten ohne hinreichenden Heilerfolg ausgeschöpft sind, durch ein amts- oder vertrauensärztliches Gutachten nachgewiesen wird, daß die Behandlung wegen der wesentlich größeren Erfolgsaussicht notwendig ist und die Festsetzungsstelle die Beihilfefähigkeit vorher anerkannt hat.“

7. Die VV zu § 15 werden wie folgt geändert:

- a) In der VV zu Abs. 2 werden nach dem Wort „mehr“ die Worte „oder haben sich diese Einkünfte sehr verringert“ eingefügt.
- b) Den VV zu Abs. 7 wird folgende VV Nr. 6 angefügt:

„6. Zuschüsse zum Pflegeversicherungsbeitrag bleiben unberücksichtigt.“
- c) Nach der VV Nr. 1 zu Abs. 8 werden der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt und folgender Satzteil angefügt:

„hierbei bleiben Zuschüsse zum Pflegeversicherungsbeitrag unberücksichtigt.“
- d) Als VV zu Abs. 10 werden angefügt:

„Zu Abs. 10

1. Für die Höhe des Bemessungssatzes kommt es auf die Verhältnisse im Zeitpunkt des Entstehens der Aufwendungen (§ 5 Abs. 2 Satz 2) an.
2. Abs. 10 erfaßt nicht Aufwendungen für die Behandlungspflege. Für diese Aufwendungen gelten die Abs. 1 bis 9.“

8. Die VV zu § 17 Abs. 10 werden wie folgt geändert:

- a) In der VV Nr. 4 werden die Sätze 3 bis 5 durch folgende Sätze 3 und 4 ersetzt:

„Beihilfe ist zu gewähren, wenn der Sozialhilfeträger auf Grund des auf ihn nach § 91 BSHG übergegangenen Unterhaltsanspruchs des Hilfeempfängers Leistungen gegenüber dem unterhaltspflichtigen Beihilfeberechtigten geltend macht. Hierzu reicht es aus, wenn der Sozialhilfeträger dem Beihilfeberechtigten die Höhe der Aufwendungen mitteilt, auch wenn der Sozialhilfeträger ihn nur in Höhe der Beihilfe in Anspruch nimmt.“
- b) In der VV Nr. 7 werden die Worte „dortige Eingang“ durch die Worte „dort bestätigte Eingang“ ersetzt.

Die Verwaltungsvorschriften treten mit Wirkung vom 1. April 1995 in Kraft.

Wiesbaden, 10. Januar 1996

Hessisches Ministerium des Innern
und für Landwirtschaft, Forsten
und Naturschutz

I B 23 — P 1820 A — 32

StAnz. 5/1996 S. 462

Anlage 2

Übersicht über die Beiträge zur Rentenversicherung für Pflegepersonen

Stufe der Pflegebedürftigkeit des Pflegebedürftigen	tatsächlicher zeitlicher Pflegeaufwand mindestens wöchentlich	Bemessungsgrundlage			Beitrag bei einem Beitragssatz von 19,2 %	
		v.H. der Bezugsgröße	monatlicher DM-Betrag 1996		alte Länder	neue Länder
			alte Länder	neue Länder		
schwerstpflegebedürftig (Pflegestufe III)	28 Std.	80	3.304,00	2.800,00	634,37	537,60
	21 Std.	60	2.478,00	2.100,00	475,78	403,20
	14 Std.	40	1.652,00	1.400,00	317,18	268,80
schwerstpflegebedürftig (Pflegestufe II)	21 Std.	53,3333	2.202,67	1.866,67	422,91	358,40
	14 Std.	35,5555	1.468,44	1.244,44	281,94	238,93
erheblich pflegebedürftig (Pflegestufe I)	14 Std.	26,6667	1.101,33	933,33	211,46	179,20

(Werte für 1996; Beitragssatz: 19,2 % Bezugsgröße West: 4.130 DM Bezugsgröße Ost: 3.500 DM)

131

Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1995

Bezug: Mein Rundschreiben vom 8. Juni 1995 (StAnz. S. 1866)

I.

Das Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1995 (BBVAnpG 95) vom 18. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1942) ist gegenüber dem mit meinem Bezugsschreiben vom 8. Juni 1995 bekanntgegebenen Gesetzentwurf in mehreren Artikeln geändert worden; diese sind als Anlage abgedruckt. Geändert bzw. neu eingefügt sind die am Rand kenntlich gemachten Regelungen. Die vorgesehen gewesene Neufassung der Vorbemerkung Nr. 8 d (Artikel 4 Nr. 3 des Gesetzentwurfs) ist nicht Gesetz geworden. In der Anlage nicht enthalten sind Regelungen, die für den Landesbereich keine Bedeutung haben. Auf die teilweise geänderte Artikelfolge wird hingewiesen.

Die unter Vorbehalt geleisteten Zahlungen sind als endgültig zu behandeln, soweit sie dem BBVAnpG 95 entsprechen.

II.

Bei dieser Gelegenheit weise ich darauf hin, daß aus Kostengründen künftig nicht mehr alle Rundschreiben neben der Veröffentlichung im Staatsanzeiger vorab versandt werden. Der Beachtung der Veröffentlichungen im Staatsanzeiger kommt deshalb erhöhte Bedeutung zu.

Wiesbaden, 12. Januar 1996

Hessisches Ministerium des Innern
und für Landwirtschaft, Forsten
und Naturschutz
I B 21 — P 1500 A — 24

StAnz. 5/1996 S. 466

Anlage

Auszug

Gesetz
über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen
in Bund und Ländern 1995
(Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1995
— BBVAnpG 95)

Vom 18. Dezember 1995

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Teil 1

Anpassung

von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern

Artikel 2

Anpassung von Bezügen

Abschnitt 2

Einmalige Zahlung

§ 3

Empfänger von Dienstbezügen

- (1) Eine einmalige Zahlung in Höhe von 140 Deutsche Mark erhalten die am 1. April 1995 vorhandenen Beamten, Richter und Soldaten in einem Rechtsverhältnis mit Anspruch auf Dienstbezüge, die mindestens für einen Teil des Monats April 1995 Dienstbezüge erhalten. Satz 1 gilt entsprechend, wenn ein Rechtsverhältnis mit Anspruch auf Dienstbezüge am 3. April 1995 begründet wurde.
- (2) Werden Dienstbezüge anteilig oder nach einem besonderen Bemessungssatz gewährt, gilt dies entsprechend für die einmalige Zahlung.
- (3) Gehört der dienstliche Wohnsitz eines Berechtigten zu einem anderen Währungsgebiet als dem der Deutschen Mark, sind die §§ 7 und 54 des Bundesbesoldungsgesetzes entsprechend anzuwenden.
- (4) Maßgebend für die Fälle der Absätze 2 und 3 sind die Verhältnisse am 1. oder 3. April 1995 (Absatz 1 Satz 2). Soweit ein Anspruch auf Dienstbezüge später entstanden ist, sind die Verhältnisse am Tag der Entstehung des Anspruchs maßgebend.
- (5) Eine einmalige Zahlung steht nicht zu, wenn der Empfänger von Dienstbezügen vor dem 1. Mai 1995 auf Antrag oder aus seinem Verschulden aus dem öffentlichen Dienst (§ 40 Abs. 7 Bundesbesoldungsgesetz) ausscheidet. Dem öffentlichen Dienst im Sinne des Satzes 1 steht der Dienst bei öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihren Verbänden gleich.
- (6) Absatz 1 Satz 1 gilt für Empfänger von Amtsbezügen oder Amtsgehalt entsprechend.

§ 4

Versorgungsempfänger

- (1) Eine einmalige Zahlung erhalten die Empfänger von laufenden Versorgungsbezügen, die mindestens für einen Teil des Monats April 1995 Versorgungsbezüge erhalten, in Höhe des Betrages, der sich nach dem jeweiligen maßgebenden Ruhegehaltssatz und den Anteilssätzen des Witwen- und Waisengeldes sowie des Unterhaltsbeitrages aus dem Betrag von 140 Deutsche Mark ergibt. Satz 1 gilt sinngemäß für die in § 2 Abs. 4 genannten Versorgungsempfänger. § 3 Abs. 2 gilt entsprechend.

...

Artikel 3

Anpassung

von Erschwerniszulagen und der Mehrarbeitsvergütung

- (1) Die Erschwerniszulagenverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. März 1992 (BGBl. I S. 519), zuletzt geän-

dert durch Artikel 8 des Gesetzes vom 24. Juli 1995 (BGBl. I S. 962), wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Abs. 1 Nr. 1 wird der Betrag „4,49 Deutsche Mark“ durch den Betrag „4,64 Deutsche Mark“ ersetzt.
2. In § 19 a wird der Betrag „2,14 Deutsche Mark“ durch den Betrag „2,20 Deutsche Mark“ ersetzt.
- (2) Die Sätze der Mehrarbeitsvergütung nach § 4 Abs. 1 und 3 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. März 1992 (BGBl. I S. 528), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 24. Juli 1995 (BGBl. I S. 962), werden um 3,2 vom Hundert erhöht und auf volle Pfennige aufgerundet.
- (3) Das Bundesministerium des Innern kann die sich nach Absatz 2 ergebenden neuen Sätze im Bundesgesetzblatt bekanntmachen.

Teil 2

Sonstige Änderungen besoldungs- und versorgungsrechtlicher Vorschriften

Artikel 4

Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes

Das Bundesbesoldungsgesetz in der in Artikel 1 bezeichneten Fassung wird wie folgt geändert:

1. § 39 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
In Satz 2 werden nach dem Wort „Kindergeld“ die Wörter „nach dem Einkommensteuergesetz oder“ und nach dem Wort „Berücksichtigung“ die Wörter „des § 64 oder § 65 des Einkommensteuergesetzes oder“ eingefügt und die Angabe „§ 8“ durch die Angabe „§ 4“ ersetzt.
2. § 40 wird wie folgt geändert:
a) In Absatz 3 Satz 1 und Absatz 4 Satz 1 werden jeweils nach dem Wort „Kindergeld“ die Wörter „nach dem Einkommensteuergesetz oder“ und nach dem Wort „Berücksichtigung“ die Wörter „des § 64 oder § 65 des Einkommensteuergesetzes oder“ eingefügt und die Angabe „§ 8“ durch die Angabe „§ 4“ ersetzt.
b) Absatz 6 wird wie folgt geändert:
aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Kindergeld“ die Wörter „nach dem Einkommensteuergesetz oder“ und nach dem Wort „Berücksichtigung“ die Wörter „des § 65 des Einkommensteuergesetzes oder“ eingefügt sowie die Angabe „§ 8“ durch die Angabe „§ 4“ ersetzt.
bb) In Satz 2 werden nach dem Wort „Anwendung“ die Wörter „des Einkommensteuergesetzes oder“ eingefügt.
3. § 56 wird wie folgt geändert:
a) Absatz 1 wird wie folgt gefaßt:
„(1) Beamte, Richter und Soldaten, denen Kindergeld nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 63 Abs. 1 Satz 3 oder § 65 des Einkommensteuergesetzes zustehen würde, erhalten Auslandskindergeldzuschlag nach der Anlage VII für Kinder, die sich nicht nur vorübergehend
1. im Ausland aufhalten,
2. im Inland aufhalten, wenn dort kein Haushalt eines Elternteils besteht, der für das Kind bis zum Erreichen der Volljährigkeit sorgeberechtigt ist oder war.
§ 40 Abs. 6 Satz 3 findet entsprechende Anwendung. Im Falle des Satzes 1 Nr. 2 wird ein Kaufkraftausgleich nicht vorgenommen.“
b) Absatz 2 wird wie folgt gefaßt:
„(2) Auslandskindergeldzuschlag nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 wird auch gewährt für Kinder in der Übergangszeit zwischen zwei Ausbildungsabschnitten, wenn und soweit sich der Beginn des nächsten Ausbildungsabschnitts durch die Auslandsverwendung des Beamten, Richters oder Soldaten verzögert hat, höchstens jedoch für ein Jahr.“
4. § 62 wird wie folgt geändert:
a) Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 Buchstabe a wird wie folgt gefaßt:
„a) denen Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz oder dem Bundeskindergeldgesetz zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 64 oder § 65 des Einkommensteuergesetzes oder des § 3 oder § 4 des Bundeskindergeldgesetzes zustehen würde.“
b) Absatz 2 wird wie folgt gefaßt:
„(2) Erfüllt ein Anwärter in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 3 Buchstabe a nicht außerdem die Voraussetzungen des Absatzes 1 Nr. 3 Buchstabe b, so erhält er für jedes Kind, für das ihm Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz oder

dem Bundeskindergeldgesetz zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 64 oder § 65 des Einkommensteuergesetzes oder des § 3 oder § 4 des Bundeskindergeldgesetzes zustehen würde, einen Anwärterverheiratenzuschlag nach Anlage VIII, jedoch insgesamt nicht mehr als den Betrag nach Absatz 1.“

5. In § 72 wird Satz 2 aufgehoben.
6. In § 73 Satz 1 wird das Datum „31. Dezember 1995“ durch das Datum „31. Dezember 1996“ ersetzt.

Artikel 5

Änderung

des Gesetzes über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung

Das Gesetz über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung in der Fassung des Artikels VI Nr. 2 des Gesetzes vom 23. Mai 1975 (BGBl. I S. 1173), das zuletzt durch Artikel 3 des Gesetzes vom 21. Februar 1992 (BGBl. I S. 266) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 8 Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:
„(1) Neben dem Grundbetrag wird dem Berechtigten für jedes Kind, für das ihm im Monat Dezember Kindergeld zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 64 oder § 65 des Einkommensteuergesetzes oder des § 3 oder § 4 des Bundeskindergeldgesetzes zustehen würde, ein Sonderbetrag von fünfzig Deutsche Mark gewährt. § 40 Abs. 6 des Bundesbesoldungsgesetzes findet entsprechende Anwendung. Satz 1 gilt entsprechend, wenn ein Ausgleichsbetrag nach § 50 Abs. 3 des Beamtenversorgungsgesetzes oder entsprechenden Vorschriften gewährt wird oder deshalb nicht gewährt wird, weil in der Person der Waise oder einer anderen Person Ausschußgründe nach § 65 des Einkommensteuergesetzes vorliegen, eine Person vorhanden ist, die nach § 62 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes anspruchsberechtigt ist oder die Waise Anspruch auf Kindergeld nach § 1 Abs. 2 des Bundeskindergeldgesetzes hat; dies gilt nicht, wenn die Waise bereits bei einer anderen Person nach Satz 1 zu berücksichtigen ist.“
2. Dem § 3 wird nach Absatz 2 folgender Absatz 3 angefügt:
„(3) In den Jahren 1995 und 1996 gilt bei Anwendung der §§ 6, 7, 9 und 12 ein besonderer Bemessungsfaktor. Er wird vom Bundesministerium des Innern als Vmhundertsatz festgesetzt und nach dem Verhältnis errechnet, das zwischen den Bezügen, die regelmäßig angepaßt werden, im Dezember 1993 und jeweils im Dezember 1995 und 1996 besteht. Der Bemessungsfaktor ist auch maßgebend für Bezüge, die nicht regelmäßig angepaßt werden. Die bei der Anwendung von Ruhensvorschriften maßgebenden Höchstgrenzen werden im Monat Dezember bei der Gewährung der Zuwendung nicht verdoppelt, sondern dem für diesen Monat zustehenden Höchstgrenzenbetrag wird ein unter Anwendung des Bemessungsfaktors berechneter Höchstgrenzenbetrag hinzuaddiert. Die im Monat Dezember des jeweiligen Kalenderjahres maßgebenden persönlichen Verhältnisse sind zu berücksichtigen.“

Artikel 7

Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes

Das Beamtenversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Dezember 1994 (BGBl. I S. 3858), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 24. Juli 1995 (BGBl. I S. 962), wird wie folgt geändert:

1. In § 31 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 dritter Halbsatz wird im Klammerzusatz die Angabe „(§ 2 des Bundeskindergeldgesetzes)“ durch die Angabe „(§§ 1 und 2 des Bundeskindergeldgesetzes)“ ersetzt.
2. § 50 wird wie folgt geändert:
a) In Absatz 1 Satz 3 werden die Worte „des § 3 oder des § 8 des Bundeskindergeldgesetzes“ durch die Worte „der §§ 64, 65 des Einkommensteuergesetzes oder der §§ 3, 4 des Bundeskindergeldgesetzes“ ersetzt.
b) Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt gefaßt:
„Neben dem Waisengeld wird ein Ausgleichsbetrag gezahlt, der dem Betrag für das erste Kind nach § 66 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes entspricht, wenn in der Person der Waise die Voraussetzungen des § 32 Abs. 1 bis 5 des Einkommensteuergesetzes erfüllt sind, Ausschußgründe nach § 65 des Einkommensteuergesetzes nicht vorliegen, keine Person vorhanden ist, die nach § 62 des Einkommensteuergesetzes oder nach § 1 des Bundeskindergeldgesetzes anspruchsberechtigt ist, und die Waise keinen Anspruch auf Kindergeld nach § 1 Abs. 2 des Bundeskindergeldgesetzes hat.“

3. § 61 Abs. 2 wird wie folgt gefaßt:

„(2) Das Waisengeld wird nach Vollendung des achtzehnten Lebensjahres auf Antrag gewährt, solange die in § 32 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 Buchstabe a, b und d, Nr. 3 und Abs. 5 Satz 1, 2 und 4 des Einkommensteuergesetzes genannten Voraussetzungen gegeben sind. Im Falle einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung im Sinne des § 32 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 des Einkommensteuergesetzes wird das Waisengeld ungeachtet der Höhe eines eigenen Einkommens dem Grunde nach gewährt; soweit ein eigenes Einkommen der Waise das Zweifache des Mindestvollwaisengeldes (§ 14 Abs. 4 Satz 2 in Verbindung mit § 24 Abs. 1) übersteigt, wird es zur Hälfte auf das Waisengeld zuzüglich des Unterschiedsbetrages (§ 50 Abs. 1) angerechnet. Das Waisengeld nach Satz 2 wird über das siebenundzwanzigste Lebensjahr hinaus nur gewährt, wenn

1. die Behinderung bei Vollendung des siebenundzwanzigsten Lebensjahres bestanden hat oder bis zu dem sich nach § 32 Abs. 5 des Einkommensteuergesetzes ergebenden Zeitpunkt eingetreten ist, wenn die Waise sich in verzögerter Schul- oder Berufsausbildung befunden hat, und
 2. die Waise ledig oder verwitwet ist oder ihr Ehegatte oder früherer Ehegatte ihr keinen ausreichenden Unterhalt leisten kann oder dem Grunde nach nicht unterhaltspflichtig ist und sie nicht unterhält.
4. In § 107 a Abs. 1 Satz 1 wird das Datum „31. Dezember 1995“ durch das Datum „31. Dezember 1996“ ersetzt.
5. In § 107 c wird das Datum „31. Dezember 1995“ durch das Datum „31. Dezember 1996“ ersetzt.

Artikel 9

Änderung der Sonderzuschlagsverordnung

In § 7 der Sonderzuschlagsverordnung vom 13. November 1990 (BGBl. I S. 2451), die zuletzt durch Artikel 6 Abs. 19 des Gesetzes vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378) geändert worden ist, werden in der Überschrift das Semikolon und das Wort „Geltungsdauer“ gestrichen sowie die Sätze 2 bis 4 aufgehoben.

Artikel 11

Änderung der Beamtenversorgungs-Übergangsverordnung

In § 4 Abs. 3 der Beamtenversorgungs-Übergangsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1993 (BGBl. I S. 369), die durch Artikel 7 des Gesetzes vom 20. September 1994 (BGBl. I S. 2442) geändert worden ist, wird das Datum „31. Dezember 1994“ durch das Datum „31. Dezember 1996“ ersetzt.

Teil 3

Übergangs- und Schlußvorschriften

Artikel 15

Inkrafttreten

- (1) Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Mai 1995 in Kraft.
- (2) Abweichend von Absatz 1 treten in Kraft:
 1. mit Wirkung vom 1. April 1995 Artikel 1, soweit die Anlage VIII des Bundesbesoldungsgesetzes durch die Anlage 4 dieses Gesetzes ersetzt wird,
 2. mit Wirkung vom 1. Januar 1995 Artikel 5 Nr. 2 und die Artikel 6, 10, 11 und 12,
 3. am 1. Januar 1996 Artikel 4 Nr. 1 bis 4, Artikel 5 Nr. 1, Artikel 7 Nr. 1 bis 3 und Artikel 8 Nr. 1 bis 4.

132

Neuregelung des Familienleistungsausgleichs ab 1. Januar 1996;

hier: — Vorläufige Durchführungsanweisungen, Hinweise und Vordrucke für die Familienkassen des öffentlichen Dienstes
 — Neufassung des Gesetzes über Steuerstatistiken durch das Jahressteuergesetz 1996 und das Jahressteuer-Ergänzungsgesetz 1996

Bezug: Rundschreiben vom 13. November 1995 (StAnz. S. 3802)

I.

Den nachstehenden Schnellbrief des Bundesministeriums des Innern (BMI) vom 18. Dezember 1995 (ohne Anlagen) gebe ich — im

Einvernehmen mit dem Ministerium der Finanzen — als Anlage 1 und das ebenfalls nachstehend abgedruckte Rundschreiben des Bundesamtes für Finanzen (BfF) vom 22. Dezember 1995 als Anlage 2 mit der Bitte um Beachtung bekannt.

Die sechs Anlagen zum Schnellbrief des BMI können wegen ihres Umfangs und zum Teil auch wegen fehlender Druckreife nicht im Staatsanzeiger für das Land Hessen abgedruckt werden. Unter Hinweis auf Abschnitt V der Anlage zu diesem Rundschreiben bitte ich deshalb, zu gegebener Zeit bei Bedarf das für die Veröffentlichung vorgesehene und vom BMI herausgegebene Gemeinsame Ministerialblatt in der erforderlichen Stückzahl zu bestellen und sicherzustellen, daß ab 1. Januar 1996 bei den Familienkassen des öffentlichen Dienstes nach dem Neuregelungen verfahren wird. Das vom BMI angekündigte ergänzende Rundschreiben mit Fundstelle und Bezugsnachweis der Veröffentlichung im Gemeinsamen Ministerialblatt werde ich sobald als möglich bekanntgeben.

II.

Die in Abschnitt II und III der Anlage angekündigte Änderung des Jahressteuergesetzes 1996 ist inzwischen durch das Jahressteuer-Ergänzungsgesetz 1996 — JStErgG 1996 — vom 18. Dezember 1995 (BGBl. I S. 2599) erfolgt. Zu Abschnitt IV verweise ich auf Artikel 4 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1995 — BBVAnpG 95 — vom 18. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1942).

Wiesbaden, 11. Januar 1996

Hessisches Ministerium des Innern
 und für Landwirtschaft, Forsten
 und Naturschutz
 I B 21 — P 1513 A — 3
 — Gült.-Verz. 94 —

StAnz. 5/1996 S. 468

Anlage 1

Bundesministerium des Innern
 D II 3 — 221 920 — 72/1

Bonn, 18. Dezember 1995

An die
 obersten Bundesbehörden
 Deutsche Bundesbank
 für das Besoldungsrecht
 zuständigen obersten Landesbehörden

nachrichtlich:

Landesvertretungen beim Bund
 Kommunale Spitzenverbände
 Spitzenorganisationen der Beamten-
 und Richtervereinigungen
 Geschäftsstelle des Arbeitskreises
 der Länder für Besoldungsfragen
 Tarifgemeinschaft deutscher Länder
 Vereinigung der kommunalen
 Arbeitgeberverbände

Betr.: Neuregelung des Familienleistungsausgleichs ab 1. Januar 1996;

hier: Vorläufige Durchführungsanweisungen,
 Hinweise und Vordrucke für die Familienkas-
 sen des öffentlichen Dienstes

Bezug: Mein Rundschreiben vom 27. Oktober 1995 — D II 3 —
 221 920 — 72/0 — (GMBl. S. 944)

I.

Im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend übersende ich für die Durchführung des Kindergeldes ab 1. Januar 1996 als

Anlage 1: Vorläufige Durchführungsanweisungen des Bundesamtes für Finanzen für die Familienkassen des öffentlichen Dienstes,

Anlage 2: Hinweise des BMI zu einzelnen Regelungen der Durchführungsanweisungen,

Anlage 3: Hinweise des BMF zur Abgabenordnung (AO) und zur Finanzgerichtsordnung (FGO),

Anlage 4: Vordruckmuster für die Durchführung des Familienleistungsausgleichs ab 1. Januar 1996,

Anlage 5: Allgemeinverfügung des Bundesamtes für Finanzen zur Kindergeldstatistik,

Anlage 6: Muster des Bundesamtes für Finanzen für die
 — Formulierung einer Rechtsbehelfsbelehrung sowie
 — Verpflichtung auf das Steuergeheimnis

mit der Bitte um unverzügliche Unterrichtung des Ihnen nachgeordneten oder zugeordneten Bereichs bzw. dem einer anderen obersten Behörde Ihres Landes nachgeordneten oder zugeordneten Bereichs.

II.

Darüber hinaus gebe ich folgende Hinweise:

1. Änderung des Jahressteuergesetzes 1996

Das Jahressteuergesetz 1996 wird durch das Jahressteuer-Ergänzungsgesetz 1996 (BT-Drucksache 13/3084, BR-Drucksache 812/95) mit Wirkung zum 1. Januar 1996 geändert; die Verkündung im Bundesgesetzblatt wird vor Jahresende erfolgen.

In den beigefügten Vorläufigen Durchführungsanweisungen sind die von Bundestag und Bundesrat beschlossenen Änderungen bereits in den vorangestellten Gesetzesvorschriften berücksichtigt.

2. Geänderte Zuständigkeit für die Familienkassen des öffentlichen Dienstes

Auf Grund der Änderung des Einkommensteuergesetzes im Jahressteuer-Ergänzungsgesetz 1996 sind die Familienkassen des öffentlichen Dienstes nicht mehr für die Entscheidung von Ansprüchen auf Grund über- und zwischenstaatlicher Rechtsvorschriften zuständig. Dies bedeutet, daß bei Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt des Kindes außerhalb des Geltungsbereiches des Einkommensteuergesetzes die Ansprüche von der Familienkasse des zuständigen Arbeitsamtes zu bescheiden sind. Den Körperschaften, Stiftungen und Anstalten des öffentlichen Rechtes obliegt insoweit nur — wie privaten Arbeitgebern — die Auszahlung des Kindergeldes für diesen Personenkreis.

Soweit dies bei einzelnen Beschäftigten der Fall ist, ist die Kindergeldzahlung für Bestandsfälle zunächst weiterzuführen; auf § 72 Abs. 9 EStG und die Übergangsvorschrift in § 78 Abs. 1 EStG weise ich hin.

Näheres ergibt sich aus DA 72.2 und DA 78.3 (Anlage 1) sowie meinen Hinweisen hierzu (Anlage 2).

Für die im Inland lebenden Kinder solcher Berechtigten bleibt die Zuständigkeit der Familienkassen des öffentlichen Dienstes unverändert.

3. Zahl- und Zählkinder

Auch weiterhin werden Kinder ggf. als „Zählkinder“ berücksichtigt.

Soweit sich auf Grund der Anwendung von über- und zwischenstaatlichen Rechtsvorschriften mit nationalen Rechtsvorschriften Ansprüche ergeben, bleibt es bei den bisherigen Zahl- und Zählkinderregelungen.

Kinder, die nur Ansprüche nach dem BKGG auslösen, können nicht als Zählkinder Ansprüche nach dem EStG auslösen.

4. Kindeseinkommen

Durch das Jahressteuer-Ergänzungsgesetz ist klargestellt, für welche Zeiträume Einkünfte und Bezüge des Kindes im Zusammenhang mit der Kindergeldberechtigung maßgeblich und zu berücksichtigen sind. Insoweit wird auf die Regelung in und Durchführungsanweisung zu § 63 Abs. 1 i. V. m. § 32 Abs. 4 EStG verwiesen.

5. Vergleichsmittelungen

Durch das Jahressteuer-Ergänzungsgesetz 1996 wurde mit § 68 Abs. 4 EStG die Möglichkeit geschaffen, für die Bezügefestsetzung im öffentlichen Dienst Auskünfte bei der Familienkasse einzuholen.

III.

Auf Grund einer im Jahressteuer-Ergänzungsgesetz 1996 vorgenommenen gesetzlichen Klarstellung des Finanzverwaltungsgesetzes ist nunmehr für die künftige Durchführung des Familienleistungsausgleiches durch die Familienkassen des öffentlichen Dienstes folgendes zu beachten:

1. Familienkassen des öffentlichen Dienstes gelten als Bundesfinanzbehörden. Sie unterliegen insoweit hinsichtlich der Durchführung des Familienleistungsausgleiches der Fachaufsicht des Bundesamtes für Finanzen (BfF).

Im BfF ist hierfür das Referat St I 4 zuständig, das unter der Anschrift

Friedhofstraße 1, 53221 Bonn,
Telefon: 02 28/4 06-0,
Telefax: 4 06-26 61 und -26 65
zu erreichen ist.

2. Auf Grund dieser Regelung ist die bisherige Fach- und Rechtsaufsicht im Zusammenhang mit dem Vollzug des Familienleistungsausgleiches ab 1. Januar 1996 nicht mehr maßgebend.

Dies bedeutet, daß die Familienkassen fachaufsichtliche Fragen, auch Fragen zur Auslegung des materiellen Rechts, unmittelbar mit dem Bundesamt für Finanzen klären; eine Beteiligung oder Einschaltung der vorgesetzten Dienststelle ist nicht vorgesehen und auch unzulässig.

Familienkasse im Sinne des Gesetzes ist jede Stelle, die funktional für den Familienleistungsausgleich zuständig ist. Das ist jede kindergeldanweisende Stelle ungeachtet ihrer Eingliederung in die ansonsten bestehenden Regelungen über die allgemeine Fach- und Rechtsaufsicht.

Dies bedeutet zum Beispiel, daß auch innerhalb eines Ressortzweiges nachgeordnete Behörden ihre Aufgaben als Familienkasse unmittelbar unter Aufsicht des Bundesamtes für Finanzen erfüllen.

3. Im Hinblick auf die mit Kindergeldansprüchen verbundenen besoldungs-, versorgungs-, tarif- und fürsorgerechtlichen Leistungen kann es bei besonderen Fragestellungen jedoch angezeigt sein, auch die vorgesetzte Dienststelle zu beteiligen. In diesen Fällen ist zur Wahrung des Steuergeheimnisses das vorgelegte Material zu anonymisieren.

4. Wegen der Bedeutung des Steuergeheimnisses, dem die Amtsträger bereits kraft Gesetzes unterliegen, sind nach Auffassung des Bundesministeriums der Finanzen auch alle weiteren Personen, die Zugang zu den oder Einblick in die Steuerakte haben können, auf das Steuergeheimnis zu verpflichten. Zu diesem Personenkreis gehören z. B. Angehörige der Boten-, Schreib- und Registraturdienste, Reinigungspersonal etc. Den betroffenen Personenkreis bitte ich nach dem Muster der Anlage 6 zu verpflichten.

5. Weiter ergeben sich auch Konsequenzen für die Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Familienkassen sowie für die Beschaffung von spezieller Literatur:

Die Aus- und Fortbildung innerhalb der Bundesfinanzverwaltung obliegt der Bundesfinanzakademie.

Diese wird im Jahre 1996 mehrere Seminare für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Familienkassen des öffentlichen Dienstes anbieten. Nähere Auskunft erteilt auf formlose schriftliche Nachfrage die

Bundesfinanzakademie,
Herr RD Michaelis,
Willy-Brandt-Straße 10, 50321 Brühl.

Spezielle steuerrechtliche Literatur stellt das Bundesministerium für Finanzen zu Vorzugskonditionen zur Verfügung; entsprechende Vorschriften können beim

Bundesministerium der Finanzen,
— Referat Z A 1 —,
Graurheindorfer Straße, 53108 Bonn
angefordert werden.

6. Das Bundesministerium der Finanzen hat zum Jahressteuergesetz 1996 die Broschüre „Jahressteuergesetz 1996“ herausgegeben, die sich schwerpunktmäßig mit den Änderungen im Kindergeld befaßt. Die Broschüre kann — auch in größerer Zahl — angefordert werden beim

Bundesministerium der Finanzen,
— Referat Öffentlichkeitsarbeit —,
53105 Bonn.

IV.

Der Deutsche Bundestag hat in 2. und 3. Lesung am 7. Dezember 1995 das Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1995 beschlossen; der Bundesrat hat am 15. Dezember 1995 dem Gesetz ebenfalls zugestimmt. Die Verkündung des Gesetzes ist noch im Jahre 1995 vorgesehen.

Im Gesetz werden auch die bisherigen Verweisungen auf das Bundeskindergeldgesetz im Zusammenhang mit Besoldungs-, Versorgungsansprüchen auf das neue Recht des Familienleistungsausgleiches ab 1. Januar 1996 umgestellt.

Vom 1. Januar 1996 an entfällt die Regelung der Anlage VI i BBesG, wonach sich der Auslandskinderzuschlag (§ 56 BBesG) um Beträge in Höhe des Kindergeldes erhöht, das nach dem BKGG zustehen würde. Der betroffene Personenkreis hat von diesem Zeitpunkt an Anspruch auf Kindergeld nach dem EStG.

V.

Dieses Rundschreiben wird im Gemeinsamen Ministerialblatt veröffentlicht.

Fundstelle und Bezugsnachweis der Veröffentlichung im Gemeinsamen Ministerialblatt werde ich darüber hinaus noch mit einem ergänzenden Rundschreiben mitteilen.

Bundesamt für Finanzen — St I 4 — S 2280 —

An die
Bundesanstalt für Arbeit
— Ref. III a 3 —
— Ref. III b 2 —
— Ref. III b 3 —
— Ref. III b 5 —
Obersten Bundesbehörden
Deutsche Bundesbank
für das Besoldungsrecht zuständige
obersten Landesbehörden
Landesvertretungen beim Bund
Kommunale Spitzenverbände
Spitzenorganisationen der
Beamten- und Richtervereinigungen
Geschäftsstelle des Arbeitskreises der
Länder für Besoldungsfragen
Tarifgemeinschaft deutscher Länder
Vereinigung der kommunalen
Arbeitgeberverbände

nachrichtlich:

Bundesministerium der Finanzen
— Ref. Z C 3 — — Ref. IV A 4 —
— Ref. Z B 1 — — Ref. IV B 1 —
— Ref. Z B 2 — — Ref. IV B 5 —
— Ref. I A 5 — — Ref. IV B 6 —
— Ref. II A 6 — — Ref. V A 4 —
— Ref. IV A 5 —

Bundesministerium für Familien,
Senioren, Frauen und Jugend
— Ref. 223 —

Bundesministerium des Innern
— Ref. D II 3 —

Bundesministerium für Arbeit
— Ref. II b 5 —

z. Hd. Herrn Albach —

Bundesfinanzakademie
— Herrn Michaelis —

Neuregelung des Familienleistungsausgleichs und Neufassung des
Gesetzes über Steuerstatistiken durch das Jahressteuergesetz 1996
und das Jahressteuerergänzungsgesetz

Ich setze die Durchführungsanweisungen zum Familienleistungs-
ausgleich gemäß Dienstblatt-Runderlaß 99/95 der Bundesanstalt
für Arbeit vom 4. Dezember 1995 sowie die gleichlautenden Wei-
sungen des BMI vom 18. Dezember 1995, die im GMBL. veröffent-
licht werden, für alle Familienkassen (§ 5 Abs. 1 Nr. 11 FVG) mit
Wirkung vom 1. Januar 1996 in Kraft.

Ich weise darauf hin, daß die Durchführungsanweisungen in vol-
lem Umfang unter dem Vorbehalt der abschließenden fachauf-
sichtlichen Prüfung durch das Bundesamt für Finanzen stehen und
im Anschluß an diese Prüfung ggf. erneut bekanntgemacht und
veröffentlicht werden. Eine vertrauensschutzbegründende Selbst-
bindung der Verwaltung auf Grund einer evtl. Außenwirkung der
Dienstanweisungen tritt daher nicht ein.

Die im Bundesanzeiger Nr. 213 vom 14. November 1995 auf S.
11725 bekanntgemachte „Allgemeinverfügung über die Meldung
der Erhebungsmerkmale für die Kindergeldstatistik nach § 4 des
Gesetzes über Steuerstatistiken an das Bundesamt für Finanzen“
vom 30. Oktober 1995 gilt für die Familienkassen nach § 72 Abs. 1
und 2 des Einkommensteuergesetzes als Dienstanweisung fort.

Die Überschrift des an gleicher Stelle bekanntgemachten Musters
1 wird wie folgt gefaßt:

„Erfassungs-/Datensatz“.

Dieses Schreiben wird im Bundesanzeiger und im Bundessteuer-
blatt Teil I veröffentlicht.

133

Organisation und Zuständigkeit der Hessischen Bereit- schaftspolizei

Für die gemäß § 91 Abs. 3 Nr. 2 Buchst. b des Hessischen Gesetzes
über die öffentliche Sicherheit und Ordnung — HSOG — in der
Fassung vom 31. März 1994 (GVBl. I S. 174, 284), zuletzt geändert

Anlage 2
Bonn, 22. Dezember 1995

durch Gesetz vom 16. November 1995 (GVBl. I S. 502), i. V. m. § 10
Abs. 3 Nr. 1 der Verordnung über die Organisation und Zuständig-
keit der Hessischen Vollzugspolizei — PolOrgVO — vom 31. Ja-
nuar 1974 (GVBl. I S. 87), zuletzt geändert durch Verordnung vom
13. Dezember 1990 (GVBl. I S. 794), als obere Polizeibehörde
errichtete Direktion der Hessischen Bereitschaftspolizei ergeht
gemäß § 114 HSOG folgende Regelung:

1. Vorbemerkung:

Die Neuorganisation dient dem Ziel, die Leistungsfähigkeit
geschlossener Einheiten zu erhöhen, die Landesbereitschafts-
polizei und den polizeilichen Einzeldienst stärker zusammen-
zuführen sowie die Aufgaben an der Einführung der zweige-
teilten Laufbahn zu orientieren.

Ihre organisatorische Gliederung wird durch den Organisa-
tions- und Gliederungsplan für die Hessische Bereitschafts-
polizei unter Beachtung des Organisations- und Gliederungs-
planes des Bundes geregelt.

Sachliche und örtliche Zuständigkeit

2. Die Bereitschaftspolizei ist sachlich insbesondere zuständig
(§§ 93 Abs. 1 HSOG, 6 Abs. 1 PolOrgVO) für die

2.1 fachliche und technische Fortbildung der Beamtinnen und
Beamten der Schutzpolizei sowie die Ausbildung, soweit sie
nicht anderen Stellen übertragen ist,

2.2 Unterstützung der Polizeidienststellen bei polizeilichen Maß-
nahmen aus besonderen Anlässen, einschließlich lagebeding-
ter Bildung von Stäben (§ 6 Abs. 1 Nr. 2 PolOrgVO),

2.3 Unterstützung der Schutz-, Wasserschutz- und Kriminalpoli-
zei bei allgemeinen polizeilichen Maßnahmen, soweit die
Wahrnehmung der Aufgaben nach Nr. 2.1 und 2.2 dadurch
nicht beeinträchtigt wird (§ 4 Abs. 1 PolOrgVO),

2.4 jeder Polizeidienststelle nach § 4 Abs. 2 PolOrgVO obliegen-
den Aufgaben.

3 Art und Umfang der durch die Bereitschaftspolizei wahrzu-
nehmenden polizeilichen Aufgaben werden grundsätzlich
durch meine Behörde bestimmt. Für Ausnahmen gilt § 6
Abs. 2 Satz 2 PolOrgVO.

Vor Beendigung der Fachhochschulausbildung dürfen die
Polizeikommissar-Anwärterinnen und Polizeikommissar-
Anwärter bei Einsätzen aus besonderen Anlässen in geschlos-
senen Einheiten der Bereitschaftspolizei nur mit meiner Ge-
nehmigung eingesetzt werden.

4. Die Beamtinnen und Beamten der Bereitschaftspolizei sind
örtlich im Rahmen ihres jeweiligen dienstlichen Auftrages im
gesamten Land Hessen zuständig (§ 101 Abs. 1 HSOG).

5. Die Dienst- und Fachaufsicht über die Bereitschaftspolizei
wird durch meine Behörde wahrgenommen (§ 3 Abs. 1 Pol-
OrgVO).

Insbesondere gelten

— für die Ausbildung (Praktika) der Polizeikommissar-An-
wärterinnen und Polizeikommissar-Anwärter die Stu-
dienordnung der Verwaltungsfachhochschule in Wiesba-
den — Fachbereich Polizei — sowie für die Fortbildung
des Stammpersonals und der Einsatzbeamtinnen und
Einsatzbeamten die von mir genehmigten Lehrpläne und
ergänzenden Erlasse.

— für die Verwendung von Beamtinnen und Beamten bei
allgemeinen polizeilichen Maßnahmen und bei solchen
aus besonderen Anlässen meine Einsatzanweisungen.

Organisation

6. Die Bereitschaftspolizei gliedert sich in die Direktion und
vier Bereitschaftspolizeiabteilungen.

7. Die Direktion der Hessischen Bereitschaftspolizei ist die mir
unmittelbar unterstellte Führungsdienststelle der Bereit-
schaftspolizei (§§ 93 Abs. 1 Satz 3 HSOG, 10 Abs. 6 PolOrg-
VO). Die Direktion ist eine obere Polizeibehörde (§§ 91 Abs. 3
Nr. 2 Buchst. b HSOG, 10 Abs. 1 und Abs. 3 Nr. 1 PolOrgVO)
und insbesondere zuständig für:

— Grundsatzfragen der Fortbildung und der Durchführung
der Praktika im Rahmen der Ausbildung,

— Organisation einschließlich der Koordination von Einsät-
zen der Bereitschaftspolizei,

— Personalbewirtschaftung in ihrem Geschäftsbereich,

— Personallenkung bei der Zuweisung von Nachwuchsbe-
amtinnen und Nachwuchsbeamten,

— Prozeßvertretung im Rahmen der übertragenen Zustän-
digkeiten und

— Zusammenarbeit mit anderen Polizei- und sonstigen
Dienststellen des Bundes und der Länder, soweit dies
nicht anderen Behörden vorbehalten ist.

8. Die Direktion gliedert sich in
 - Behördenleitung,
 - Hauptsachgebiete und
 - Sachgebiete.
9. Die Behördenleiterin oder der Behördenleiter ist insbesondere
 - Dienststellenleiterin oder Dienststellenleiter der Direktion,
 - für die innerbehördliche Dienst- und Fachaufsicht zuständig,
 - für alle der Direktion übertragenen Entscheidungen zuständig,
 - für die sachgerechte Wahrnehmung der Aufgaben der Hessischen Bereitschaftspolizei insgesamt verantwortlich,
 - Vorgesetzte oder Vorgesetzter und Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter aller Bediensteten der Hessischen Bereitschaftspolizei sowie
 - höhere Dienstvorgesetzte oder höherer Dienstvorgesetzter in Disziplinarangelegenheiten (§ 2 DIVO).

Bei Abwesenheit der Direktorin oder des Direktors der Hessischen Bereitschaftspolizei nimmt die Vertreterin oder der Vertreter die Aufgaben wahr.
10. Hauptsachgebiete sind eingerichtet für:
 - Einsatz und Organisation mit den Sachgebieten
 - Organisation/Medien- und Öffentlichkeitsarbeit,
 - Einsatz,
 - Führungs- und Einsatzmittel,
 - Aus- und Fortbildung und Verwaltung mit den Sachgebieten
 - Aus- und Fortbildung,
 - Rechtsangelegenheiten,
 - Personal,
 - Logistik/Liegenschaftsangelegenheiten

sowie für den

 - Ärztlichen Dienst,
11. Die Bereitschaftspolizeiabteilungen unterstehen der Direktion unmittelbar (§ 16 Abs. 1 PolOrgVO). Sie sind an folgenden Dienstorten eingerichtet
 - I. BPA mit Führungsstab in Wiesbaden
 - 1 Hundertschaft mit 3 Einsatzzügen
 - 1 Hundertschaft mit 2 Einsatzzügen und 1 BFE
 - 1 Hundertschaft mit 2 Einsatzzügen und 1 TEE
 - II. BPA mit Führungsstab in Lich
 - 1 Hundertschaft mit 3 Einsatzzügen
 - 1 Hundertschaft mit 2 Einsatzzügen und 1 BFE
 - III. BPA mit Führungsstab in Mühlheim
 - 1 Hundertschaft mit 3 Einsatzzügen
 - 1 Hundertschaft mit 2 Einsatzzügen und 1 BFE
 - 1 Hundertschaft mit 2 Einsatzzügen und 1 TEE
 - IV. BPA mit Führungsstab in Kassel
 - 1 Hundertschaft mit 1 Einsatzzug und 1 BFE
 - 1 Hundertschaft mit 1 Einsatzzug und 1 TEE
12. Die Bereitschaftspolizeiabteilungen bestehen aus der Abteilungsleitung, den Sachgebieten, den Einsatzhundertschaften, dem Ausbildungsbereich, dem Ärztlichen Dienst sowie Einrichtungen zur Wahrnehmung von Serviceaufgaben.
13. Die Abteilungsleiterin oder der Abteilungsleiter führt die Abteilung. Sie oder er ist
 - Vorgesetzte oder Vorgesetzter aller Bediensteten der Abteilung,
 - Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter in Disziplinar- und anderen Angelegenheiten, die ihr oder ihm ausdrücklich übertragen sind,
 - insbesondere verantwortlich für
 - die Dienst- und Fachaufsicht über die Bediensteten der Abteilung insbesondere die ordnungsgemäße Aufgabenwahrnehmung und
 - die Ausübung des Hausrechts.

Bei Abwesenheit der Abteilungsleiterin oder des Abteilungsleiters nimmt die Vertreterin oder der Vertreter die Aufgaben wahr.
14. Sachgebiete sind eingerichtet bei der I. bis IV. Bereitschaftspolizeiabteilung

Sachgebiet 1 — Einsatz

— Organisation

Sachgebiet 2 — IuK-Angelegenheiten

— Kfz-Angelegenheiten

— Waffen und Gerät

Sachgebiet 3 — Personal

— Haushalts- und Bauangelegenheiten

15. Der Ausbildungsbereich verfügt über eine Geschäftsstelle und den Sozialpädagogischen Dienst. Der Lehrbetrieb gliedert sich in Fachbereiche und — soweit erforderlich — Fachgruppen.
16. Die Hundertschaften bestehen aus der Hundertschaftsführung, der Führungsgruppe sowie den Zügen und den Einheiten mit Gruppen und Trupps. Die Hundertschaftsführerin oder der Hundertschaftsführer ist für die ordnungsgemäße Aufgabenerfüllung ihrer oder seiner Hundertschaft verantwortlich. Bei Abwesenheit wird sie oder er durch die Hundertschaftstruppführerin oder den Hundertschaftstruppführer vertreten.
17. Beamtinnen und Beamte der Bereitschaftspolizei führen ihre Aufgaben im Rahmen der ihnen erteilten Aufträge durch
 - bei geschlossenen Einsätzen nach den Weisungen ihrer unmittelbaren Vorgesetzten (§ 6 Abs. 3 PolOrgVO). Dies gilt auch, wenn sie mit Beamtinnen oder Beamten anderer Polizeidienststellen eingesetzt werden. Die Leiterin oder der Leiter des Einsatzes (§ 3 Abs. 4 PolOrgVO) erteilt ihre oder seine Weisungen an die Vorgesetzte oder den Vorgesetzten der jeweils unterstellten Beamtinnen und Beamten,
 - zur Unterstützung des polizeilichen Einzeldienstes (Nr. 2) bei nicht geschlossenen Einsätzen nach den Weisungen der zuständigen Vorgesetzten.

Polizei Orchester

18. Das Hessische Polizeiorchester ist organisatorisch der I. Hessischen Bereitschaftspolizeiabteilung angegliedert. Seine Einsätze werden durch die Direktion der Hessischen Bereitschaftspolizei angeordnet. Die Musikdarbietungen dienen vor allem der Öffentlichkeitsarbeit für die Polizei. Der Leiterin oder dem Leiter der I. Bereitschaftspolizeiabteilung obliegt die Aufsicht über das Polizeiorchester. Die Leiterin oder der Leiter des Orchesters ist Vorgesetzte oder Vorgesetzter der ihr oder ihm unterstehenden Bediensteten. Sie oder er übt insoweit Dienst- und Fachaufsicht aus und ist insbesondere für einen geordneten Dienstbetrieb, die musikalische Weiterbildung sowie die sachgerechte Vorbereitung und Durchführung der angeordneten Musikeinsätze verantwortlich.

Bezeichnung

19. Im Schriftverkehr nach außen führen alle Organisationseinheiten der Bereitschaftspolizei die einheitliche Gesamtbezeichnung

Hessische Bereitschaftspolizei

Zusätzlich verwenden die nachstehend aufgeführten Organisationseinheiten folgende Bezeichnungen:

Direktion der Hessischen Bereitschaftspolizei (DHBP)

(röm. Ordnungszahl) Hessische Bereitschaftspolizeiabteilung (BPA)

Beispiel: I. Hessische Bereitschaftspolizeiabteilung

(röm. Ordnungszahl) Hessische Bereitschaftspolizeiabteilung (arab. Ordnungszahl) Hundertschaft (Hu)

Beispiel: III. Hessische Bereitschaftspolizeiabteilung 7. Hundertschaft

Sachmittel/Versorgung

20. Die Bereitschaftspolizei wird mit Sachmitteln ausgestattet
 - nach Maßgabe der Ausrüstungsnachweisung für die Bereitschaftspolizeien der Länder vom Bund und
 - im übrigen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel des Landes Hessen durch das Hessische Polizeiverwaltungsamt.
 21. Die Versorgung der Bereitschaftspolizei (insbesondere Verpflegung, Bekleidung, Unterkunft, Bezüge) — auch bei der Vorbereitung und Durchführung polizeilicher Einsätze und Übungen — obliegt ebenfalls dem Hessischen Polizeiverwaltungsamt.
 22. Geschäftverteilungsplan/Dienstanweisung
- Die notwendigen Einzelheiten der Organisation und Zuständigkeit werden für die Direktion und die Abteilungen durch

Geschäftsverteilungspläne und Dienstanweisungen geregelt, die meiner Genehmigung bedürfen (§ 14 Abs. 4 PolOrgVO).
Inkrafttreten

23. Dieser Erlaß tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1996 in Kraft.
24. Mein Erlaß vom 21. Dezember 1988, zuletzt geändert durch Erlaß vom 21. Oktober 1994, ist aufgehoben.
25. Der Hauptpersonalrat der Polizei war bei diesem Erlaß beteiligt.

Wiesbaden, 7. Dezember 1995

**Hessisches Ministerium des Innern
und für Landwirtschaft, Forsten
und Naturschutz**

III A 61 — 21 c

— Gült.-Verz. 31005 —

StAnz. 5/1996 S. 470

134

Änderung der Wahlordnung der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden

Die Landesregierung hat am 19. Dezember 1995 die nachstehende Änderung der Wahlordnung gemäß § 6 Abs. 5 Satz 2 Verwaltungsfachhochschulgesetz genehmigt.

Die Änderung wird hiermit gemäß § 27 Abs. 1 der Wahlordnung der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden veröffentlicht.

Wiesbaden, 12. Januar 1996

**Hessisches Ministerium des Innern
und für Landwirtschaft, Forsten
und Naturschutz**

IB 5 — 8 e 14 111

StAnz. 5/1996 S. 472

135

HESSISCHES KULTUSMINISTERIUM

Errichtung des Evangelischen Kirchlichen Zweckverbandes Diakoniestation Dietzhöhlztal-Eschenburg

Gemäß Art. 4, 67 und 68 der Kirchenordnung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau i. V. m. § 7 des Verbandsgesetzes hat die Kirchenverwaltung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau festgestellt:

§ 1

Die evangelischen Kirchengemeinden Eibelshausen, Eiershausen, Ewersbach, Hirzenhain, Roth, Simmersbach und Wissenbach haben durch zustimmenden Beschluß ihrer Kirchenvorstände zur Verbandssatzung vom 14. Dezember 1994 den Evangelischen Kirchlichen Zweckverband, Diakoniestation Dietzhöhlztal-Eschenburg gebildet.

§ 2

Gemäß der Bestimmung der Verbandssatzung über ihr Inkrafttreten ist der Zweckverband am 1. Januar 1995 entstanden.

Verbandssatzung

des Evangelischen Kirchlichen Zweckverbandes, Diakoniestation Dietzhöhlztal-Eschenburg vom 14. Dezember 1994

Grundlage für die nachstehende Verbandssatzung ist das Kirchengesetz über die Bildung, Zuständigkeit und Organisation kirchlicher Vereinigungen in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (Verbandsgesetz)

Präambel

Die Sorge für den kranken und leidenden Menschen ist ein Teil des christlichen Zeugnisses. Im Dienst der Gemeindekrankenpflege sind, da er sich dem Menschen in seiner Ganzheit zuwendet, Leib- und Seelsorge unmittelbar miteinander verbunden.

§ 1

Name und Sitz des Zweckverbandes

(1) Die Evangelischen Kirchengemeinden Eibelshausen, Eiershausen, Ewersbach, Hirzenhain, Roth, Simmersbach und Wissenbach bilden innerhalb des Gebietes der Kommunen Dietzhöhlztal und Eschenburg einen Evangelischen Kirchlichen Zweckverband zur

Anlage

Änderung der Wahlordnung der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden

Auf Grund des § 6 Abs. 1 Verwaltungsfachhochschulgesetzes vom 12. Juni 1979 (GVBl. I S. 95, 97), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Februar 1992 (GVBl. I S. 77, 86), hat der Senat der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden am 20. Juni 1995 und am 10. Oktober 1995 folgende Änderung der Wahlordnung beschlossen:

Artikel I

Die Wahlordnung der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden vom 7. April 1992 (StAnz. S. 1270) wird wie folgt geändert:

1. Als § 1 a wird eingefügt:

„§ 1 a

Zusammensetzung der Fachbereichsräte

Den Fachbereichsräten gehören jeweils an:

1. die Fachbereichsleiterin oder der Fachbereichsleiter als vorsitzendes Mitglied,
 2. sieben Personen zur Vertretung der Fachhochschullehrkräfte,
 3. eine Person zur Vertretung der Lehrbeauftragten,
 4. zwei Personen zur Vertretung der sonstigen im Fachbereich hauptberuflich tätigen Angehörigen des öffentlichen Dienstes,
 5. vier Personen zur Vertretung der im Fachbereich Studierenden.“
2. In § 5 Satz 1 werden nach den Wörtern „Fachbereich Polizei“ die Wörter „und seine Außenstellen“ eingefügt.

Artikel II

1. Diese Änderung der Wahlordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in Kraft.
2. Die §§ 7 und 8 der Verordnung über die erstmalige Bildung der Organe der Verwaltungsfachhochschule in Wiesbaden vom 18. Januar 1980 (GVBl. I S. 76) sind gegenstandslos.

Errichtung einer Zentrale für ambulante Pflegedienste mit Sitz in Eschenburg-Eibelshausen. Dies geschieht im Einvernehmen mit den Freien Evangelischen Gemeinden Ewersbach und Wissenbach.

(2) Der Zweckverband führt den Namen „Evangelischer Kirchlicher Zweckverband, Diakoniestation Dietzhöhlztal-Eschenburg“.

(3) Der Zweckverband ist berechtigt, das Kronenkreuz — das Zeichen des Diakonischen Werkes — zu führen.

(4) Der Zweckverband ist eine Körperschaft des Öffentlichen Rechts gemäß Artikel 140 Grundgesetz und Artikel 70 Kirchenordnung.

(5) Der Zweckverband wird, unbeschadet der Aufsicht der Kirchenverwaltung, Mitglied des als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege anerkannten Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau und damit zugleich dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland angeschlossen.

(6) Er tritt den zwischen der Liga der Freien Wohlfahrtspflege und den Kranken- und Pflegekassenverbänden getroffenen Vereinbarungen über die häusliche Krankenpflege in der jeweils gültigen Fassung bei.

§ 2

Gemeinnützigkeit und Vermögensbindung

(1) Der Zweckverband verfolgt ausschließlich gemeinnützige, mildtätige und kirchliche Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Er ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Zweckverbandes dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden.

(2) Der Zweckverband darf keine Person durch Ausgaben, die seinem Zweck fremd sind, oder durch unverhältnismäßige Vergütungen begünstigen. Die Mitglieder der Organe des Zweckverbandes dürfen in der Eigenschaft als Mitglieder keine Zuwendungen aus Mitteln des Zweckverbandes erhalten. Sie sind ehrenamtlich tätig und haben Anspruch auf Ersatz ihrer notwendigen Auslagen.

(3) Bei Auflösung des Zweckverbandes oder bei Wegfall seines bisherigen Zweckes fällt das Vermögen des Zweckverbandes an die Verbandsmitglieder, die es unmittelbar und ausschließlich für mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden haben.

§ 3

Aufgaben des Zweckverbandes

(1) Der Zweckverband erbringt und koordiniert die ambulanten Pflegedienste (Kranken-, Alten-, Haus- und Familienpflege) in seinem Gebiet.

Zu seinen Aufgaben zählen insbesondere:

- a) Pflege von Kranken, insbesondere Langzeitkranken jeden Alters,
- b) Pflege von frühentlassenen Krankenhauspatienten,
- c) Pflege von behinderten und alten Menschen,
- d) Mobile Soziale Dienste, insbesondere hauswirtschaftliche Versorgung,
- e) Hilfen für Familien in besonders belasteten Lebenssituationen,
- f) Gesundheitsvorsorge und -erziehung durch Beratung in den Familien, in Zusammenarbeit mit den örtlichen Kirchengemeinden,
- g) Seminare für häusliche Krankenpflege und Gesundheitserziehung, in Zusammenarbeit mit den örtlichen Kirchengemeinden sowie
- h) Förderung der gemeindlichen Diakonie (Nachbarschaftshilfe, Helfergruppen, Altenarbeit),
- i) seelsorgerliche Begleitung auf Grund des christlichen Glaubens für die zu betreuenden Personen,
- j) Vermittlung und Verleih von Hilfsmitteln.

Weitere Aufgaben können übernommen werden.

(2) Die Dienste des Zweckverbandes können nach Maßgabe der Personalsituation und nach Art und Grad der Hilfsbedürftigkeit von jedem in Anspruch genommen werden, der im Versorgungsbe- reich des Verbandes wohnt.

(3) Der Zweckverband gestaltet seine Arbeit nach den „Grundsät- zen für die Errichtung von Zentralen für ambulante Pflegedienste“ in der jeweils gültigen Fassung. Die Fachberatung erfolgt durch das Diakonische Werk.

(4) Das Pflegepersonal soll eng mit den Kirchengemeinden und mit den Freien Evangelischen Gemeinden zusammenarbeiten. Es soll auf Wunsch des/der Pflegebedürftigen den/die zuständige Gemein- depfarrer/in informieren. Soweit möglich, soll das Pflegepersonal ständig einem bestimmten Pflegebezirk zugeordnet werden und im Bereich der Diakoniestation seinen Wohnsitz haben.

Wird eine Pflegekraft für einen Pflegebezirk neu eingestellt, ist der Kirchenvorstand des Verbandsmitglieds, in dessen Bereich der Pflegebezirk liegt, vor der Einstellung zu hören.

§ 4

Organe des Zweckverbandes

Die Organe des Zweckverbandes sind

die Verbandsvertretung,
der Verbandsvorstand sowie
das Kuratorium.

Die Mitglieder der Organe des Zweckverbandes sind ehrenamtlich tätig und haben Anspruch auf Ersatz ihrer Auslagen.

§ 5

Aufgaben der Verbandsvertretung

(1) Die Verbandsvertretung ist das oberste Organ der Leitung des Zweckverbandes. Sie entscheidet über alle wichtigen Angelegen- heiten des Zweckverbandes.

(2) Ihre Aufgaben sind insbesondere:

- a) die Wahl der Mitglieder des Vorstandes und des/der Vorsitzenden und des/der Stellvertreters/Stellvertreterin sowie deren vorzeitige Abberufung aus ihrem Amt,
- b) die Wahl des/der Vorsitzenden der Verbandsvertretung und des/ der Stellvertreters/Stellvertreterin sowie deren vorzeitige Ab- berufung aus ihrem Amt,
- c) die allgemeine Aufsicht über die Geschäftsführung des Ver- bandsvorstandes sowie das Verlangen auf Erteilung von Aus- künften und auf Anfertigung von Vorlagen durch diesen,
- d) die Beschlußfassung über den Haushalts- und Stellenplan des Zweckverbandes, die Bewilligung außer- und überplanmäßiger Ausgaben sowie einer etwaigen Verbandsumlage,
- e) die Beschlußfassung über die Abnahme der Jahresrechnung und die Entlastung des Vorstandes, vorbehaltlich der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt der EKHN,
- f) die Beschlußfassung über die Aufnahme von Darlehen, Verzicht auf vermögensrechtliche Ansprüche und auf die für sie bestell- ten Sicherheiten, den Erwerb, die Veräußerung, die Belastung von Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten sowie die Übernahme von Bürgschaften,

- g) die Beschlußfassung über die Einführung, Abänderung und Aufhebung von Gebührenordnungen,
 - h) die Beschlußfassung über die Aufnahme und das Ausscheiden von Verbandsmitgliedern,
 - i) die Beschlußfassung über Änderungen der Verbandssatzung,
 - j) die Beschlußfassung über den Erlass von Satzungen für Ein- richtungen des Zweckverbandes und deren Änderungen sowie
 - k) die Beschlußfassung über die Auflösung des Zweckverbandes.
- (3) Auf Beschlüsse der Verbandsvertretung finden die Genehmi- gungs- und Mitwirkungsvorbehalte des kirchlichen Rechts (§§ 29 und 29 a KGO) sinngemäß Anwendung.

§ 6

Zusammensetzung und Amtszeit der Verbandsvertretung

(1) Jedes Verbandsmitglied entsendet pro angefangene 1 500 Ein- wohner je Ortsteil eine/n Vertreter/in, d. h. zur Zeit nach folgender Aufschlüsselung Mitglieder in die Verbandsvertretung:

Kirchengemeinde Eiershausen	1
Kirchengemeinde Eibelshausen	3
Kirchengemeinde Ewersbach	3
Ortsteil Ewersbach	3
Ortsteil Mandeln	1
Ortsteil Rittershausen	1
Ortsteil Steinbrücken	1
Kirchengemeinde Hirzenhain	2
Ortsteil Hirzenhain	2
Ortsteil Hirzenhain/Bhf.	1
Kirchengemeinde Roth	1
Kirchengemeinde Simmersbach	1
Kirchengemeinde Wissenbach	2

Von den Mitgliedern sollen mindestens zwei Pfarrer/Pfarrerinnen sein. Die Verbandsmitglieder unterrichten sich vorab über die jeweils zur Wahl stehenden Kandidaten/Kandidatinnen. Voraus- setzung für die Wählbarkeit im übrigen ist die Gemeindezugehö- rigkeit.

(2) Die von den Verbandsmitgliedern zu wählenden Mitglieder der Verbandsvertretung werden jeweils von deren Vertretungsorganen in geheimer Wahl gewählt. Für jedes gewählte Mitglied ist ein/e Stellvertreter/in zu wählen. Wiederwahl ist zulässig.

(3) Scheidet ein gewähltes Mitglied aus der Verbandsvertretung aus, so ist an seiner Stelle für den Rest der Amtszeit innerhalb einer Frist von einem Monat durch das betroffene Verbandsmit- glied ein neues Mitglied zu wählen.

(4) Die Amtszeit der Verbandsvertretung entspricht der Dauer der Wahlperiode der Kirchenvorstände. Nach Ablauf der Amtszeit bleiben die Mitglieder der Verbandsvertretung bis zur Konstitu- ierung der neugebildeten Verbandsvertretung im Amt. Die Mit- glieder der Verbandsvertretung sind jeweils innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Neubildung der Kirchenvorstände durch die Verbandsmitglieder zu wählen. Wiederwahl ist zulässig.

(5) Die Freien Evangelischen Gemeinden Ewersbach und Wissen- bach entsenden je zwei beratende Mitglieder in die Verbandsver- tretung. Diese Mitglieder werden von den jeweiligen Freien Evan- gelischen Gemeinden benannt und von der Verbandsvertretung berufen.

§ 7

Sitzung der Verbandsvertretung

(1) Die Verbandsvertretung tritt jährlich mindestens einmal zu einer ordentlichen Sitzung zusammen.

(2) Sie tritt erstmals innerhalb eines Monats nach ihrer Neubil- dung zusammen und wird vom/von der lebensältesten Pfarrer/in in der neugewählten Verbandsvertretung einberufen und bis zur Wahl des/der Vorsitzenden geleitet.

(3) Der/die Vorsitzende lädt die Mitglieder unter Angabe der Ta- gesordnung mindestens 14 Tage vor dem Sitzungstermin schrift- lich ein.

(4) Zu außerordentlichen Sitzungen beruft der/die Vorsitzende, erforderlichenfalls unter Verkürzung der Einladungsfrist, schrift- lich ein.

(5) Die Verbandsvertretung ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der satzungsgemäßen Mitglieder anwesend sind.

(6) Sie faßt ihre Beschlüsse mit der Mehrheit der Stimmen der Anwesenden, soweit nicht durch Kirchengesetz oder die Ver- bandssatzung anderes vorgeschrieben ist. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden den abgegebenen Stimmen zugere-chnet. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

(7) Wahlen in der Verbandsvertretung sind geheim und mit Stimm- zetteln vorzunehmen. Gewählt ist, wer die Mehrheit der abgegebe-

nen Stimmen erhält. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden den abgegebenen Stimmen zugerechnet. Erreicht bei mehreren Kandidaten/Kandidatinnen auch im zweiten Wahlgang keiner die erforderliche Mehrheit, so ist gewählt, wer im dritten Wahlgang die meisten Stimmen, mindestens aber mehr als die Hälfte der zur Beschlußfassung der Verbandsvertretung erforderlichen Stimmen, erhalten hat. Nötigenfalls ist die Wahlhandlung durch engere Wahlen solange fortzusetzen, bis sich eine solche Mehrheit ergibt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

(8) Die Sitzungen der Verbandsvertretung sind nicht öffentlich. Sachkundige Personen können zu den Sitzungen oder zu einzelnen Punkten der Tagesordnung mit beratender Stimme hinzugezogen werden. Der/die Vorsitzende des Verbandsvorstandes und die beratenden Mitglieder aus den Freien Evangelischen Gemeinden Ewersbach und Wissenbach nehmen an den Sitzungen mit beratender Stimme teil.

(9) Über die in den Verhandlungen der Verbandsvertretung gestellten Sachanträge und getroffenen Beschlüsse ist eine Niederschrift aufzunehmen. Diese ist von dem/der Vorsitzenden und dem/der Schriftführer/in zu unterschreiben und den Mitgliedern zuzustellen. Die Beschlüsse der Verbandsvertretung werden zwei Wochen nach Übersendung der Niederschrift an die Mitglieder rechtskräftig, sofern nicht innerhalb dieser Frist ein Einspruch gegen den Wortlaut dieser Niederschrift erfolgt ist.

(10) Die Verbandsvertretung kann sich eine Geschäftsordnung geben. Soweit sich aus den vorstehenden Bestimmungen nichts anderes ergibt, gelten im übrigen für die Geschäftsführung die §§ 35 bis 43 KGO sinngemäß.

§ 8

Vorsitz in der Verbandsvertretung

(1) Der/die Vorsitzende der Verbandsvertretung und der/die Stellvertreter/in werden aus der Mitte der stimmberechtigten Mitglieder der Verbandsvertretung für drei Jahre gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Ist der/die Vorsitzende Pfarrer/in, so soll der/die Stellvertreter/in nicht auch Pfarrer/in sein und umgekehrt.

(2) Seine/ihre Aufgaben sind insbesondere:

- a) die Vorbereitung, Einberufung und Leitung der Sitzungen der Verbandsvertretung,
- b) die Durchführung der Beschlüsse der Verbandsvertretung im Zusammenwirken mit dem Verbandsvorstand,
- c) die Vertretung der Verbandsvertretung im Kuratorium.

(3) Ist der/die Vorsitzende fortgesetzt verhindert, die Funktion im Vorsitz wahrzunehmen, so soll die Verbandsvertretung ihm/ihr nahelegen, das Amt zur Verfügung zu stellen. Stellt die Verbandsvertretung gegenüber dem/der Vorsitzenden einen groben Verstoß gegen die Pflicht als Vorsitzende/r fest, so kann die Verbandsvertretung die vorzeitige Abberufung aus dem Amt beschließen. Die Beschlußfassung bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsgemäßen Mitglieder der Verbandsvertretung und der Genehmigung durch die Kirchenleitung.

§ 9

Aufgaben des Verbandsvorstandes

(1) Der Verbandsvorstand ist für alle Verbandsangelegenheiten zuständig, für die nicht eine Zuständigkeit der Verbandsvertretung gegeben ist, insbesondere:

- a) bereitet er die Sitzungen der Verbandsvertretung im Zusammenwirken mit dem/der Vorsitzenden der Verbandsvertretung vor,
- b) führt er im Zusammenwirken mit dem/der Vorsitzenden der Verbandsvertretung die Beschlüsse der Verbandsvertretung aus,
- c) erledigt er die laufenden Geschäfte des Zweckverbandes,
- d) nimmt er die Dienstaufsicht gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Zweckverbandes wahr,
- e) stellt er den Entwurf des Haushalts- und Stellenplans des Zweckverbandes nach Anhörung des Kuratoriums auf,
- f) erstattet er der Verbandsvertretung einen schriftlichen Jahresbericht,
- g) legt er der Verbandsvertretung die Jahresrechnung nach Anhörung des Kuratoriums vor,
- h) stellt er im Rahmen des Stellenplanes die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verbandes ein und
- i) erstellt im Bedarfsfall für diese Dienstweisungen.

(2) Der Verbandsvorstand vertritt den Zweckverband im Rechtsverkehr. Erklärungen des Verbandsvorstandes im Rechtsverkehr werden durch den/die Vorsitzende/n oder den/die Stellvertreter/in, jeweils gemeinsam mit einem weiteren Mitglied des Verbandsvorstandes abgegeben.

(3) Urkunden und Vollmachten sind mit dem Dienstsiegel des Verbandes zu versehen; dies gilt nicht bei gerichtlichen oder nota-

riellen Beurkundungen. Ist kirchenaufsichtliche Genehmigung vorgeschrieben, so wird die Erklärung erst mit Erteilung der Genehmigung wirksam.

(4) Der Verbandsvorstand kann gegen Beschlüsse der Verbandsvertretung Einspruch einlegen. Der Einspruch ist binnen eines Monats nach der Beschlußfassung schriftlich zu erheben und muß mit einer Begründung versehen werden. Die Angelegenheit, gegen die sich der Einspruch richtet, ist in der nächsten Sitzung der Verbandsvertretung endgültig zu entscheiden.

(5) Der Verbandsvorstand kann sich eine Geschäftsordnung geben. Er kann hierbei die Zuständigkeit für einzelne Arbeitsgebiete auf seine Mitglieder aufteilen. Im übrigen gelten für die Geschäftsführung des Verbandsvorstandes die §§ 35 ff. KGO sinngemäß.

(6) Auf Beschlüsse des Verbandsvorstandes finden die Genehmigungs- und Mitwirkungsvorbehalte des kirchlichen Rechts (§§ 29 und 29 a KGO) sinngemäß Anwendung.

§ 10

Zusammensetzung und Amtszeit des Verbandsvorstandes

(1) Dem Verbandsvorstand gehören fünf Mitglieder an, die aus der Mitte der stimmberechtigten Mitglieder der Verbandsvertretung in geheimer Wahl gewählt werden. Die Zahl der Pfarrer/Pfarrerinnen soll die Zahl der übrigen Mitglieder im Verbandsvorstand nicht übersteigen. Mit ihrer Wahl in den Verbandsvorstand scheiden die Gewählten als Mitglieder der Verbandsvertretung aus. Wiederwahl ist zulässig.

(2) Die Verbandsvertretung wählt den/die Vorsitzende/n und den/die Stellvertreter/in des Verbandsvorstandes.

(3) Die Amtszeit des Verbandsvorstandes entspricht der Wahlperiode der Verbandsvertretung. Die Mitglieder des Verbandsvorstandes führen ihr Amt nach Ablauf ihrer Amtszeit bis zur Neuwahl und Konstituierung des gesamten Verbandsvorstandes durch die neugebildete Verbandsvertretung fort.

(4) Scheidet ein Mitglied aus dem Verbandsvorstand aus, so ist durch die Verbandsvertretung innerhalb einer Frist von drei Monaten für den Rest der Amtszeit ein neues Mitglied zu wählen. Das gleiche gilt, falls der gesamte Verbandsvorstand vorzeitig von seinem Amt zurücktritt. Abs. 3 Satz 2 findet entsprechende Anwendung.

(5) Ist der/die Vorsitzende oder der/die Stellvertreter/in fortgesetzt verhindert, seine/ihre Pflichten wahrzunehmen, so soll die Verbandsvertretung ihm/ihr nahelegen, das Amt zur Verfügung zu stellen. Stellt die Verbandsvertretung gegenüber dem/der Vorsitzenden oder dem/der Stellvertreter/in einen groben Verstoß gegen seine/ihre Pflichten fest, so kann die Verbandsvertretung die vorzeitige Abberufung aus dem Amt beschließen. Die Beschlußfassung bedarf einer Mehrheit von zwei Dritteln der satzungsgemäßen Mitglieder der Verbandsvertretung und der Genehmigung durch die Kirchenleitung. Abs. 3 Satz 2 findet entsprechende Anwendung.

§ 11

Sitzungen des Verbandsvorstandes

(1) Die Sitzungen des Verbandsvorstandes sind nicht öffentlich. Sachkundige Personen können zu den Sitzungen oder zu einzelnen Punkten der Tagesordnung mit beratender Stimme hinzugezogen werden. Jeweils ein beratendes Mitglied der Freien Evangelischen Kirchengemeinden Ewersbach und Wissenbach in der Verbandsvertretung nehmen an den Sitzungen mit beratender Stimme teil.

(2) Der Verbandsvorstand ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der satzungsgemäßen, stimmberechtigten Mitglieder anwesend sind.

(3) Er faßt seine Beschlüsse mit der Mehrheit der stimmberechtigten Anwesenden, soweit nicht durch Kirchengesetz oder die Verbandssatzung anders vorgeschrieben ist. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen werden den abgegebenen Stimmen zugerechnet. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

(4) Über die Beschlüsse des Verbandsvorstandes ist eine Niederschrift zu fertigen, die von dem/der Vorsitzenden und dem/der Schriftführer/in zu unterzeichnen und den Mitgliedern zuzustellen ist. Die Beschlüsse werden zwei Wochen nach Übersendung der Niederschrift rechtskräftig, sofern nicht innerhalb dieser Frist ein Einspruch gegen den Wortlaut der Niederschrift erfolgt ist.

§ 12

Befugnisse des/der Vorsitzenden des Verbandsvorstandes

Die Aufgaben des/der Vorsitzenden sind insbesondere:

- a) Vorbereitung, Einberufung und Leitung der Sitzungen des Verbandsvorstandes,
- b) die Vertretung des Verbandsvorstandes im Kuratorium.
- c) Er/Sie ist Dienstvorgesetzte/r aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Zweckverbandes.

§ 13

Aufgaben des Kuratoriums

(1) Das Kuratorium berät die Verbandsvertretung und den Verbandsvorstand in allen wichtigen Fragen des Zweckverbandes. Beschlüsse des Kuratoriums haben gegenüber den beiden anderen Verbandsorganen empfehlende Wirkung.

(2) Das Kuratorium ist in allen wichtigen Angelegenheiten des Verbandes zu hören. Es ist insbesondere zu hören bei:

- a) Aufstellung des Haushalts- und Stellenplanes des Zweckverbandes,
- b) Beitritt und Ausscheiden von Verbandsmitgliedern,
- c) Änderung der Verbandssatzung,
- d) Auflösung des Zweckverbandes,
- e) Übernahme neuer Aufgaben durch den Zweckverband.

(3) Das Kuratorium ist regelmäßig durch den Verbandsvorstand über die Arbeit des Verbandes zu unterrichten und hat seinerseits das Recht, jederzeit von der Verbandsvertretung Auskünfte einzuholen.

Das Kuratorium ist insbesondere über Entscheidungen zu informieren, zu denen es vorab gehört wurde. Von den Vorschlägen des Kuratoriums abweichende Entscheidungen der beiden anderen Verbandsorgane sind zu begründen.

(4) Das Kuratorium kann von sich aus den beiden anderen Verbandsorganen Vorschläge für die Arbeit des Zweckverbandes unterbreiten, die von diesen zu beraten sind.

(5) Das Kuratorium hat das Recht, einmal im Jahr einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des Verbandsvorstandes und die Arbeit der Diakoniestation entgegenzunehmen.

§ 14

Zusammensetzung und Austritt des Kuratoriums

(1) Das Kuratorium setzt sich zusammen aus:

- a) dem/der Vorsitzenden der Verbandsvertretung,
- b) dem/der Vorsitzenden des Verbandsvorstandes,
- c) der Pflegedienstleitung der Diakoniestation,
- d) je einem/einer Vertreter/in der Kommunen Dietzhölztal und Eschenburg,
- e) einem/einer Vertreter/in der Dekanatsstelle Dillenburg-Herborn des Diakonischen Werkes in Hessen und Nassau,
- f) je einem/einer Vertreter/in der Freien Evangelischen Gemeinden Wissenbach und Ewersbach,
- g) einem/einer Vertreter/in der Ärzteschaft.

Die Mitglieder des Kuratoriums können bei Verhinderung eine/n Stellvertreter/in entsenden.

Die Vertreter/innen zu d), e), f) und g) werden auf Vorschlag ihrer entsendenden Stelle durch den Verbandsvorstand berufen.

(2) Die Amtszeit des Kuratoriums entspricht der Amtszeit der Verbandsvertretung.

§ 15

Vorsitz und Einberufung des Kuratoriums

(1) Das Kuratorium wählt für die Dauer seiner Amtszeit aus seiner Mitte den/die Vorsitzende/n und den/die Stellvertreter/in. Wiederwahl ist zulässig.

(2) Das Kuratorium wird jährlich mindestens einmal durch seine/n Vorsitzende/n oder auf Verlangen von mindestens zwei der Mitglieder des Kuratoriums zu Sitzungen einberufen. Zur ersten Sitzung nach seiner Neubildung beruft der/die Vorsitzende des Verbandsvorstandes innerhalb eines Monats ein und führt den Vorsitz bis zur Konstituierung des Kuratoriums.

(3) Das Kuratorium kann sich eine Geschäftsordnung geben, die der Zustimmung der Verbandsvertretung bedarf. Im übrigen gelten für die Geschäftsführung die §§ 35 bis 43 KGO sinngemäß.

§ 16

Finanzierung und Kassenführung

(1) Grundlage des Finanzwesens ist das Kirchengesetz über die Vermögensverwaltung und das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (KHO).

Es ist jährlich ein Haushaltsplan aufzustellen. Das Haushaltsjahr entspricht dem Kalenderjahr. Die Kassenführung erfolgt durch das Evangelische Rentamt Herborn.

(2) Die Jahresrechnung wird vom Rechnungsprüfungsamt der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau geprüft.

(3) Die Arbeit des Zweckverbandes wird finanziert durch Zuschüsse des Landes, des Kreises, der beteiligten Kommunen, durch Entgelte der Sozialleistungs-, Kranken- und Pflegeversicherungsträger sowie der Selbstzahler für die nicht mit anderen Kostenträgern abrechenbaren Leistungen, durch Beiträge der Förderver-

eine, durch Spenden und Eigenmittel der Verbandsmitglieder des Zweckverbandes. Als Maßstab für die Beteiligung der Verbandsmitglieder gilt der in § 18 Abs. 1 Satz 2 dieser Satzung geregelte Berechnungsmodus entsprechend. Die Beteiligung der Kommunen Dietzhölztal und Eschenburg wird durch Vertrag geregelt. Die Gesamtkirche beteiligt sich an der Aufbringung der Kosten mit einer Zuweisung, deren Bewilligungsvoraussetzungen und Umfang in der Anlage zur Rechtsverordnung über die Bemessung der Zuweisung, das Zuweisungsverfahren und die Bildung von Rücklagen aus Landeskirchensteuern geregelt ist.

§ 17

Mitgliedschaft

(1) Weitere Evangelische Kirchengemeinden, Dekanate und sonstige selbständige, gemeinnützige kirchliche Einrichtungen können dem Zweckverband beitreten. Der Beitrittsbeschluss des betreffenden Vertretungsorgans bedarf der Zustimmung der Verbandsvertretung und der Genehmigung durch die Kirchenleitung. Durch einen Beitritt wird keine Satzungsänderung veranlaßt.

(2) Verbandsmitglieder können frühestens drei Jahre nach Bildung des Zweckverbandes zum Ende des Haushaltsjahres ausscheiden. Ihr Ausscheiden ist spätestens zwölf Monate zum Ende des Haushaltsjahres gegenüber dem Verbandsvorstand schriftlich zu erklären. Nach Ablauf dieses Zeitraumes kann das Ausscheiden nur mit einjähriger Frist zum Ende des darauffolgenden Haushaltsjahres erklärt werden. Der Austritt bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der Stimmen der satzungsgemäßen Mitglieder der Verbandsvertretung und der Genehmigung durch die Kirchenleitung.

(3) Im Falle des Austritts eines Verbandsmitgliedes findet eine Vermögensauseinandersetzung unter Berücksichtigung des in § 18 Abs. 1 dieser Verbandssatzung geregelten Berechnungsmodus statt.

(4) Scheidet ein Verbandsmitglied aus, so scheiden gleichzeitig die von ihm bestellten Mitglieder der Verbandsvertretung und des Verbandsvorstandes aus diesen Organen aus.

§ 18

Auflösung

(1) Im Falle der Auflösung des Zweckverbandes findet über sein Vermögen eine Vermögensauseinandersetzung statt. Das bestehende Inventar fällt den Verbandsmitgliedern zu. Maßstab für die Vermögensauseinandersetzungen im übrigen sind die Verhältnisse der Gemeindegliederzahlen der Verbandsmitglieder zueinander zum Zeitpunkt der Auflösung des Zweckverbandes.

(2) Der Beschluß der Auflösung durch die Verbandsvertretung bedarf nach Anhörung des Kuratoriums einer Mehrheit von zwei Dritteln ihrer satzungsgemäßen Mitglieder sowie der Genehmigung durch die Kirchenleitung.

§ 19

Änderungen der Verbandssatzung

(1) Die Verbandsvertretung kann die Verbandssatzung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen seiner satzungsgemäßen Mitglieder ändern.

Für Veränderungen der Bestimmungen über Aufgaben, Verfassung und Verwaltung des Zweckverbandes insbesondere über die Zuständigkeit der Verbandsorgane, die Sitz- und Stimmenverteilung in den Verbandsorganen und die Amtszeit ihrer Mitglieder, die Bestellung der Mitglieder des Verbandsvorstandes sowie die Befugnisse des/der Vorsitzenden des Verbandsvorstandes, bedarf es einer Mehrheit von $\frac{3}{4}$ der Stimmen der satzungsgemäßen Mitglieder der Verbandsvertretung.

(2) Der Beschluß bedarf der Genehmigung durch die Kirchenleitung und der Anerkennung durch die Kirchensynode.

§ 20

Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen des Zweckverbandes erfolgen durch die „Wochezeitung für die Gemeinden Eschenburg und Dietzhölztal“. Die Verbandssatzung sowie Änderungen der Verbandssatzung werden daneben im Amtsblatt der EKHN veröffentlicht.

§ 21

Inkrafttreten

Diese Verbandssatzung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1995 in Kraft.

Sie bedarf der Genehmigung durch die Kirchenleitung und der Anerkennung durch die Kirchensynode.

Vorstehende Errichtungsurkunde sowie die Verbandssatzung werden hiermit bekanntgemacht.

Wiesbaden, 10. Januar 1996

Hessisches Kultusministerium
VI A 6.1 — 881/0/02 — 75

StAnz. 5/1996 S. 472

136

HESSISCHES MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

Änderung der Prüfungsordnung des Fachbereichs Bauingenieurwesen der Fachhochschule Gießen-Friedberg für den Studiengang Bauingenieurwesen vom 29. März 1995

Nach § 21 Abs. 1 Nr. 6 des Hochschulgesetzes in der Fassung vom 28. März 1995 (GVBl. I S. 294) genehmige ich hiermit die vom Fachbereichsrat des Fachbereichs Bauingenieurwesen am 29. März 1995 beschlossene Änderung der o. a. Prüfungsordnung.

Artikel 1: Änderung

Die o. a. Prüfungsordnung wird wie folgt geändert:

1. In § 27 Abs. 2 Satz 1 wird die Zahl 4 durch die Zahl 6 ersetzt.
2. Anlage 2 a erhält folgende Fassung
Fachhochschule Gießen-Friedberg
Fachbereich Bauingenieurwesen

Anlage 2 a zur Prüfungsordnung vom 10. Juni 1992

Prüfungs- und Studienleistungen in den Pflicht- und Wahlpflichtfächern des Hauptstudiums
Studienrichtung Konstruktiver Ingenieurbau (KI)

Fachgebiet	3. Semester	4. Semester	5. Semester	6. Semester	7. Semester	8. Semester
Baubetrieb I / II		StIPV		KP		
Baustatik III / IV / V	StIPV				KP	
Bodenmech. u. Grundb. I / II	StIPV	StIPV 1)		KP		
Stahlbau I / II		StIPV		KP		
Stahlbetonbau I / II / III	StIPV	StIPV		KP		
Straßenwesen I / II		StIPV KP				
Baukonstruktion II					Stl	
Bauphysik I	Stl					
Holzbau I	Stl					
Massivbau einschl. Projekt					Stl	
Siedlungswasserversorgung I		Stl				
Wasserwirtschaft I	Stl					
SuK (Abfallrecht)		Stl 2)				
WP-Fach 1 mit Projekt 3)					Stl	
WP-Fach 2 mit Projekt					Stl	
nicht gebundenes WP-Fach 1						
nicht gebundenes WP-Fach 2						

Studienrichtung Verkehr — Wasser — Umwelt (VWU)

Fachgebiet	3. Semester	4. Semester	5. Semester	6. Semester	7. Semester	8. Semester
Baubetrieb I / II		StIPV		KP		
Bodenmech. u. Grundb. I / II	StIPV	StIPV 1)		KP		
Siedlungswasserv. I / II		StIPV		StIPV	KP	
Stahlbetonbau I / II	StIPV	KP				
Straßenwesen I / II		StIPV KP				
Verkehrs- und Siedlungswesen I / II				StIPV	KP	
Abfallentsorgung					Stl	
Bauphysik I	Stl					
Baustatik III	Stl					
Stahlbau I		Stl				
Holzbau I	Stl					
Schienenverkehrswesen				Stl		
SuK (Abfallrecht)		Stl 2)				
Wasserwirtschaft I / II				Stl		
WP-Fach 1 bzw. Projekt 3)					Stl	
WP-Fach 2 bzw. Projekt					Stl	
nicht gebundenes WP-Fach 1						
nicht gebundenes WP-Fach 2						

SuK = Sozial- und Kulturwissenschaften

K = Klausur oder mündliche Prüfung je nach Größe der Prüfungsgruppe

P = Prüfung

PV = Prüfungsvorleistung

Stl = Studienleistung

WP = Wahlpflichtfach

Die erfolgreiche Teilnahme an den Laborpraktika, Labor- oder Feldmeßübungen ist Voraussetzung für die Erbringung von Studien- oder Prüfungsleistungen in den jeweiligen Fächern.

Studienrichtung Baumanagement/Projektsteuerung (BP)

	Fachgebiet	3. Semester	4. Semester	5. Semester	6. Semester	7. Semester	8. Semester
	Ausbaugewerke / haustechnische Anlagen				StIPV	KP	
	Baubetrieb I / II		StIPV		KP		
	Bodenmechanik und Grundbau I / II	StIPV	StIPV 1)		KP		
	Projektst. I u. Baumanagement				StIPV	KP	
	Stahlbetonbau I / II	StIPV	KP				
	Straßenwesen I / II		StIPV KP				
	Ausschreibung, Vergabe, Abrechnung					Stl.	
	Baukonstruktion II					Stl.	
	Bauphysik I	Stl					
	Baustatik III	Stl					
	Holzbau I u. Stahlbau I		Stl				
	Siedlungswasserwirtschaft I		Stl				
	Wasserwirtschaft I	Stl					
	SuK (Abfallrecht)		Stl 2)				
	WP-Fach 1 mit Projekt 3)					Stl	
	WP-Fach 2 mit Projekt					Stl	
	nicht gebundenes WP-Fach 1						
	nicht gebundenes WP-Fach 2						

1) Die Teilnahme an der StIPV Grundbau ist nur nach erfolgreichem Abschluß der StIPV Bodenmechanik möglich.

2) Die erfolgreiche Teilnahme an der Stl in SuK (Abfallrecht) ist Voraussetzung für die Stl in Abfallentsorgung

3) Voraussetzung zur Teilnahme an einem WP-Fach mit Projekt ist die Diplomvorprüfung.

3. Den in Anlage 2 b unter 1 bis 3 aufgeführten Lehrinhalten/Prüfungsinhalten werden im Fach Baubetrieb I/II die Worte „Arbeitssicherheit, Fertigungstechnik“ und im Fach Bodenmechanik und Grundbau I/II die Worte „allgemeine Standsicherheitsnach-

weise (Gleiten, Kippen, Grundbruch) Unterfangungen und Unterfahrungen“ angefügt.

Artikel 2: Inkrafttreten

Die Änderung tritt am 1. März 1996 in Kraft.

Wiesbaden, 29. März 1995

Hessisches Ministerium für

Wissenschaft und Kunst

H II 2.1 — 486/470 (1) — 31

StAnz. 5/1996 S. 476

137.

**HESSISCHES MINISTERIUM
FÜR WIRTSCHAFT, VERKEHR UND LANDESENTWICKLUNG**

Technische Baubestimmungen;

hier: DIN V ENV 1992 Teile 1-1, 1-3, 1-4, 1-5 und 1-6
Eurocode 2: Planung von Stahlbeton- und Spannbetontragwerken

Bezug: Erlaß des Hessischen Ministeriums für Landesentwicklung, Wohnen, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz vom 28. April 1993 (StAnz. S. 1204) und Ergänzungserlaß vom 11. März 1994 (StAnz. S. 1026)

1. Die Vornormen

DIN V ENV 1992 Teil 1

— Eurocode 2: Planung von Stahlbeton- und Spannbetontragwerken —

Teil 1-1: Grundlagen und Anwendungsregeln für den Hochbau, Ausgabe Juni 1992,

Teil 1-3: Bauteile und Tragwerke aus Fertigteilen, Ausgabe Dezember 1994,

Teil 1-4: Leichtbeton mit geschlossenem Gefüge, Ausgabe Dezember 1994,

Teil 1-5: Tragwerke mit Spanngliedern ohne Verbund, Ausgabe Dezember 1994,

Teil 1-6: Tragwerke aus unbewehrtem Beton, Ausgabe Dezember 1994,

und die

Richtlinien für die Anwendung europäischer Normen im Betonbau

— Richtlinie zur Anwendung von DIN V ENV 206/10.90

— Beton; Eigenschaften, Herstellung, Verarbeitung und Gütenachweis, Ausgabe November 1991,

— Richtlinie zur Anwendung von Eurocode 2

— Planung von Stahlbeton- und Spannbetontragwerken;

Teil 1-1: Grundlagen und Anwendungsregeln für den Hochbau, Ausgabe April 1993;

— Richtlinie zur Anwendung von Eurocode 2

— Planung von Stahlbeton- und Spannbetontragwerken;

Teil 1-1: Grundlagen und Anwendungsregeln für den Hochbau (Ergänzung zur Ausgabe April 1993)

Teil 1-3: Bauteile und Tragwerke aus Fertigteilen

Teil 1-4: Leichtbeton mit geschlossenem Gefüge

Teil 1-5: Tragwerke mit Spanngliedern ohne Verbund

Teil 1-6: Tragwerke aus unbewehrtem Verbund

werden hiermit nach § 3 Abs. 3 der Hessischen Bauordnung (HBO) vom 20. Dezember 1993 (GVBl. I S. 655), geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 1994 (GVBl. I S. 775, 793), als Technische Baubestimmung bauaufsichtlich eingeführt.

2. Die Anwendung der Vornormen DIN V ENV 1992 Teil 1-1, Ausgabe Juni 1992, und Teile 1-3 bis 1-6, Ausgabe Dezember 1994, führt bei der Bemessung von Stahlbeton- und Spannbetonbauteilen zu gleichwertigen Lösungen mit denen nach

DIN 1045 — Beton- und Stahlbeton; Bemessung und Ausführung —, Ausgabe Juli 1988, und

DIN 4227 Teil 1 — Spannbeton; Bauteile aus Normalbeton mit beschränkter oder voller Vorspannung —, Ausgabe Juli 1988.

Die Vornormen DIN V ENV 1992 Teil 1-1, Ausgabe Juni 1992, und Teile 1-3 bis 1-6, Ausgabe Dezember 1994, dürfen daher alternativ zu den Normen DIN 1045 bzw. DIN 4227 Teil 1 dem Entwurf, der Berechnung und Bemessung sowie Ausführung von Stahlbeton- und Spannbetonbauteilen zugrunde gelegt werden.

3. Eine Kombination von Stahlbeton- und Spannbetonbestimmungen der Vornormen DIN V ENV 1992 (Eurocode 2) mit den DIN-Normen 1045/7.88 (Beton- und Stahlbeton; Bemessung und Ausführung) und 4227 Teil 1/7.88 (Spannbeton; Bauteile aus Normalbeton mit beschränkter oder voller Vorspannung) ist nicht zulässig (Mischungsverbot).
4. Bei der Ausführung von Stahlbeton- und Spannbetonbauteilen entsprechend DIN V ENV 1992 ist Beton zu verwenden, der DIN V ENV 206, „Beton; Eigenschaften, Herstellung, Verarbeitung und Gütenachweis“, Ausgabe Oktober 1990, entspricht.

5. Der Erlaß vom 28. April 1993 mit dem DIN V ENV 1992 Teil 1-1, Ausgabe Juni 1992, bauaufsichtlich eingeführt worden war, und der Ergänzungserlaß vom 11. März 1994 werden hiermit aufgehoben.
6. Das Verzeichnis der im Lande Hessen eingeführten Technischen Baubestimmungen, bauaufsichtlich bekanntgemacht am 28. März 1995 (StAnz. S. 1311), erhält im Abschnitt 3.4 eine entsprechende Änderung.
7. Die Vornormen DIN V ENV 1992 Teil 1-1, Ausgabe Juni 1992, und Teile 1-3 bis 1-6, Ausgabe Dezember 1994, sowie die „Richtlinien für die Anwendung von Eurocode 2“ sind beim Beuth Verlag GmbH, Burggrafenstraße 6, 10785 Berlin, erhältlich.

Wiesbaden, 28. Dezember 1995

Hessisches Ministerium
für Wirtschaft, Verkehr
und Landesentwicklung
VII a 21 — 64 b 16/01 — 10/95

StAnz. 5/1996 S. 477

138

PERSONALNACHRICHTEN

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministeriums des Innern und für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz;

beim Polizeipräsidium Frankfurt am Main

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

die Polizeimeister/-innen (BaP) Simone Berberich, Frank Theilen (beide 1. 9. 95), Gunter Mäkel (3. 9. 95), Sabine Morawetz (4. 9. 95), Thomas Seipp (5. 9. 95), Sabine Winkel (6. 9. 95), Andrea Döhe (19. 9. 95), Michael Fischer (28. 9. 95), Alexander Schott (13. 11. 95), die Polizeiobermeister/-innen (BaP) Oliver Kapaun (1. 9. 95), Olaf Bachmann (7. 9. 95), Martin Gleim, Annette Thome (beide 12. 9. 95), Thomas Winkler (20. 9. 95), Volker Hentze (25. 9. 95), Michaela Giacinto (1. 10. 95), Anja Cornel (5. 10. 95), Matthias Krapf, Markus Müller (beide 18. 10. 95), Thomas Köhler (25. 10. 95), Heiko Köhler (27. 10. 95), Matthias Metzler, Thorsten Schmidt (beide 30. 10. 95), Peter Oberüber (4. 11. 95), Michael Piechota (10. 11. 95), Christoph Dreifürst, Michael Marx (beide 14. 11. 95), Manuela Freund (15. 11. 95), Markus Bauer (18. 11. 95), Rainer Beer (27. 11. 95), Thomas Heidinger (4. 12. 95), André Huthmann, Claudia Münich (beide 5. 12. 95), Thomas Krippner, Ralph Schuster (beide 13. 12. 95), Torsten Wendt (14. 12. 95), Manfred Diessel (21. 12. 95), Michael Kollmann (22. 12. 95), Oliver Toscher (2. 1. 96), der/die Kriminalobermeister/-in (BaP) Jutta Knöpfel, Stefan Wieland (beide 20. 11. 95), Kriminalhauptmeister (BaP) Michael Lange (22. 11. 95).

Frankfurt am Main, 11. Januar 1996

Polizeipräsidium Frankfurt am Main
StAnz. 5/1996 S. 478

E. im Bereich des Hessischen Ministeriums der Justiz und für Europaangelegenheiten

im Ministerium

ernannt:

zum Leitenden Ministerialrat Ministerialrat (BaL) Thomas Aumüller (29. 12. 95);
zum/zur Ministerialrat/rätin der/die Regierungsdirektor/-direktorin (BaL) Dr. Bernhard Hartung, Heidrun Meyer (beide 15. 12. 95);
zum/zur Regierungsdirektor/-direktorin der/die Regierungsobererrat/-rätin (BaL) Eva Maria Eicke (15. 12. 95), Werner Henn (21. 12. 95);
zur Regierungsobererrätin Regierungsrätin (BaL) Dr. Claudia Krah (1. 12. 95);
zum Regierungsobererrat (BaP) Verwaltungsangestellter Claus-Peter Appel (1. 12. 95);
zum Regierungsrat (BaP) Verwaltungsangestellter Ralf Bingel (1. 11. 95);
zum Regierungsrat Oberamtsrat (BaL) Günter Hoffmann (15. 12. 95);

zum Oberamtsrat die Amtsräte (BaL) Heinz-Jürgen Groß, Manfred Holl (beide 15. 12. 95);

zu Amtsräten die Amtsmänner (BaL) Gerhard Albrecht, Lutwin Weilbacher, Justizamtman (BaL) Walter Lieber (sämtlich 22. 12. 95);

zu Amtsmännern die Oberinspektoren (BaL) Hans-Dieter Amthor, Paul Hahn, Thorsten Müller (sämtlich 1. 12. 95);

zum Oberinspektor Inspektor (BaL) Gerhard Reichbauer (1. 12. 95);

zur Hauptsekretärin Obersekretärin (BaL) Ulrike Courtial (15. 12. 95);

zum Obersekretär Sekretär (BaP) Mark Häuser (1. 12. 95);

zum Sekretär-Assistent (BaP) Thomas Gieß (1. 12. 95);

eingewiesen:

in die Besoldungsgruppe B 2

Ministerialrätin (BaL) Waltraud Gregor (1. 12. 95), Ministerialrat (BaL) Hermann Kipper (1. 12. 95);

in den Ruhestand getreten:

Amtsinspektor (BaL) Karl-Heinz Sommer (31. 10. 95), Oberamtsrat (BaL) Franz-Josef Stillger (31. 12. 95).

Wiesbaden, 5. Januar 1996 Hessisches Ministerium der Justiz
und für Europaangelegenheiten
2010 E 1 — I. ZB 3/96

StAnz. 5/1996 S. 478

G. im Bereich des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst

beim Fachbereich Humanmedizin und Klinikum der Justus-Liebig-Universität Gießen

ernannt:

zu wissenschaftlichen Assistenten (BaZ) die Bewerber Dr. Andreas Filippi, Dr. Frank-Michael Köhn (beide 1. 10. 95), Dr. Patrick Oschmann (30. 11. 95);

zum Hochschuldozenten (BaZ) Bewerber Dr. Bernd Wöstmann (15. 10. 95);

zum Regierungsdirektor (BaL) Regierungsobererrat (BaL) Dr. Wolfgang Gnatzy (11. 12. 95);

aus sonstigen Gründen ausgeschieden:

Universitätsprofessor Dr. Gerd Gundlach (30. 9. 95), Hochschuldozent Dr. Ulrich Harland (31. 10. 95), die wissenschaftlichen Assistenten Dr. Heinrich Ebel, Dr. Werner Schmidt, PD Dr. Dr. Michael Kirschbaum (sämtlich 31. 12. 95);

verstorben:

die emerit. Universitätsprofessoren Dr. Walter Fuhrmann (19. 10. 95), Dr. Dr. h. c. Curt Cüppers (29. 12. 95).

Gießen, 9. Januar 1996

Justus-Liebig-Universität Gießen
Kl. II-222-Ze/Sc.

StAnz. 5/1996 S. 478

K. im Bereich des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Energie, Jugend, Familie und Gesundheit

beim Hessischen Landesprüfungsamt für Heilberufe

ernannt:

zum Regierungsrat Oberamtsrat (BaL) Hans-Peter Ganse (1. 12. 95);

Frankfurt am Main, 9. Januar 1996

Hessisches Landesamt für
Versorgung und Soziales
I/1 — Allgemein/Sa

StAnz. 5/1996 S. 479

L. im Bereich des Hessischen Ministeriums für Frauen, Arbeit und Sozialordnung

bei den Dienststellen der Kriegsopferversorgung

beim Hessischen Landesamt für Versorgung und Soziales

ernannt:

zur Regierungsoberberrätin Regierungsrätin (BaL) Claudia Ewald (1. 12. 95);

zum Oberamtsrat Amtsrat (BaL) Winfried Deinlein (1. 12. 95);

zu Amtfrauen/zum Amtmann Oberinspektor/-innen (BaL) Petra Hartner, Margit Nake, Christoph Roth (sämtlich 1. 12. 95);

zu Oberinspektorinnen Inspektorinnen (BaP) Sylvia Krammes, Astrid Wagner, Annette Goy (sämtlich 1. 12. 95);

zur Inspektorin Obersekretärin (BaP) Pia Baum (1. 12. 95);

zur Inspektorin z. A. (BaP) Inspektorinwärterin (BaW) Annette Sack (1. 10. 95);

zum Assistent Hauptwart (BaL) Heinz Nesswetter (14. 12. 95);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Medizinalrat Wilhelm Peters (12. 10. 95), Oberinspektorin Sylvia Krammes (10. 12. 95), Inspektorin Annette Goy (31. 5. 95);

in den Ruhestand getreten:

Medizinaldirektor Dr. Gwidon Schittek (31. 3. 95);

in den Ruhestand versetzt:

Regierungsobererrat Alfred Fischer (31. 3. 95);

bei den Hessischen Ämtern für Versorgung und Soziales

zu Medizinalräten (BaL) Medizinalräte z. A. (BaP) Dr. Peter Lieber, HAVS Frankfurt (9. 2. 95), Dr. Georg Och, HAVS Darmstadt (22. 11. 95), Dr. Hans-Dietrich Berger, HAVS Gießen (27. 11. 95);

zur Medizinalrätin (BaP) Angestellte Monika Krömer, HAVS Frankfurt (24. 2. 95);

zu Regierungsoberberräten Regierungsräte (BaL) Bernd Augustin, HAVS Darmstadt (1. 12. 95), Elmar Schmitt, HAVS Fulda (29. 12. 95);

zum/zur Oberamtsrat/rätin Amtsrat/rätin (BaL) Helmut Freitag, HAVS Frankfurt, Christine Lindner, HAVS Kassel (beide 1. 12. 95);

zu Amtsräten Amtmänner (BaL) Heinz-Dieter Hätscher, HAVS Kassel, Günter Krzepek, Horst Seichter, beide HAVS Wiesbaden (sämtlich 1. 12. 95);

zum Amtmann Oberinspektor (BaL) Joachim Knop, HAVS Frankfurt, (1. 12. 95);

zum/zur Oberinspektor/in Inspektor/in (BaL) Horst Peldszus, HAVS Frankfurt, Regina Beck, HAVS Darmstadt (beide 1. 12. 95);

zu Inspektoren (BaL) Inspektoren z. A. (BaP) Reiner Peter, Michael Hücke, beide HAVS Frankfurt (sämtlich 1. 10. 95);

zu Inspektoren/Inspektorinnen Inspektoren/innen z. A. (BaP) Diana Körner, HAVS Darmstadt, Claudia Rechel, HAVS Frankfurt (beide 1. 4. 95), Nicole Ickstadt, Katja Berndt, beide HAVS Wiesbaden, Anja Kriesten, Andreas Sommer, beide HAVS Frankfurt, Petra Dony, HAVS Darmstadt (sämtlich 1. 10. 95), Eva Robrecht, HAVS Kassel (16. 10. 95), Hauptsekretär (BaL) Oliver Heinig, HAVS Frankfurt, Sekretärin (BaP) Kirstin Kastilan, HAVS Fulda (sämtlich 1. 12. 95);

zum Inspektor z. A. Assistent z. A. (BaP) Michael Kriesten, HAVS Darmstadt (1. 12. 95);

zum/zu Inspektor/innen z. A. (BaP) Inspektorinwärter/innen (BaW) Daniela Heil, HAVS Kassel, Karin Richter, Oskar Dre-ste, beide HAVS Frankfurt (sämtlich 1. 10. 95);

zum Amtsinspektor Hauptsekretär (BaL) Eckhard Weber, HAVS Fulda (1. 12. 95);

zu Hauptsekretärinnen Obersekretärin (BaL) Hildegard Krem-ser, Obersekretärin (BaP) Annette Sorg, beide HAVS Fulda (beide 1. 12. 95);

zum/zu Obersekretär/innen Sekretär/innen (BaL) Günther Odermatt, Marion Koch, Sekretärin (BaP) Ilona Völker, sämt-lich HAVS Frankfurt (sämtlich 1. 12. 95);

zur Sekretärin Assistentin (BaP) Sandra Mott, HAVS Fulda (1. 12. 95);

zum Sekretär z. A. Assistent z. A. (BaP) Klaus Scheffel, HAVS Frankfurt (1. 12. 95);

zum Assistent (BaL) Assistent z. A. (BaP) Harald Brunner, HAVS Wiesbaden (3. 4. 95);

zu Assistentinnen Assistentinnen z. A. (BaP) Christa Pawlik, HAVS Gießen (1. 9. 95), Sandra Kinner, HAVS Fulda (1. 3. 95);

zum/zu Assistent/in z. A. (BaP) Assistentinwärter/in (BaW) Britta Nenne, HAVS Gießen, Klaus Scheffel, HAVS Frankfurt (beide 1. 9. 95);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit:

Med. Oberrat Dr. Georg Eckert, HAVS Darmstadt (14. 7. 95), Oberinspektor Klaus Bube, HAVS Frankfurt (18. 5. 95), Ober-inspektorin Marina Sommer, HAVS Frankfurt (3. 11. 95), In-spektor Harald Herzberger, HAVS Gießen (10. 7. 95), Inspekto-rin Anja Kriesten, HAVS Frankfurt (16. 10. 95), Hauptsekretä-rin Silke Stamm, HAVS Frankfurt (24. 5. 95), Hauptsekretär Dirk Wallenfels, HAVS Frankfurt (3. 5. 95);

in den Ruhestand versetzt:

Amtmann Dietrich Berndt, HAVS Frankfurt (31. 5. 95), Ober-inspektor Kurt Schäfer, HAVS Gießen (31. 12. 95);

versetzt:

vom HAVS Wiesbaden zum Landkreis Limburg-Weilburg die Oberinspektorin Doris Ruppelt.

Frankfurt am Main, 9. Januar 1996

Hessisches Landesamt für
Versorgung und Soziales
I/1 — Allgemein-/Sa

StAnz. 5/1996 S. 479

139

DARMSTADT

DIE REGIERUNGSPRÄSIDIEN

Erste Verordnung zur Änderung der Verordnung „Landschaftsschutzgebiet Taunus“ vom 5. Januar 1996

Auf Grund des § 16 Abs. 2 und 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 1994 (GVBl. I S. 775), wird, nachdem nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes in der Fassung vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. August 1993 (BGBl. I S. 1458), anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Landkreisen Gießen, Hochtaunuskreis, Lahn-Dill-Kreis, Limburg-

Weilburg, Main-Taunus-Kreis, Rheingau-Taunus-Kreis, Wetteraukreis und in der Stadt Frankfurt am Main und der Landeshauptstadt Wiesbaden in den Regierungsbezirken Darmstadt und Gießen „Landschaftsschutzgebiet Taunus“ vom 6. April 1995 (StAnz. S. 1473) wird wie folgt geändert:

Die Grenzziehungen des Landschaftsschutzgebietes werden in den Bereichen Beselich-Schupbach, Langgöns-Niederkleen, Wetzlar-Steindorf, Weilburg-Gaudernbach und Waldsolms-Griedelbach geändert. Die Karten sind Bestandteil dieser Verordnung. Sie werden zusammen mit der Abgrenzungskarte zu der Verordnung vom 6. April 1995 vom Regierungspräsidium Darmstadt — obere Naturschutzbehörde —, Wilhelmminenstraße 1—3, 64283 Darmstadt, archivmäßig verwahrt. Archivmäßig verwahrte Abzeichnungen dieser Karten befinden sich bei dem Regierungspräsidium Gießen — obere Naturschutzbehörde —, Eichgärtenallee 1, 35494

Gießen, sowie bei den Kreisausschüssen — untere Naturschutzbehörden — des Landkreises Gießen, Ostanlage 39, 35390 Gießen, des Hochtaunuskreises, Taunusstraße 5, 61348 Bad Homburg v. d. Höhe, des Lahn-Dill-Kreises, Karl-Kellner-Ring 51, 35576 Wetzlar, des Landkreises Limburg-Weilburg, Diezer Straße 24, 65549 Limburg a. d. Lahn, des Main-Taunus-Kreises, Am Kreishaus 1—5, 65719 Hofheim am Taunus, des Rheingau-Taunus-Kreises, Heimbacher Straße 7, 65307 Bad Schwalbach, des Wetteraukreises, Kaiserstraße 128, 61169 Friedberg (Hessen) und bei den Magistraten — untere Naturschutzbehörden — der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe, Marienbader Platz 1, 61343 Bad Homburg v. d. Höhe, der Stadt Frankfurt am Main, Philipp-Reis-Straße 84, 60486 Frankfurt am Main, der Stadt Gießen, Berliner Platz 3, 35390 Gießen, der Stadt Wetzlar, Weißadlergasse 12, 35578 Wetzlar und der Landeshauptstadt Wiesbaden, Luisenstraße 23, 65185 Wiesbaden.

Die Karten können bei den genannten oberen und unteren Naturschutzbehörden während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Darmstadt, 5. Januar 1996

Regierungspräsidium Darmstadt
In Vertretung
gez. Dr. Hirschler
Regierungsvizepräsident

StAnz. 5/1996 S. 479

140

Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Auenverbund Kinzig“ vom 5. Januar 1996

Auf Grund des § 16 Abs. 2 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 1994 (GVBl. I S. 775), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes in der Fassung vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. August 1993 (BGBl. I S. 1458), anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Auenverbund Kinzig“ vom 10. Dezember 1990 (GVBl. I S. 746), zuletzt geändert durch Verordnung vom 4. November 1994 (GVBl. I S. 646), wird wie folgt geändert:

Die Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Auenverbund Kinzig“ wird für die in Flurkarten im Maßstab 1 : 5 000 bzw. 1 : 10 000 mit Schraffur kenntlich gemachten Flächen aufgehoben (Anlage 1). Die Karten sind Bestandteil dieser Verordnung. Sie werden zusammen mit der Abgrenzungskarte zu der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Auenverbund Kinzig“ vom Regierungspräsidium Darmstadt — obere Naturschutzbehörde —, Wilhelminenstraße 1—3, 64278 Darmstadt, archivmäßig verwahrt. Archivmäßig verwahrte Abschriften dieser Karten befinden sich bei dem beim Regierungspräsidium Gießen — obere Naturschutzbehörde —, Eichgärtenallee 1, 35394 Gießen sowie bei den Kreisausschüssen — untere Naturschutzbehörde — des Vogelsbergkreises, Goldhelg 42, 36341 Lauterbach, des Main-Kinzig-Kreises, Eugen-Kaiser-Straße 9, 63409 Hanau, des Wetteraukreises, Kaiserstraße 128, 61169 Friedberg, und dem Magistrat der Stadt Hanau — untere Naturschutzbehörde —, Altstraße 24—30, 63450 Hanau, befindlichen, das Landschaftsschutzgebiet „Auenverbund Kinzig“ betreffenden Abschriften.

Die Karten können bei den genannten oberen und unteren Naturschutzbehörden von jedermann während der Dienststunden eingesehen werden.

Die örtliche Lage der aus dem Landschaftsschutz entlassenen Bereiche ergibt sich aus den als Anlage 2 zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarten im Maßstab 1 : 50 000.

Artikel 2

Auf Grund des Artikel 2 Abs. 5 des Gesetzes zur Änderung des Hessischen Naturschutzrechts vom 19. Dezember 1994 (GVBl. I S. 775) wird nachstehend der Wortlaut der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Auenverbund Kinzig“ vom 10. Dezember 1990 (GVBl. I S. 746) in der geltenden Fassung veröffentlicht:

„Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Auenverbund Kinzig“ Vom 10. Dezember 1990

Auf Grund des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309),

zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1988 (GVBl. I S. 429), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes i. d. F. vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. September 1990 (BGBl. II S. 885), anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung verordnet:

§ 1

(1) Die Auenlandschaft der Gewässersysteme Bieber, Bracht, Fallbach, Gründau, Kinzig, Krebsbach, Orb, Salz, Steinebach und Ulmbach wird in den Grenzen, die sich aus der in Abs. 3 genannten Abgrenzungskarte ergeben, zum Landschaftsschutzgebiet erklärt.

(2) Das Landschaftsschutzgebiet „Auenverbund Kinzig“ umfaßt Flächen im Main-Kinzig-Kreis, im Vogelsbergkreis und Wetteraukreis. Es hat eine Größe von ca. 12 635 ha. Die örtliche Lage des Landschaftsschutzgebietes ergibt sich aus der als Anlage zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 100 000.

(3) Die Grenzen des Landschaftsschutzgebietes sind in der Abgrenzungskarte im Maßstab 1 : 10 000 festgelegt, in der das Landschaftsschutzgebiet grün umrandet ist. Die Karte ist Bestandteil der Verordnung. Sie wird vom Regierungspräsidium Darmstadt — obere Naturschutzbehörde —, Wilhelminenstraße 1—3, 64283 Darmstadt, archivmäßig verwahrt. Abzeichnungen dieser Karte befinden sich beim Regierungspräsidium Gießen — obere Naturschutzbehörde —, Eichgärtenallee 1, 35390 Gießen, sowie bei den Kreisausschüssen — untere Naturschutzbehörde — des Main-Kinzig-Kreises, Barbarossastraße 20, 63571 Gelnhausen, des Wetteraukreises, Kaiserstraße 128, 61169 Friedberg, des Vogelsbergkreises, Goldhelg 42, 36341 Lauterbach, und dem Magistrat der Stadt Hanau — untere Naturschutzbehörde —, Altstraße 24—30, 63450 Hanau. Die Karten können bei den vorgenannten oberen und unteren Naturschutzbehörden von jedermann während der Dienststunden eingesehen werden.

(4) Das Landschaftsschutzgebiet ist durch amtliche Schilder gekennzeichnet.

§ 2

Zweck der Unterschutzstellung ist die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts sowie die Sicherung der Kinzig einschließlich ihrer Zuflüsse mit ihren durch Überflutung gekennzeichneten Auen als eine für Hessen typische Flußlandschaft. Der Schutz dient insbesondere den im Wechsel von Hoch- und Niedrigwasser geprägten Lebensgemeinschaften entlang der Gewässer. Er umfaßt sowohl Auewälder als auch wertvolle Bestandteile einer bäuerlichen Kulturlandschaft. Schutzziel ist die weitgehende Wiederherstellung naturnaher Gewässerabschnitte durch den Rückbau begradigter Gewässerstrecken, die Umwandlung von Ackerland in Grünland und die Extensivierung der Grünlandnutzung.

§ 3

(1) Folgende Maßnahmen oder Handlungen sind nur mit Genehmigung zulässig:

1. bauliche Anlagen im Sinne des § 2 Abs. 1 der Hessischen Bauordnung herzustellen, zu erweitern, zu ändern oder zu beseitigen, unabhängig von dem in § 1 Abs. 2 der Hessischen Bauordnung ausgenommenen Anwendungsbereich oder von einer sonstigen Genehmigungs- oder Anzeigepflicht;
2. das Abhalten von Versammlungen, Musik-, Sport- und Grillfesten in der freien Landschaft sowie von motorsportlichen Veranstaltungen, der Einsatz von Wassermotoren einschließlich Surfbrettern und das Starten und Landen von Modellflugzeugen;
3. das Beschädigen oder Beseitigen von Hecken, Gebüsch, Feld- und Ufergehölzen, Alleebäumen, Streuobstbeständen und Einzelbäumen;
4. das Beschädigen oder Beseitigen von Feuchtgebieten, Feuchtwiesen und Wiesen senken, insbesondere Flutmulden und -rinnen, Mooren, Teichen, Tümpeln, Findlingen, Röhricht- und Schilfbeständen und das Verändern der Gewässerufer;
5. Entwässerungsmaßnahmen und andere Handlungen, die den Wasserhaushalt des Gebietes beeinträchtigen können;
6. der Umbruch oder die Nutzungsänderung von Wiesen, Weiden oder Brachland;
7. die Neuansaat in Wiesen oder Weiden;
8. der Einsatz von Totalherbiziden auf Wiesen, Weiden oder Brachland;
9. das Ausbringen von Bodenmaterial auf Wiesen, Weiden oder Brachland;
10. Baum- und Strauchpflanzungen;
11. das Einbringen von festen oder flüssigen Abfällen, das Abstellen von nicht zugelassenen Kraftfahrzeugen, Anhängern und Autowracks, das Waschen und Pflegen von Kraftfahrzeugen

und sonstige das Landschaftsschutzgebiet oder seine Bestandteile zerstörende, beschädigende oder erheblich beeinträchtigende Verunreinigungen des Geländes;

12. das Fahren mit oder das Parken von Kraftfahrzeugen aller Art außerhalb der für den allgemeinen Kraftverkehr zugelassenen Wege, Straßen und Plätze;
13. das Zelten und Aufstellen von Wohnwagen und sonstigen transportablen Anlagen einschließlich fahrbarer Verkaufsstände außerhalb der dafür zugelassenen Plätze und das Anzünden und Unterhalten von offenem Feuer in der freien Landschaft.

(2) Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die Maßnahme oder Handlung den Charakter des Gebietes nicht verändert, das Landschaftsbild nicht beeinträchtigt und wenn sie mit dem Schutzzweck nach § 2, insbesondere der Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes, vereinbar ist. Die Genehmigung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden.

(3) Zuständig für die Erteilung der Genehmigung und für Beseitigungsverfügungen ist die örtlich zuständige untere Naturschutzbehörde.

§ 4

Keiner Genehmigung bedürfen:

1. die im Sinne des Hessischen Naturschutzgesetzes sowie des Bundesnaturschutzgesetzes ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche Nutzung von Grundstücken mit den in § 3 Abs. 1 Nr. 6 und Nr. 7 bezeichneten Einschränkungen sowie die Fortführung der gärtnerischen Nutzung von Grundstücken;
2. das Fahren mit oder das Parken von Kraftfahrzeugen aller Art zu land-, jagd-, fischerei- und forstwirtschaftlichen Zwecken und der Anliegerverkehr. Dies gilt nicht für Fischerei-Erlaubnischeininhaber;
3. der zum Zeitpunkt der Unterschutzstellung bereits im Betrieb befindliche und nach sonstigen Vorschriften zugelassene Abbau von Lagerstätten einschließlich deren Rekultivierung;
4. die bestimmungsgemäße Nutzung sowie Maßnahmen zur Unterhaltung, Instandsetzung und Pflege vorhandener
 - a) Bahnanlagen,
 - b) Fernstromleitungen der deutschen Bundesbahn,
 - c) Fernmeldeanlagen,
 - d) Straßen sowie deren Nebenanlagen,
 - e) Ver- und Entsorgungsanlagen und Pumpenanlagen,
 - f) Gräben (ohne Sohlenvertiefung) und Drainagen;
5. das Gebrauchmachen von wasserrechtlichen Erlaubnissen und Genehmigungen, die vor Inkrafttreten der Verordnung Bestandskraft erlangt haben;
6. Maßnahmen der Wasserbehörden oder deren Beauftragter im Rahmen der Wasseraufsicht und Unterhaltungsmaßnahmen an Gewässern;
7. das Befahren der Kinzig mit durch Muskelkraft betriebenen Booten ab Staustufe Ahl bis zur Mündung und der übrigen Fließgewässer in der Zeit vom 15. Juli bis Ende Februar;
8. der sachgerechte Pflegerückschnitt von Hecken und Gehölzen in der Zeit vom 1. September bis Ende Februar sowie die Ersatzpflanzung hochstämmiger Obstbäume;
9. die Errichtung offener Weidezäune mit Holzpfosten bis 1,50 m Höhe, forstlicher Kulturzäune und Gatter, soweit sie land- oder forstwirtschaftlichen Erwerbsbetrieben oder jagdwirtschaftlichen Zwecken dienen;
10. das vorübergehende Aufstellen von Personenunterkunft- oder Gerätewagen und Hilfegeräten, soweit sie betrieblichen Zwecken der Land- oder Forstwirtschaft, des Straßenbaues, des Wasserbaues oder der Energie- oder Wasserversorgung dienen;
11. die Errichtung von gegendüblichen Hochsitzen aus Holz, soweit sie dort, durch vorhandenen Bewuchs abgeschirmt, keine Störungen des Landschaftsbildes verursachen;
12. das Abbringen von Bodenmaterial zum Zwecke der Anpassung an das vorhandene Niveau, insbesondere das Auffüllen von Fahrspuren und Erosionsrinnen mit anstehendem Boden oder gleichwertigem Material;
13. das Waschen und Pflegen von Kraftfahrzeugen innerhalb genehmigter baulicher Anlagen;
14. die Durchführung von zur Erfassung und Sanierung von Altlasten (Abfall) erforderlichen Untersuchungen.

§ 5

Von den Genehmigungsvoraussetzungen des § 3 Abs. 2 kann im Rahmen des § 31 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Bundesnaturschutzgesetzes

auf Antrag Befreiung erteilt werden. Über den Antrag entscheidet die örtlich zuständige obere Naturschutzbehörde. Die Befreiung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden.

§ 6

Ordnungswidrig im Sinne des § 43 Abs. 2 Nr. 16 des Hessischen Naturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig ohne Genehmigung:

1. entgegen § 3 Abs. 1 Nr. 1 bauliche Anlagen herstellt, erweitert, ändert oder beseitigt;
2. entgegen § 3 Abs. 1 Nr. 2 Versammlungen, Musik-, Sport- und Grillfeste oder motorsportliche Veranstaltungen in der freien Landschaft abhält, Wasserfahrzeuge einschließlich Surfbrettern einsetzt oder Modellflugzeuge startet und landet;
3. entgegen § 3 Abs. 1 Nr. 3 Hecken, Gebüsch, Feld- oder Ufergehölze, Alleebäume, Streuobstbestände oder Einzelbäume beschädigt oder beseitigt;
4. entgegen § 3 Abs. 1 Nr. 4 Feuchtgebiete, Feuchtwiesen oder Wiesenkenken, insbesondere Flutmulden oder -rinnen; Moore, Teiche, Tümpel, Findlinge, Röhricht- oder Schilfbestände beschädigt oder beseitigt oder Gewässerufer verändert;
5. entgegen § 3 Abs. 1 Nr. 5 Entwässerungs- oder andere Maßnahmen vornimmt;
6. entgegen § 3 Abs. 1 Nr. 6 Grün- und Brachland umbricht oder eine Nutzungsänderung dieser Flächen vornimmt;
7. entgegen § 3 Abs. 1 Nr. 7 die Neuansaat in Wiesen oder Weiden vornimmt;
8. entgegen § 3 Abs. 1 Nr. 8 Totalherbizide auf Wiesen, Weiden oder Brachland einsetzt;
9. entgegen § 3 Abs. 1 Nr. 9 Bodenmaterial auf Wiesen, Weiden oder Brachland ausbringt;
10. entgegen § 3 Abs. 1 Nr. 10 Baum- oder Strauchpflanzungen durchführt;
11. entgegen § 3 Abs. 1 Nr. 11 feste oder flüssige Abfälle einbringt, nicht zugelassene Kraftfahrzeuge, Anhänger und Autowracks abstellt, Kraftfahrzeuge wäscht oder pflegt oder das Gelände verunreinigt;
12. entgegen § 3 Abs. 1 Nr. 12 mit Kraftfahrzeugen außerhalb der für den allgemeinen Kraftverkehr zugelassenen Wege, Straßen oder Plätze fährt oder parkt;
13. entgegen § 3 Abs. 1 Nr. 13 zeltet, Wohnwagen oder sonstige transportablen Anlagen aufstellt oder Feuer anzündet oder unterhält.

§ 7

(1) Die Bestimmungen der Verordnungen über die innerhalb des Landschaftsschutzgebietes „Auenverbund Kinzig“ liegenden Naturschutzgebiete, kombinierte Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete und einstweilig sichergestellte künftige Naturschutzgebiete gehen dieser Verordnung vor.

(2) Aufgehoben werden, soweit sie in den räumlichen Geltungsbereich dieser Verordnung fallen:

1. die Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen (Wälder) im Landkreis Hanau vom 17. Januar 1956 (StAnz. S. 88), zuletzt geändert durch Verordnung vom 20. Dezember 1989 (GVBl. 1990 I S. 13) und
 2. die Verordnung zum Schutz von Landschaftsteilen in den Landkreisen Gießen, Main-Kinzig, Vogelsberg und Wetterau „Landschaftsschutzgebiet Vogelsberg-Hessischer Spessart“ vom 31. Juli 1975 (StAnz. S. 1468, 1688), zuletzt geändert durch Verordnung vom 4. Juli 1990 (GVBl. I S. 424).
- (3) Aufgehoben wird die Verordnung zur einstweiligen Sicherstellung des zukünftigen Landschaftsschutzgebietes „Auenverbund Kinzig“ vom 10. Dezember 1985 (StAnz. S. 2357), zuletzt geändert durch Verordnung vom 31. Mai 1990 (GVBl. I S. 195).

§ 8¹⁾

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Artikel 3

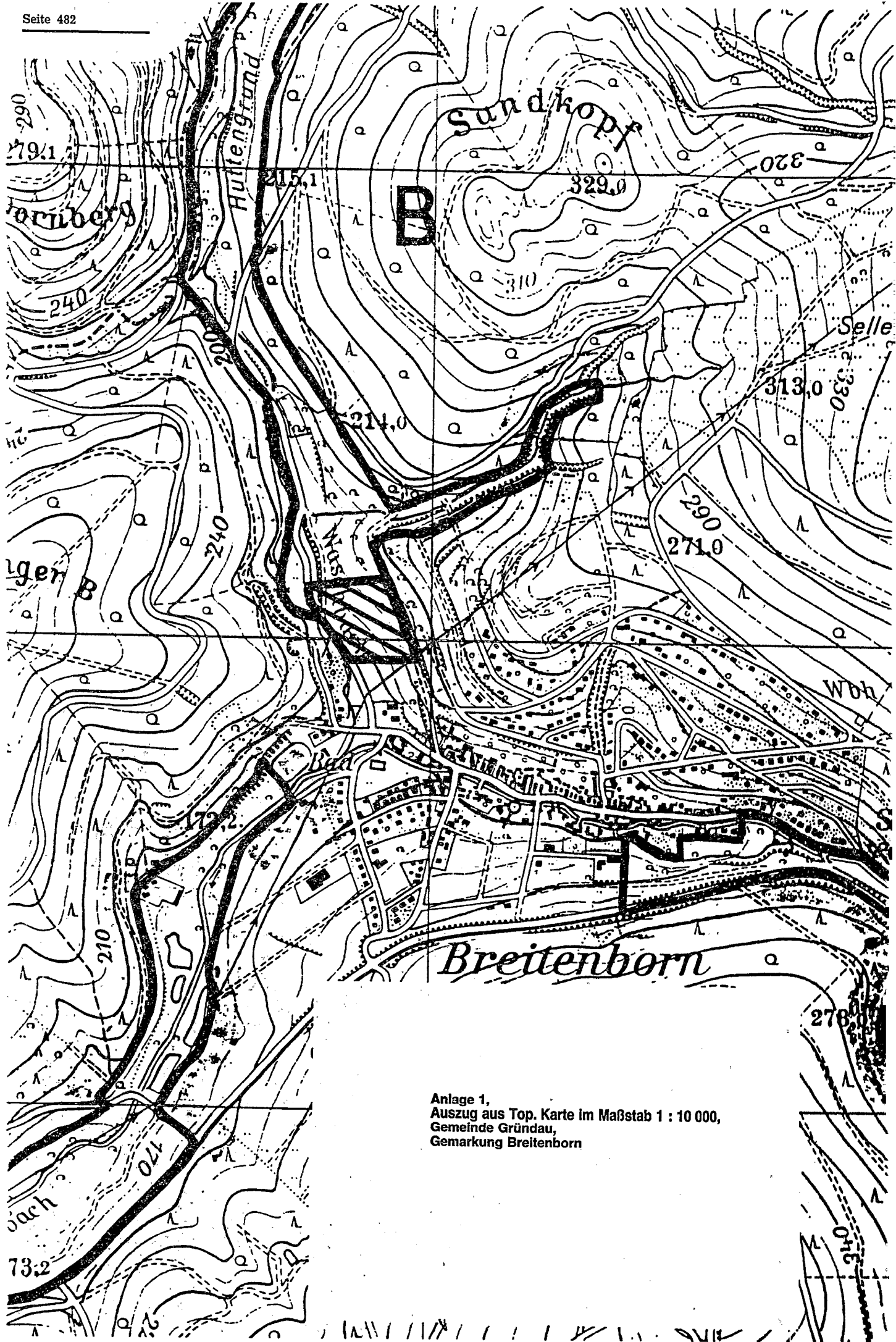
Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Darmstadt, 5. Januar 1996

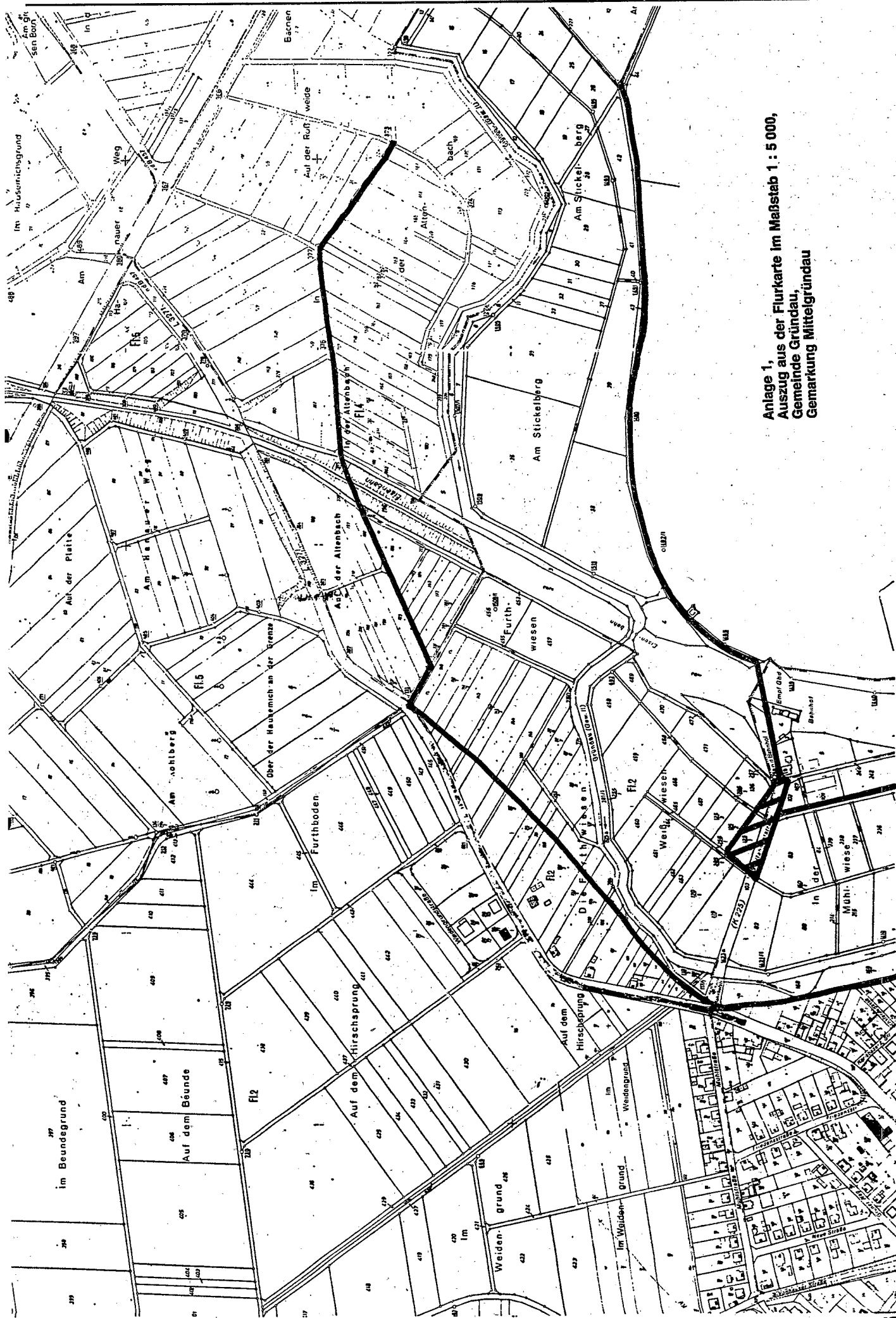
Regierungspräsidium Darmstadt
In Vertretung
gez. Dr. Hirschler
Regierungsvizepräsident

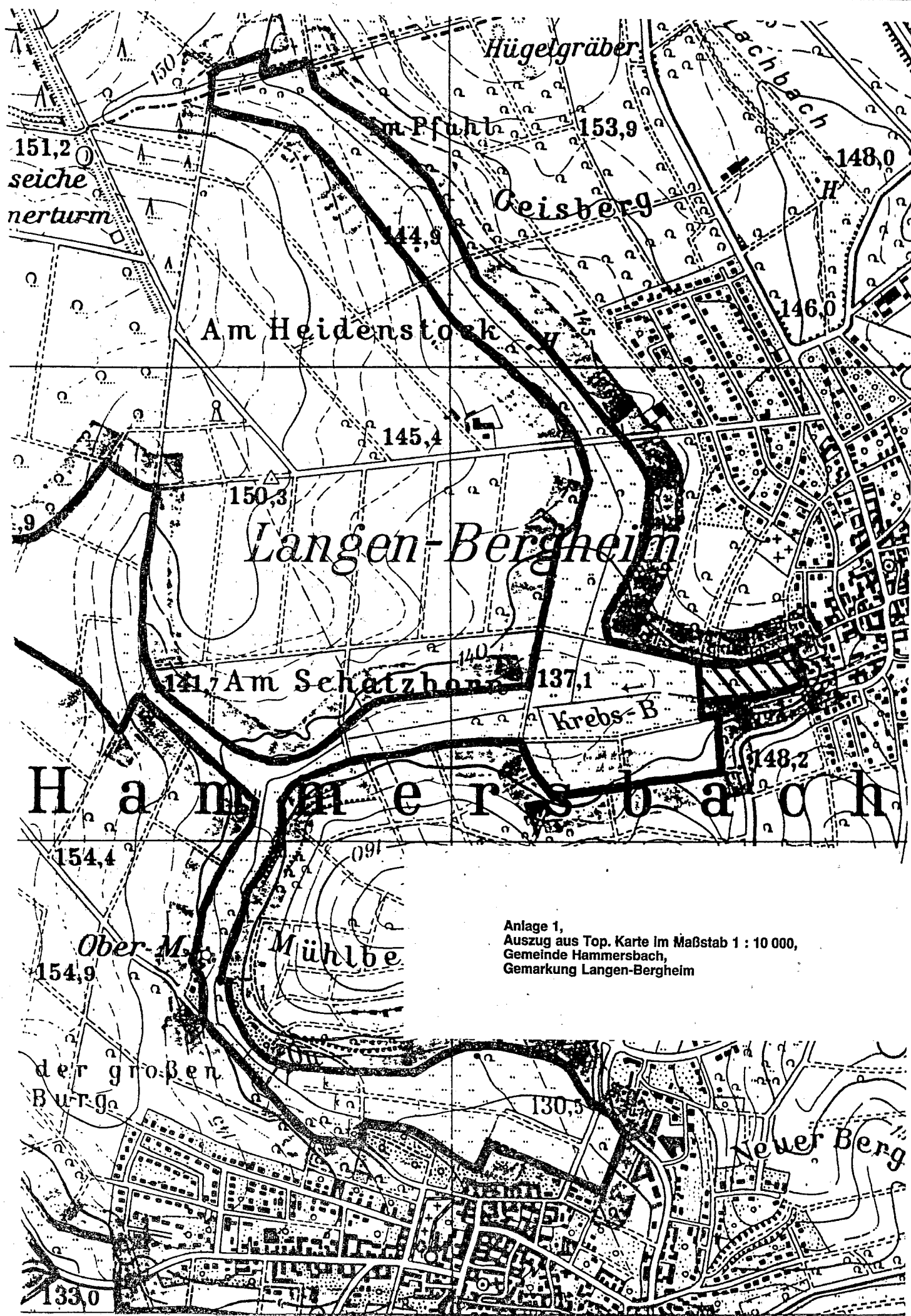
StAnz. 5/1996 S. 480

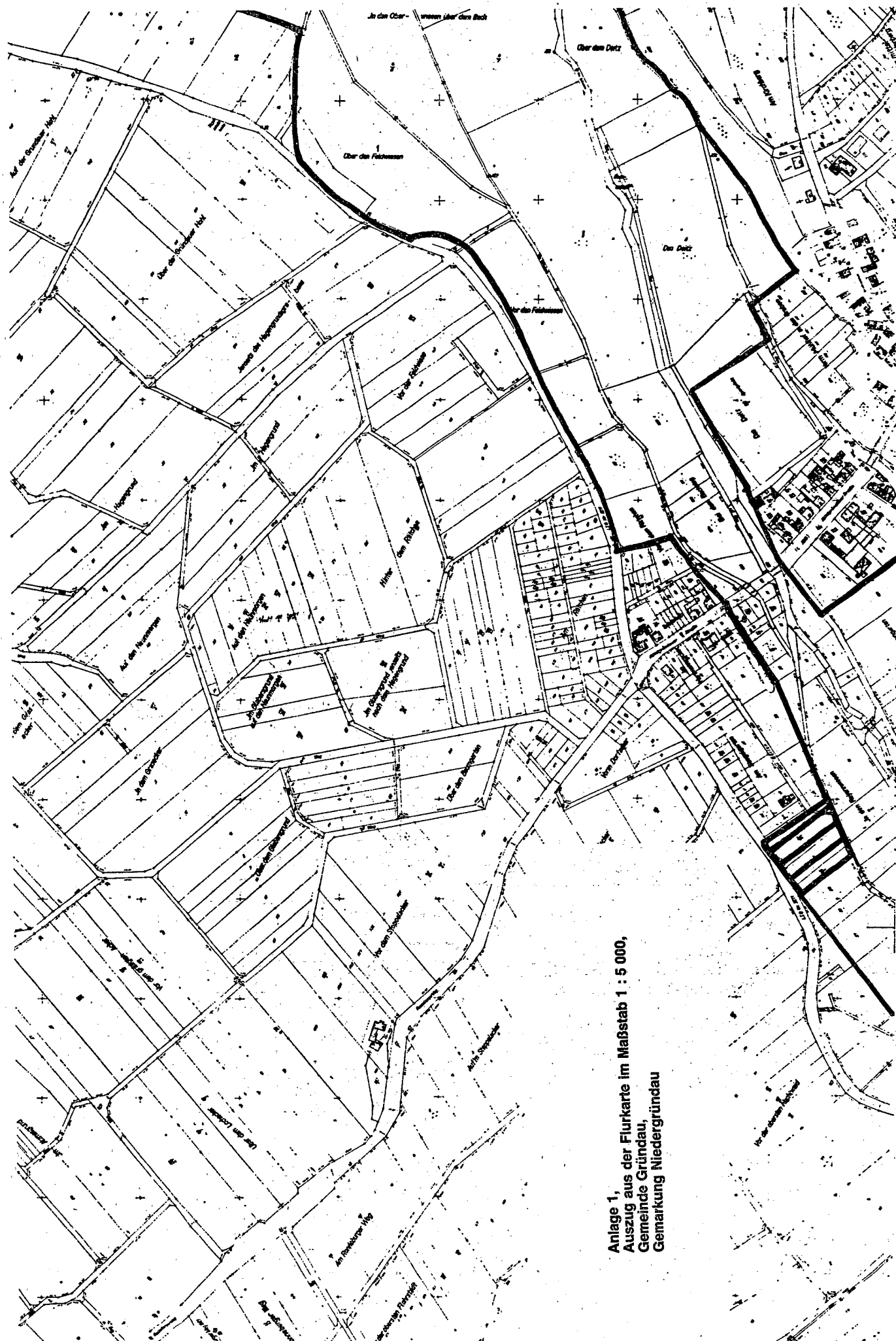
¹⁾ Die Vorschrift betrifft das Inkrafttreten der Verordnung in der ursprünglichen Fassung vom 10. Dezember 1990 (GVBl. I S. 746).



Anlage 1,
Auszug aus Top. Karte im Maßstab 1 : 10 000,
Gemeinde Gründau,
Gemarkung Breitenborn



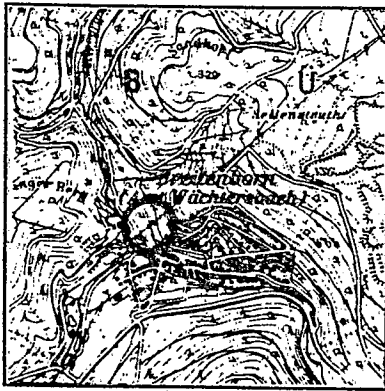




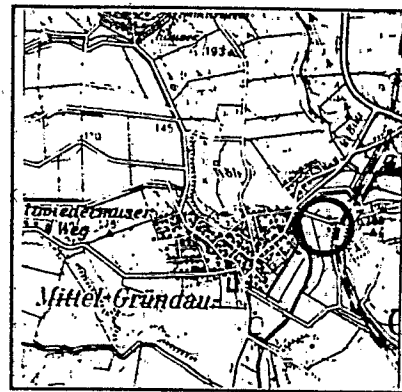
Anlage 1,
Auszug aus der Flurkarte im Maßstab 1 : 5 000,
Gemeinde Gründau,
Gemarkung Niedergründau

Anlage 2

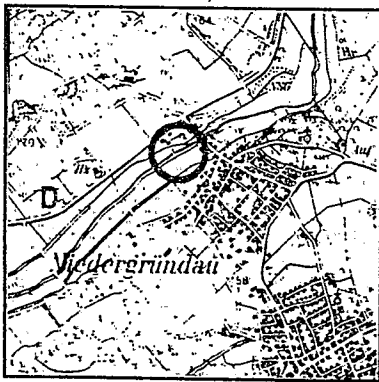
Übersichtskartenblatt als Anlage zur Vierten Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Auenverbund Kinzig“



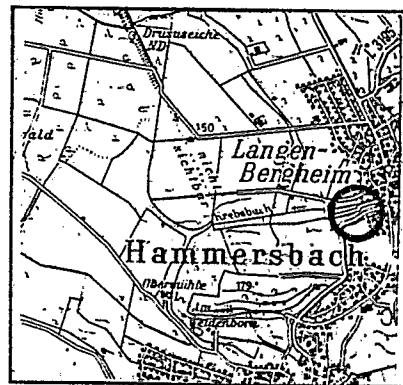
Gründau-Breitenborn



Gründau-Niedergründau



Gründau-Mittelgründau



Hammersbach-Langen-Bergheim

Auszüge aus den Top. Karten Nrn. 5718 und 5720 des Hessischen Landesvermessungsamtes im Maßstab 1 : 50 000, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 95 - 1 - 007

141

Innungskrankenkasse Rhein-Main, Wiesbaden;

hier: Anschluß der Innung des Bauhandwerks für Stadt und Kreis Offenbach und der Konditoren-Innung Wiesbaden-Rheingau-Taunus

Gemäß § 158 SGB V wird die Erstreckung des Bezirks der Innungskrankenkasse Rhein-Main auf folgende Innungen mit Wirkung vom 1. Januar 1996 genehmigt:

- Innung des Bauhandwerks für Stadt und Kreis Offenbach,
- Konditoren-Innung Wiesbaden-Rheingau-Taunus.

Darmstadt, 16. November 1995

Regierungspräsidium Darmstadt
II 18 — 54 e 08/01 — Ubd. 3 (36 u. 39)
StAnz. 5/1996 S. 486

142

Innungskrankenkasse Rhein-Main, Wiesbaden;

hier: Anschluß der Handwerker-Innung der Fleischer — Kreis Rheingau —, Metall-Innung Büdingen und der Friseur-Innung Rheingau

Gemäß § 158 SGB V wird die Erstreckung des Bezirks der Innungskrankenkasse Rhein-Main auf folgende Innungen mit Wirkung vom 1. Januar 1996 genehmigt:

- Handwerker-Innung der Fleischer — Kreis Rheingau —,
- Metall-Innung Büdingen,
- Friseur-Innung Rheingau.

Darmstadt, 1. Dezember 1995

Regierungspräsidium Darmstadt
II 18 — 54 e 08/01 — Ubd. 3 (32, 42, 49)
StAnz. 5/1996 S. 486

143

Innungskrankenkasse Rhein-Main, Wiesbaden;

hier: Anschluß der Gold-, Silberschmiede- und Graveur-Innung für den Main-Kinzig-Kreis, Elektro-Innung Büdingen, Maler-Innung Büdingen, Bäcker-Innung Büdingen, Tischler-Innung Büdingen

Gemäß § 158 SGB V wird die Erstreckung des Bezirks der Innungskrankenkasse Rhein-Main auf folgende Innungen mit Wirkung vom 1. Januar 1996 genehmigt:

- Gold-, Silberschmiede- und Graveur-Innung für den Main-Kinzig-Kreis,
- Elektro-Innung Büdingen,
- Maler-Innung Büdingen,
- Bäcker-Innung Büdingen,
- Tischler-Innung Büdingen.

Darmstadt, 8. November 1995

Regierungspräsidium Darmstadt
II 18 — 58 e 08/01 — Ubd. 3
(19, 28, 29, 31 u. 35)
StAnz. 5/1996 S. 486

144**Innungskrankenkasse Rhein-Main, Wiesbaden;**

hier: Anschluß der Friseur-Innung Büdingen, Fleischer-Innung Büdingen, Zimmerer-Innung Büdingen, Glaser-Innung für Stadt und Kreis Offenbach, Schreiner-Innung für Stadt und Kreis Offenbach

Gemäß § 158 SGB V wird die Erstreckung des Bezirks der Innungskrankenkasse Rhein-Main auf folgende Innungen mit Wirkung vom 1. Januar 1996 genehmigt:

- Friseur-Innung Büdingen,
- Fleischer-Innung Büdingen,
- Zimmerer-Innung Büdingen,
- Glaser-Innung für Stadt und Kreis Offenbach,
- Schreiner-Innung für Stadt und Kreis Offenbach.

Darmstadt, 8. Dezember 1995

Regierungspräsidium Darmstadt
II 18 — 58 e 08/01 — Ubd. 3
(3, 27, 41, 48 u. 54)

StAnz. 5/1996 S. 487

145**Innungskrankenkasse Südhessen, Bensheim;**

hier: Anschluß der Dachdecker-Innung Darmstadt

Gemäß § 158 SGB V wird die Erstreckung des Bezirks der Innungskrankenkasse Südhessen auf die Dachdecker-Innung Darmstadt mit Wirkung vom 1. Januar 1996 genehmigt.

Darmstadt, 8. Dezember 1995

Regierungspräsidium Darmstadt
II 18 — 54 e 08/01 — Ubd. 3 (32)

StAnz. 5/1996 S. 487

146**Innungskrankenkasse Südhessen, Bensheim;**

hier: Anschluß der Innung des Bauhandwerks für den ehemaligen Stadt- und Landkreis Darmstadt

Gemäß § 158 SGB V wird die Erstreckung des Bezirks der Innungskrankenkasse Südhessen auf die Innung des Bauhandwerks für den ehemaligen Stadt- und Landkreis Darmstadt mit Wirkung vom 1. Februar 1996 genehmigt.

Darmstadt, 11. Dezember 1995

Regierungspräsidium Darmstadt
II 18 — 54 e 08/01 — Ubd. 3 (1)

StAnz. 5/1996 S. 487

147**Innungskrankenkasse Südhessen, Bensheim;**

hier: Anschluß der Friseur-Innung Groß-Gerau

Gemäß § 158 SGB V wird die Erstreckung des Bezirks der Innungskrankenkasse Südhessen auf die Friseur-Innung Groß-Gerau mit Wirkung vom 1. Januar 1996 genehmigt.

Darmstadt, 18. Oktober 1995

Regierungspräsidium Darmstadt
II 18 — 54 e 08/01 — Ubd. 3 (26)

StAnz. 5/1996 S. 487

148**Innungskrankenkasse Südhessen, Bensheim;**

hier: Anschluß der Innung des Bauhandwerks Groß-Gerau, Landesinnung des Vulkaniseur- und Reifenmechaniker-Handwerks Hessen, Innung für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik Stadt und Landkreis Darmstadt

Gemäß § 158 SGB V wird die Erstreckung des Bezirks der Innungskrankenkasse Südhessen auf folgende Innungen mit Wirkung vom 1. Januar 1996 genehmigt.

- Innung des Bauhandwerks Groß-Gerau,
- Landesinnung des Vulkaniseur- und Reifenmechaniker-Handwerks Hessen,
- Innung für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik Stadt und Landkreis Darmstadt.

Darmstadt, 8. November 1995

Regierungspräsidium Darmstadt
II 18 — 54 e 08/01 — Ubd. 3
(27, 28 u. 34)

StAnz. 5/1996 S. 487

149**Innungskrankenkasse Südhessen, Bensheim;**

hier: Anschluß der Innung des Kraftfahrzeug-Handwerks Darmstadt

Gemäß § 158 SGB V wird die Erstreckung des Bezirks der Innungskrankenkasse Südhessen auf die Innung des Kraftfahrzeug-Handwerks Darmstadt mit Wirkung vom 1. Januar 1996 genehmigt.

Darmstadt, 4. Dezember 1995

Regierungspräsidium Darmstadt
II 18 — 54 e 08/01 — Ubd. 3 (31)

StAnz. 5/1996 S. 487

150**Genehmigung der ALTARA-Stiftung, Sitz Rodgau**

Gemäß § 80 BGB i. V. m. § 3 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1984 (GVBl. I S. 344) habe ich die mit Stiftungsgeschäft vom 28. Dezember 1995 errichtete ALTARA-Stiftung, Sitz Rodgau, mit Stiftungsurkunde vom 28. Dezember 1995 genehmigt.

Darmstadt, 28. Dezember 1995

Regierungspräsidium Darmstadt
III 11 a — 25 d 04/11 — (8) — 16

StAnz. 5/1996 S. 487

151**Genehmigung der Dr. Hans-Werner Dildei Familienstiftung, Sitz Oberursel**

Gemäß § 80 BGB i. V. m. § 3 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1984 (GVBl. I S. 344) habe ich die mit Stiftungsgeschäft vom 11. Dezember 1995 errichtete Dr. Hans-Werner Dildei Familienstiftung, Sitz Oberursel, mit Stiftungsurkunde vom 21. Dezember 1995 genehmigt.

Darmstadt, 21. Dezember 1995

Regierungspräsidium Darmstadt
III 11 a — 25 d 04/11 — (4) — 59

StAnz. 5/1996 S. 487

152**Zweckänderung der Peter Fuld Stiftung, Sitz Frankfurt am Main**

Gemäß § 9 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1984 (GVBl. I S. 344), habe ich auf Antrag des Kuratoriums den Zweck der Peter Fuld Stiftung, Sitz Frankfurt am Main, geändert. § 2 Abs. 3 der Verfassung lautet nunmehr wie folgt:

„Zweck der Stiftung ist es, Jugendliche in ihrer Erziehung und Ausbildung — auch durch ein Studium im In- und Ausland — durch eigene unmittelbare Tätigkeit der Stiftung zu fördern, wobei vornehmlich Begabte und/oder solche Jugendliche zu bedenken sind, die unter ihrer Herkunft zu leiden haben.“

Darmstadt, 9. Januar 1996

Regierungspräsidium Darmstadt
III 11 a — 25 d 04/11 (12) — 138

StAnz. 5/1996 S. 487

153

Zweckänderung der Sondershausen von Gläsernthal'sche Stiftung, Sitz Frankfurt am Main

Gemäß § 9 des Hessischen Stiftungsgesetzes vom 4. April 1966 (GVBl. I S. 77), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Dezember 1984 (GVBl. I S. 344), habe ich auf Antrag des Vorstandes den Zweck der Sondershausen von Gläsernthal'sche Stiftung, Sitz Frankfurt am Main, geändert.

§ 2 Nr. 2 Abs. 1 der Verfassung lautet nunmehr wie folgt:

„Aus dem Erlös des Stiftungsvermögens sind nach dem Wunsch der Stifterinnen älteren bedürftigen Frankfurter Frauen, über 60 Jahre alte Bürgerinnen, laufende Renten zur Sicherung des Lebensbedarfs zu gewähren, sofern die Bewerberinnen die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und ihren Unterhalt weder aus eigenen Mitteln noch aus Zuwendungen von unterhaltspflichtigen Verwandten bestreiten können.“

§ 2 Nr. 2 Abs. 3 lautet nunmehr wie folgt:

„Die Stiftungswohlthaten werden nur an alleinstehende Bewerberinnen mit untadeligem Ruf, ohne Rücksicht auf Rasse, Religion und Parteizugehörigkeit vergeben, die in Frankfurt am Main ihren Wohnsitz haben. Bewerberinnen, die Sozialhilfe beziehen, dürfen Stiftungsleistungen nur insoweit gewährt werden, als dadurch die Sozialhilfe nicht vermindert wird.“

Darmstadt, 9. Januar 1996

Regierungspräsidium Darmstadt

III 11 a — 25 d 04/11 (12) — 97

StAnz. 5/1996 S. 488

154

KASSEL

Verordnung über das Naturschutzgebiet „Kalkmagerrasen bei Roßbach“ vom 26. Dezember 1995

Auf Grund des § 16 Abs. 2 und des § 17 Abs. 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes vom 19. September 1980 (GVBl. I S. 309), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 1994 (GVBl. I S. 775), wird, nachdem den nach § 29 des Bundesnaturschutzgesetzes in der Fassung vom 12. März 1987 (BGBl. I S. 890), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. August 1993 (BGBl. I S. 1458), anerkannten Verbänden Gelegenheit zur Äußerung gegeben wurde, im Benehmen mit der oberen Behörde der Landesplanung verordnet:

§ 1

(1) Die zwischen den Ortsteilen Roßbach und Ellingerode liegenden Kalkmagerrasen werden mit den angrenzenden Wiesen, Weiden, Streuobstbeständen, Ackerflächen und Wäldern in den Grenzen, die sich aus der in Abs. 3 genannten Abgrenzungskarte ergeben, zum Naturschutzgebiet erklärt.

(2) Das Naturschutzgebiet „Kalkmagerrasen bei Roßbach“ liegt in den Gemarkungen Roßbach, Ellingerode, Dohrenbach und Witzhausen der Stadt Witzhausen im Werra-Meißner-Kreis. Es hat eine Größe von 56,07 ha. Die örtliche Lage des Naturschutzgebietes ergibt sich aus der als Anlage 1 zu dieser Verordnung veröffentlichten Übersichtskarte im Maßstab 1 : 25 000.

(3) Die Grenzen des Naturschutzgebietes sind in der Abgrenzungskarte im Maßstab 1 : 5 000 festgelegt, in der das Naturschutzgebiet mit einer unterbrochenen schwarzen Linie umrandet ist. Die Karte ist Bestandteil dieser Verordnung. Sie wird als Anlage 2 zu dieser Verordnung veröffentlicht.

(4) Das Naturschutzgebiet ist durch amtliche Schilder gekennzeichnet.

§ 2

Zweck der Unterschutzstellung ist es,

1. die selten gewordenen, weitgehend offenen Kalkmagerrasen mit den angrenzenden land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen zu schützen und zu entwickeln,
2. die strukturreiche und vielfältige, historisch gewachsene Kulturlandschaft zu bewahren und
3. die im Gebiet lebenden seltenen und gefährdeten Pflanzen- und Tierarten einschließlich deren Standorte und Lebensräume dauerhaft zu schützen und weiter zu entwickeln.

§ 3

Als Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebietes oder seiner Bestandteile oder

zu einer nachhaltigen Störung führen können (§ 12 Abs. 2 Satz 1 des Hessischen Naturschutzgesetzes), sind verboten:

1. bauliche Anlagen im Sinne des § 2 Abs. 1 der Hessischen Bauordnung vom 20. Dezember 1993 (GVBl. I S. 655) herzustellen, zu erweitern, zu ändern oder zu beseitigen, ungeachtet des in § 1 Abs. 2 der Hessischen Bauordnung ausgenommenen Anwendungsbereiches oder einer auf Grund anderer Rechtsvorschriften erteilten Genehmigung;
2. Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abzubauen oder zu gewinnen, Sprengungen oder Bohrungen vorzunehmen oder sonst die Bodengestalt zu verändern;
3. Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anzubringen oder aufzustellen;
4. Gewässer zu schaffen, zu verändern oder zu beseitigen, insbesondere Wasserläufe, Wasserflächen oder Tümpel einschließlich deren Ufer oder den Zu- oder Ablauf des Wassers oder den Grundwasserstand zu verändern oder Sümpfe oder sonstige Feuchtgebiete zu entwässern oder über den Gemeingebrauch hinaus Wasser zu entnehmen;
5. Bäume und Sträucher oder sonstige Pflanzen zu beschädigen oder zu entfernen;
6. wildlebenden Tieren nachzustellen, sie mutwillig zu beunruhigen, ihre Laute nachzuahmen, sie an ihren Brut- oder Wohnstätten zu fotografieren, zu filmen oder dort ihre Laute auf Tonträger aufzunehmen, Vorrichtungen zu ihrem Fang anzubringen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Puppen, Larven oder Eier, Nester oder sonstige Brut- oder Wohnstätten fortzunehmen oder zu beschädigen;
7. Pflanzen einzubringen oder Tiere auszusetzen;
8. das Naturschutzgebiet außerhalb der befestigten Wege und gekennzeichneten Wanderpfade zu betreten;
9. im Naturschutzgebiet außerhalb der befestigten Wege zu reiten;
10. zu lagern, zu zelten, Wohnwagen aufzustellen, zu lärmern, Feuer anzuzünden oder zu unterhalten oder Modellflugzeuge starten oder landen zu lassen;
11. mit Kraftfahrzeugen oder Fahrrädern außerhalb der dafür zugelassenen Wege zu fahren oder Kraftfahrzeuge zu parken;
12. Kraftfahrzeuge zu waschen oder zu pflegen;
13. Wiesen, Weiden oder Brachflächen umzubereiten, oder die Nutzung von Wiesen zu ändern oder Brachflächen zu bewirtschaften;
14. zu düngen, oder Dünger oder Silagen zu lagern;
15. Pflanzenschutzmittel anzuwenden;
16. Hunde frei laufen zu lassen;
17. gewerbliche Tätigkeiten auszuüben.

§ 4

Ausgenommen von den Verboten des § 3 bleiben:

1. die extensive Nutzung der Grünlandflächen, jedoch unter den in § 3 Nr. 13, 14 und 15 genannten Einschränkungen;
2. die ackerbauliche Nutzung der Flurstücke 16/1, 19/1, 22, 23, 24, 133/21, 134/21 und 135/21 in der Flur 4, Gemarkung Roßbach, mit dem Einsatz von Stallmist, jedoch unter den in § 3 Nr. 15 genannten Einschränkungen;
3. folgende Maßnahmen im Wald mit dem Ziel, einen naturnahen, strukturalten und artenreichen Laubmischwald zu erhalten bzw. zu entwickeln:
 - a) die kahlschlagsfreie forstliche Bewirtschaftung der Waldbestände, im gemeindeeigenen Waldbesitz mit der Maßgabe 10 v. H. der Bestandesmasse als ungenutztes Alt- oder Totholz zu erhalten,
 - b) die Umwandlung der Nadelholzbestände in standortgerechte Laubholzmischbestände im Zuge der Nutzung,
 - c) waldbauliche Maßnahmen zur Gestaltung und Pflege der Waldränder,
 jedoch unter den in § 3 Nr. 15 genannten Einschränkungen;
4. die Jagd auf Schalenwild und Waschbären, die Jagd auf Füchse unter Ausschluß der Fallenjagd sowie der Bau von Ansitzleibern und Schirmen in landschaftsangepaßter Form;
5. Maßnahmen zur Unterhaltung und Instandsetzung der vorhandenen Wege mit anstehendem oder gleichwertigem Material;
6. der Pflegerückschnitt von Hecken und Gehölzen in der Zeit vom 1. September bis 15. März;
7. die Handlungen der zuständigen Wasserbehörde oder deren Beauftragter im Rahmen der Wasseraufsicht sowie Unterhaltungsmaßnahmen an Gewässern im Einvernehmen mit der oberen Naturschutzbehörde;

8. die obstbauliche Nutzung vorhandener Obstgehölze einschließlich des Zurückschneidens und der Ersatzpflanzung von Hochstammobstbäumen alter Sorten unter den in § 3 Nr. 15 genannten Einschränkungen;
9. Maßnahmen zur Überwachung der vorhandenen Ent- und Versorgungsanlagen sowie Unterhaltungs- und Instandsetzungsmaßnahmen mit Genehmigung der oberen Naturschutzbehörde;
10. die Durchführung des traditionellen Osterfeuers auf dem Kalkrain (Gemarkung Roßbach, Flur 13, Flurstück 88/2) unter Verwendung von Baumschnitt und von vor Ort gewonnenem Holz;
11. die Durchführung eines Gottesdienstes auf dem Hesselberg im Juni oder Juli des Jahres.

§ 5

Ordnungswidrig im Sinne des § 43 Abs. 3 Nr. 10 des Hessischen Naturschutzgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig:

1. entgegen § 3 Nr. 1 bauliche Anlagen herstellt, erweitert, ändert oder beseitigt;
2. entgegen § 3 Nr. 2 Bodenschätze oder andere Bodenbestandteile abbaut oder gewinnt, Sprengungen oder Bohrungen vornimmt oder die Bodengestalt verändert;
3. entgegen § 3 Nr. 3 Inschriften, Plakate, Bild- oder Schrifttafeln anbringt oder aufstellt;
4. Wasser, Gewässer, Sumpf- oder Feuchtgebiete in der in § 3 Nr. 4 bezeichneten Art beeinflusst;
5. entgegen § 3 Nr. 5 Bäume und Sträucher oder sonstige Pflanzen beschädigt oder entfernt;

6. wildlebende Tiere in allen Entwicklungsstufen in der in § 3 Nr. 6 bezeichneten Art beeinträchtigt oder Vorrichtungen zu deren Fang anbringt;
7. entgegen § 3 Nr. 7 Pflanzen einbringt oder Tiere aussetzt;
8. entgegen § 3 Nr. 8 das Naturschutzgebiet außerhalb der befestigten Wege oder gekennzeichneten Wanderpfade betritt;
9. entgegen § 3 Nr. 9 im Naturschutzgebiet außerhalb der befestigten Wege reitet;
10. entgegen § 3 Nr. 10 lagert, zeltet, Wohnwagen aufstellt, lärm, Feuer anzündet oder unterhält oder Modellflugzeuge starten oder landen läßt;
11. entgegen § 3 Nr. 11 mit Kraftfahrzeugen oder Fahrrädern außerhalb der dafür zugelassenen Wege fährt oder Kraftfahrzeuge parkt;
12. entgegen § 3 Nr. 12 Kraftfahrzeuge wäscht oder pflegt;
13. entgegen § 3 Nr. 13 Wiesen, Weiden oder Brachflächen umbricht, die Nutzung von Wiesen ändert oder Brachflächen bewirtschaftet;
14. entgegen § 3 Nr. 14 düngt, oder Dünger oder Silagen lagert;
15. entgegen § 3 Nr. 15 Pflanzenschutzmittel anwendet;
16. entgegen § 3 Nr. 16 Hunde frei laufen läßt;
17. entgegen § 3 Nr. 17 gewerbliche Tätigkeiten ausübt.

§ 6.

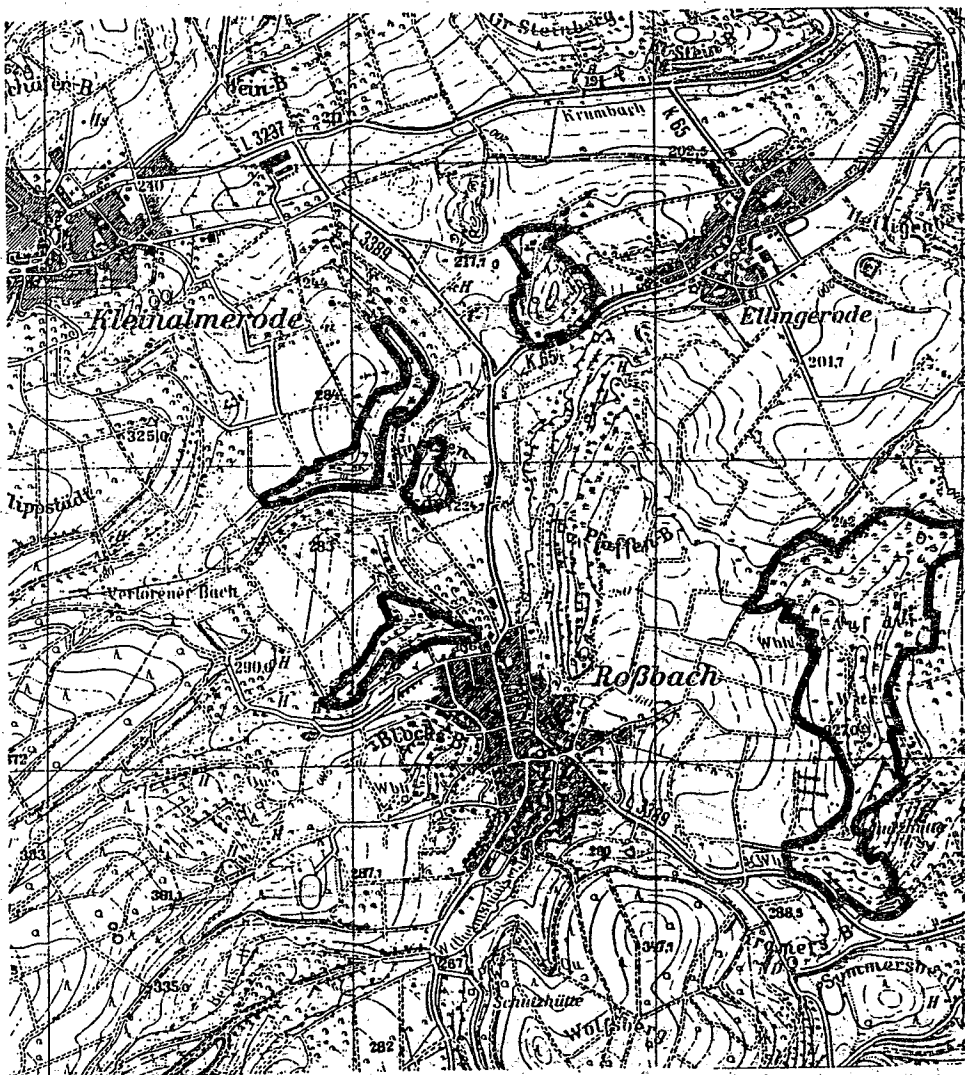
Es ergehen folgende Übergangsvorschriften:

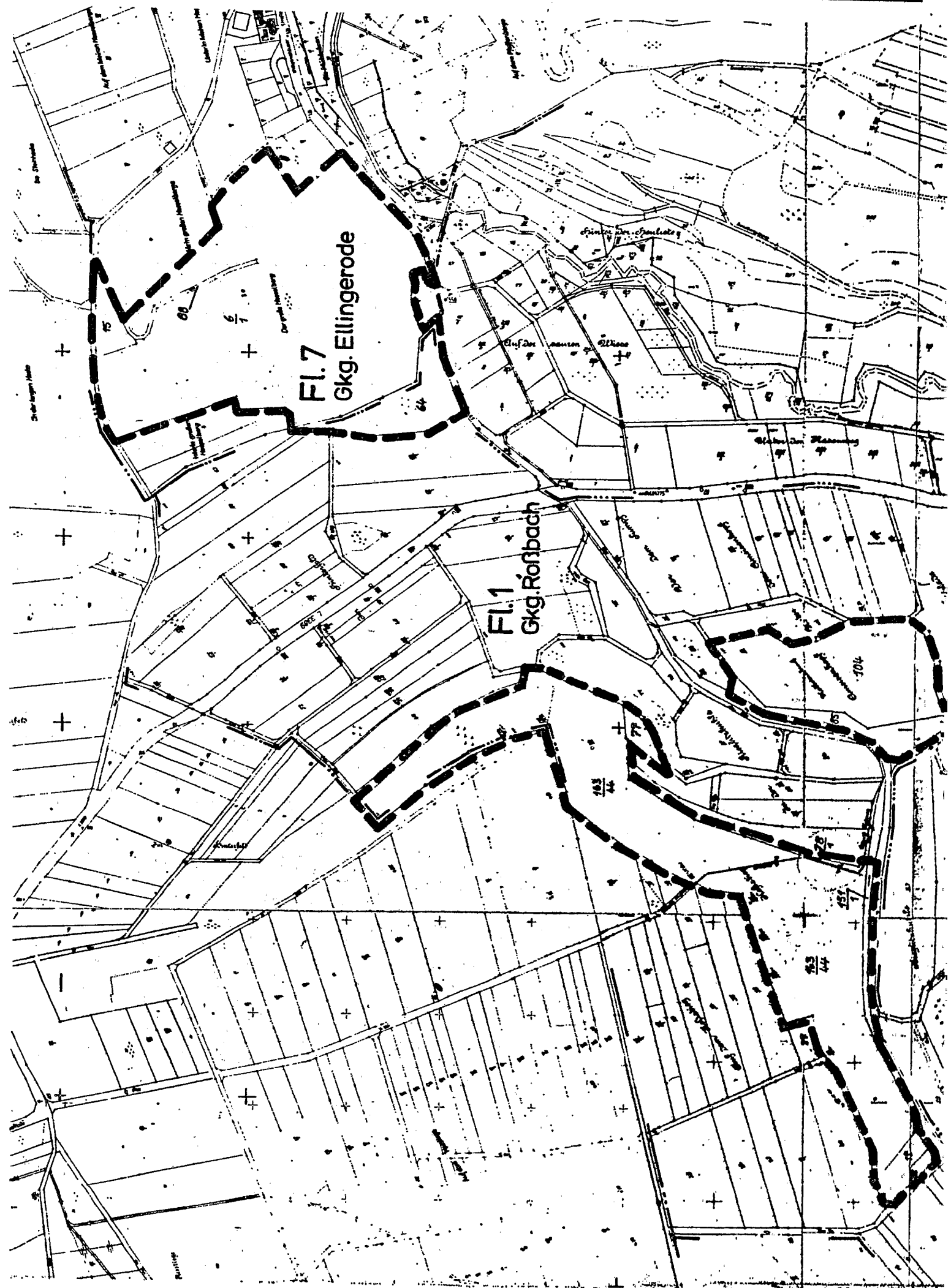
1. die Anwendung von Mitteln gegen die Kirschfruchtfliege bleibt auf den bewirtschafteten Kirschplantagen der Flurstücke 13

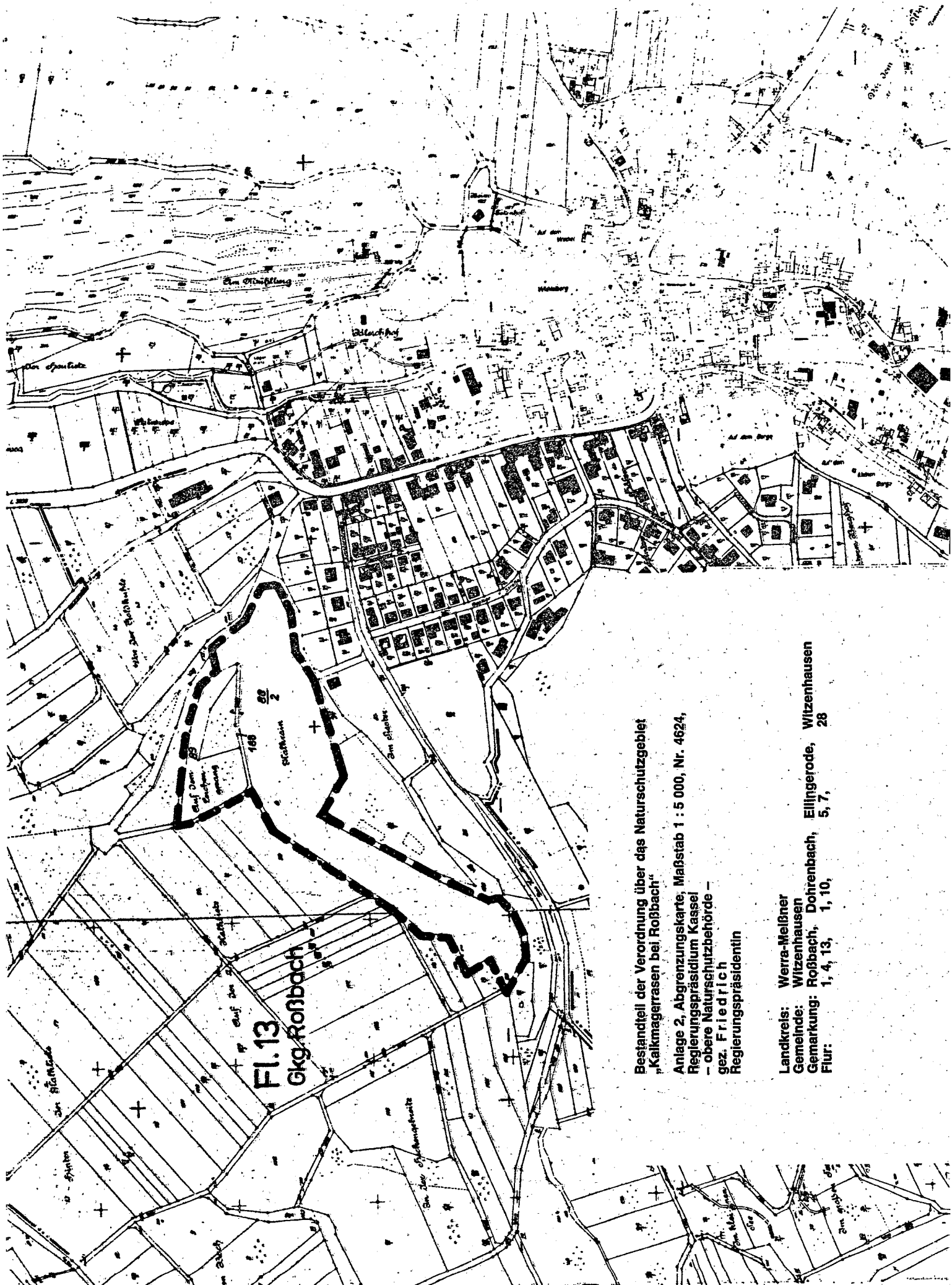
Fortsetzung auf S. 493

Auszug aus Top. Karte, Maßstab 1 : 25 000, Nr. 4624, des Hessischen Landesvermessungsamtes, Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 95 - 1 - 007

Übersichtskarte als Anlage 1 zu der Verordnung über das Naturschutzgebiet „Kalkmagerrasen bei Roßbach“







Bestandteil der Verordnung über das Naturschutzgebiet
„Kalkmagerrasen bei Roßbach“

Anlage 2, Abgrenzungskarte, Maßstab 1 : 5 000, Nr. 4624,
Regierungspräsidium Kassel
— obere Naturschutzbehörde —
gez. Friedrich
Regierungspräsidentin

Landkreises: Werra-Meißner

Gemeinde: Witzelshausen

Gemarkung: Roßbach, Dohrenbach, Ellingerode, Witzelshausen

Flur: 1, 4, 13, 1, 10, 5, 7, 28

Gkg.: Ellingerode

Fl. 28
Gkg. Witzzenhaus

Fl. 1
Gkg. Dohrenbach

Fl. 4
Gkg. Roßbach

Fl. 10
Gkg. Dohrenbach

Fortsetzung von S. 489

- und 16 in der Flur 1, Gemarkung Dohrenbach bis zum 31. Dezember 1999 in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang zulässig;
2. die landwirtschaftliche Nutzung der Ackerflächen auf den Flurstücken 16/1 und 19/1 in der Flur 4, Gemarkung Roßbach bleibt bis zum 31. August 1998 in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang zulässig;
3. die landwirtschaftliche Grünlandnutzung auf den Flurstücken 18 und 85 in der Flur 1, Gemarkung Roßbach und dem als Grünland genutzten Teilstück des Flurstückes 16/1 in der Flur 5, Gemarkung Ellingerode bleibt bis zum 30. Juni 2000 in der bisherigen Art und im bisherigen Umfang zulässig.

BUCHBESPRECHUNGEN

Bundesimmissionsschutzrecht. Texte und Kommentare für das Recht der Luftreinhaltung und der Lärmbekämpfung. Von Min.Dir. a. D. Dr. Gerhard Feldhaus, unter Mitarbeit von Vors. Richter am OVG Lüneburg, Dr. Dieter Czajka, Min.Rat Dipl.-Phys. Herbert Ludwig, ORR Dipl.-Verw.-Wirt Horst D. Hansel, RA Manfred Rebentisch, Richter am BVerwG Willi Vallendar, Gew.Dir. a. D. Dipl.-Ing. Peter Wietfeldt. 2., völlig Neubearb. Aufl., Loseblattwerk; Gesamtwerk, 6940 S., 6 Ordn., 298,— DM. Verlag C. F. Müller (Hüthig GmbH), Heidelberg. ISBN 3-8114-4370-4

Das Werk enthält den Text und eine ausführliche Kommentierung des BImSchG, Ausführungsvorschriften des Bundes zum BImSchG mit sämtlichen Durchführungsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften, Ausführungsvorschriften der Länder zum BImSchG mit sämtlichen Verordnungen und Verwaltungsvorschriften, die auf das BImSchG gestützt sind sowie im Anhang u. a. VDI-Richtlinien und internationale Regelungen, verwandte Rechtsbereiche wie z. B. Benzinbleigesetz und Fluglärmschutzgesetz, Verkehrsrecht, Atomgesetz, Abfallbeseitigungsgesetz, Chemikaliengesetz, Altölgesetz sowie die Immissionsschutzgesetze der Länder.

Hierzu ist nunmehr die 63. Ergänzungslieferung erschienen. Aufgenommen und mit eingehenden Erläuterungen versehen wurden die vom Ausschuss für Gefahrstoffe (AGS) aufgestellten und vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung bekanntgegebenen Technischen Regeln für Gefahrstoffe „Sicherheitstechnik“ (TRGS 300). Diese Rahmenrichtlinie beruht auf den Gedanken der Unteilbarkeit der Sicherheitstechnik. Ihr Ziel ist eine den Bedürfnissen der Betriebspraxis gerecht werdende Vereinheitlichung der Sicherheitsanforderungen und der Methoden zur Beurteilung des Gefahrenpotentials auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und dem des Immissionsschutzes (Störfallrecht).

Abgedruckt wurden ferner die auf einer Empfehlung des Länderausschusses für Immissionsschutz beruhenden Sächsischen Verwaltungsvorschriften zur Feststellung und Beurteilung von Geruchsmissionen sowie die seit langem erwarteten allgemeinen Verwaltungsvorschriften zum UVP-Gesetz.

Andere Vorschriften wurden auf den neuesten Stand gebracht. Damit befindet sich die Kommentierung wiederum auf einem hohen Niveau. Das anerkannte Werk ist für Theorie und Praxis gleichermaßen gut geeignet und für alle im Umweltrecht Tätigen unentbehrlich. Assessorin Dr. Petra J e d e r

Kraftverkehrskontrolle. Sozialvorschriften für den Straßenverkehr. Aktuelles Handbuch. Von Hartmut Gerlach und Jörg Mergenthaler. 29. Erg.Liefg., Gesamtwerk, 2. Ordn., 87,— DM. Verlag Wilhelm Jungling GmbH & Co. KG, Karlsruhe. ISBN 3-88947-055-6

Die 29. Ergänzungslieferung hat den Bearbeitungsstand: 1. Dezember 1995. Die Ergänzungslieferung enthält in Teil A unter anderem die Änderungen der Verwaltungsvorschrift zur StVO sowie die Neufassung der Verwaltungsvorschrift zum Güterkraftverkehrsgesetz.

Die Änderung der Verwaltungsvorschrift zur StVO enthält die auf Grund der 13. Änderungsverordnung der StVO vom 18. Juli 1995 erforderlich werdenden Ausführungsregelungen, insbesondere zur Einrichtung von Haltestellen für gekennzeichnete Schulbusse.

Die Kommentierung in Teil B wird ergänzt. Zu erwähnen ist hier insbesondere die umfangreiche Kommentierung zu § 315 c StGB.

Ministerialrat Dirk F r e d r i c h

Verwaltung der Kunst oder Kunst der Verwaltung. Kulturverwaltung, Kulturförderung und Kulturpolitik des Landes Hessen 1945–1960. Von Jochen Zulauf. Herausgegeben von der Historischen Kommission für Nassau, Wiesbaden (Beiträge zur Geschichte Nassaus und des Landes Hessen 2). 1995, VII, 216 S., 39,— DM. ISBN 3-922244-97-1

Die Frankfurter Dissertation betrifft ein bislang weitgehend vernachlässigtes Feld der historischen Forschung: die Kulturförderung der Nachkriegsjahre, der hier beispielhaft für Hessen nachgegangen wird. Dabei erhebt der Autor nicht den Anspruch, eine umfassende Geschichte der Kultur des Landes vorzulegen. Gleichwohl liefert er in überzeugender Weise detaillierte Beschreibungen künstlerischer Bereiche und kultureller Einrichtungen, sofern sie vom Land gefördert wurden.

§ 7

Die Verordnung zur einstweiligen Sicherstellung künftiger Naturschutzgebiete im Werra-Meißner-Kreis vom 4. Dezember 1991 (StAnz. S. 2969), geändert durch Verordnung vom 2. November 1994 (StAnz. S. 3448), wird für den in § 1 (4) Nr. 1 der oben genannten Verordnung bezeichneten „Kalkmagerrasen bei Roßbach“ aufgehoben.

§ 8

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Kassel, 26. Dezember 1995

Regierungspräsidium Kassel
gez. Friedrich
Regierungspräsidentin

StAnz. 5/1996 S. 488

Ausgehend von den politischen Rahmenbedingungen unter der Besatzungsherrschaft, gibt die Studie Einblick in die Organisation des Kultusministeriums und stellt die jeweiligen Ressortleiter vor, von dem bald bei der Militärregierung wegen Meinungsverschiedenheiten in Ungnade gefallenen Franz Böhm, über den Schulmann Franz Schramm, den Juristen Erwin Stein, den aktiven Christen und Sozialisten Ludwig Metzger bis hin zum „Kunstminister“ Arno Hennig und schließlich Ernst Schütte. Mit Hennig bekleidete zum ersten Mal ein Mann aus dem Fach, Kunstwissenschaftler und Pädagoge zugleich, das Amt, der sich nicht nur wie seine Vorgänger vorrangig der Schulpolitik und der noch ausstehenden bildungspolitischen Reformen annahm, sondern als Experte des Theaters, der Bildenden Kunst und der Literatur nicht müde wurde, auch in der Öffentlichkeit um Verständnis für die Kulturförderung und für die zeitgenössische Kunst zu werben. Die von Zulauf eingehend analysierte programmatische Ausrichtung von SPD und CDU, die als Koalitionspartner bis 1950 die Regierung trugen und der Kultur einen hohen Stellenwert beimaßen, war Erklärung dafür, warum trotz der finanziellen Engpässe in den Nachkriegsjahren überaus hohe Summen für die Kulturförderung im Land aufgebracht wurden.

Die Förderung einzelner Kulturbereiche bildet den Schwerpunkt im zweiten Hauptteil der Arbeit. Im zerstörten Nachkriegsdeutschland war es zunächst vordringliche Aufgabe staatlicher Kulturpolitik, Kunst überhaupt erst zu ermöglichen. Die Masse der Zuwendungen erhielten die staatlichen Theater, die in euphorischer Aufbruchsstimmung schon im Herbst 1945 trotz aller Widrigkeiten ihren Spielbetrieb wieder aufgenommen hatten. Das Land hatte als Erblast immerhin die ehemals staatlichen Bühnen in Wiesbaden, Darmstadt und Kassel aufgebürdet bekommen. Es ging darum, den Bestand trotz der Notzeit und einer immer wieder aufflackernden Debatte um die Relevanz und Daseinsberechtigung des von der öffentlichen Hand subventionierten Theaters zu wahren.

Weil in Hessen die Staatstheater den Löwenanteil des Kulturertrags verschlangen, fielen die Hilfen für die allorts aus dem Boden sprießenden privaten Bühnen vergleichsweise gering aus. Und diese gerieten gerade, wie alle nach dem Ende der Diktatur neugeschaffenen kulturellen Unternehmungen — darunter auch die zahlreichen kulturpolitischen Zeitschriften, die in den ersten Nachkriegsjahren den deutschen Blätterwald bunter gemacht hatten —, nach der Währungsreform in dramatische finanzielle Turbulenzen.

Auch für die bildenden Künstler hatte die neue D-Mark einschneidende Konsequenzen: Sie gerieten in Existenznot. Dabei stand das Land dem Leid der Künstschaaffenden angesichts leerer Staatskassen recht hilflos und ohnmächtig gegenüber, denn für die Förderung der bildenden Kunst durch Ankauf blieb nur ein Tropfen auf dem heißen Stein übrig. Gleichwohl wurde 1955 in Kassel die documenta aus der Taufe gehoben, die sich inzwischen zur einzigartigen Werkschau zeitgenössischer Kunst entwickelt hat. Hier ließ sich das Kultusministerium nicht durch Kritiker beirren und unterstützte das Projekt tatkräftig. Dem Feld Literatur schenkte die öffentliche Hand zunächst kaum Beachtung, waren doch die finanziellen Ressourcen ohnehin erschöpft. Obwohl die Literatur das „Stiefkind“ der staatlichen Kulturförderung darstellte — wie Zulauf herausarbeitet —, nahm sich das Land der Förderung der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung in Darmstadt an, deren Startschwierigkeiten sie zu meistern half. Ohne die aktive Unterstützung und Betreuung durch das Ministerium und ohne die jährlich steigenden Zuschüsse wäre — so unterstreicht der Autor mit Recht — die Akademie nicht über ihre Gründungsphase, die hier erstmals ausführlich dargestellt wird, hinausgekommen. So residieren dank weitsichtiger Kulturförderung im Land heute zwei kulturelle Institutionen, die weit über die Grenzen Hessens und der Bundesrepublik hinaus Anerkennung und Renommée erworben haben.

Die materialgesättigte Arbeit, deren zeitlicher Endpunkt mit dem Jahr 1960 durch die Zugänglichkeit der Quellen bestimmt war und damit keinen Einschnitt der hessischen Kunstpolitik widerspiegelt, hat einen stiefmütterlich betrachteten Bereich erschöpfend und überzeugend aufbereitet. Die flüssig geschriebene Studie ist auch für den nicht landesgeschichtlich- oder kunst- und kulturpolitisch interessierten Leserkreis zur Lektüre empfohlen.

Dr. Walter Mühlhausen, Heidelberg

Sozialversicherungsvorschriften — SozV —. Von Alfred Theobald und Hermann Typelt (Hrsg.). 11. Erg.Liefg., 204 S., 24,60 DM; Gesamtwerk, 1. Ordn., 35,— DM. Richard Boorberg Verlag, Stuttgart, München, Hannover. ISBN 3-415-01358-8

Mit der vorliegenden Ergänzungslieferung erhält das Werk den Stand vom 31. August 1995.

Mit dem Dritten Änderungsgesetz zum SGB V vom 10. Mai 1995 wurden im Fünften Buch SGB insbesondere § 50 (Ausschluß und Kürzung des Krankengeldes) modifiziert sowie die Bestimmungen zum Beitragssatz und zur Beitragszahlung aus der Rente neu gefaßt bzw. ergänzt. Betroffen waren ferner das Vierte, das Sechste und das Elfte Buch SGB; Änderungen und Ergänzungen ergaben sich für § 18 b SGB IV, die §§ 68 und 106 SGB VI und § 57 SGB XI.

Das Dritte Gesetz zur Änderung des Sozialgesetzbuchs (3. SGBÄndG) vom 30. Juni 1995 brachte eine schrittweise Übertragung der Prüfkompetenzen bei den Arbeitgebern von den Einzugsstellen (Krankenkassen) auf die Träger der Rentenversicherung. Es wurden die §§ 28 f, h, k, p, q, r sowie die §§ 90, 90 a, 111 und 112 im Vierten Buch SGB abgeändert, ergänzt bzw. eingefügt. Weitere Änderungen erfuhr das Sechste Buch (§ 149) und das Zehnte Buch (§ 98).

In das Fünfte, Sechste und Elfte Buch SGB waren zusätzlich einige Änderungen und Ergänzungen durch das Gesetz zur Änderung wehrpflichtrechtlicher, soldatenrechtlicher, beamtenrechtlicher und anderer Vorschriften vom 24. Juli 1995 einzuarbeiten.

In die Lieferung mit einbezogen werden konnte auch das Schwangeren- und Familienhilfe-Änderungsgesetz vom 21. August 1995. Es löste Änderungen beim Ersten und Fünften Buch SGB sowie bei der Reichsversicherungsordnung aus.

Wegen der unterschiedlichen Zeitpunkte des Inkrafttretens einzelner Änderungen haben sich die Verfasser dort, wo es zum Verständnis notwendig war, für einen Zweispaltendruck entschieden. Dies ist sehr im Interesse der Benutzer, steht ihnen doch die noch fortgeltende sowie die künftige Fassung nebeneinander zur Verfügung.

Die Lieferung enthält ein völlig überarbeitetes Stichwortverzeichnis. Dies wird im Interesse der praktischen Anwendung für die Benutzer sehr begrüßt.

Oberamtsrat Elmar Prinz

Bundes-Angestelltentarifvertrag — BAT (Bund, Länder und Gemeinden). Bearb. von Min.Dir. a. D. Alfred Breier, Rechtsanwalt Dr. Karl-Heinz Kiefer, und Reg.Dir. Horst Hoffmann. Loseblatt-Kommentar, 134. Erg.Liefg., 318 S., DIN A5, 105,00 DM; Gesamtwerk 4 670 S., 4 Plastikordn., 198,00 DM. Verlag Franz Rehm GmbH & Co. KG (Verlagsgruppe Jehle-Rehm), 81675 München. ISBN 3-8073-0211-5

Diese Ergänzungslieferung enthält bzw. berücksichtigt insbesondere

- die durch den 71. Änderungstarifvertrag vom 12. Juni 1995 erforderlich gewordene völlige bzw. teilweise Neubearbeitung der Erläuterungen zu den §§ 1, 23 a, 28, 30, 35, 36, 48 und 72 BAT sowie zu den SR 2 d und 2 s BAT;
- die Änderungstarifverträge Nr. 14 vom 18. Juli 1995 zu den Tarifverträgen über Zulagen an Angestellte — Bund/TdL und VKA (Bereinigung der Konkurrenzvorschriften um die weggefallenen Zulagen für Angestellte im Asylverfahren);
- die Neubearbeitung der Erläuterungen zu § 23 BAT;

- Änderungen der TdL- und VKA-Lehrer- und Musikschullehrer-Richtlinien;
- den Änderungstarifvertrag Nr. 6 vom 31. Mai 1995 zum Tarifvertrag über vermögenswirksame Leistungen an Angestellte;
- die neuen Vereinbarungen über ein Schlichtungsverfahren vom 26. April 1995 mit entsprechend überarbeiteten Erläuterungen;
- die ab 1. Januar 1996 geltenden neuen Beitragsbemessungsgrenzen usw. sowie die neue Geringverdienergrenze (§ 3 Buchst. n BAT);
- die Sachbezugsverordnung 1996 und ihre Auswirkungen auf den Tarifvertrag über die Bewertung der Personalunterkünfte für Angestellte.

Das unter dem früheren § 31 BAT — Kinderzuschlag — dargestellte Kindergeldrecht wird ab 1. Januar 1996 durch das Jahressteuergesetz 1996 (BGBl. I S. 1250) grundlegend geändert. Um den Übergang auf das neue Recht zu erleichtern, haben die Bearbeiter als „Besondere Vorbemerkung“ vor § 31 BAT Hinweise zur Neuordnung gegeben; diese Hinweise bleiben unberchnet.

Das Werk befindet sich nunmehr auf dem Rechtsstand vom 1. Dezember 1995.

Oberamtsrat Uwe Bauer

Hessische Bibliographie. Band 16/Berichtsjahr 1992, 1995, XVIII, 845 S., 248,— DM. K. G. Saur Verlag GmbH & Co. KG, München. ISBN 3-598-20165-6

Die nun im 16. Berichtsjahr (1992) vorliegende Hessische Bibliographie ist eine Literaturdokumentation. Erfasst werden Bücher, Aufsätze aus Zeitschriften sowie Einzelbeiträge aus unterschiedlichen Sammelwerken wie Festschriften und Handbüchern mit inhaltlichem Bezug zu Hessen. Der inhaltliche Bezug ist weit ausgelegt und umfaßt praktisch alle Lebensbereiche. Gleichberechtigt neben historisch orientierten Untersuchungen stehen Beiträge zu aktuellen Gegenwartsfragen. Das aufzunehmende Material wurde wieder in Zusammenarbeit der wissenschaftlichen Bibliotheken in Kassel, Fulda, Frankfurt am Main, Wiesbaden und Darmstadt ausgewählt. Unter Beteiligung der Universitätsbibliotheken in Marburg und Gießen wurden rund 800 Zeitschriften und Zeitungen ausgewertet, während die Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt das außerhalb Hessens erschienene, auf Hessen bezogene Titelmateriale erfaßte. Die Eintragung der Titel in der Bibliographie erfolgt unter raumbezogenen und unter sachbezogenen Gesichtspunkten. Der erste Teil des Bandes ist nach Regionen (historische, kirchliche, politische und Teilregionen), der zweite nach einzelnen Orten (von Aarbergen bis Zwesten) gegliedert. Im gesamten „Raumteil“, also bei Regionen und Orten, folgt die Ordnung des Materials der Systematik des Sachteils (Teil 3). Der Bogen des Sachteils spannt sich von der allgemeinen Landeskunde über Vermessungswesen, Geowissenschaften, Biowissenschaften, historische Hilfswissenschaften, Vor- und Frühgeschichte, Archäologie, Geschichte, Militärwesen, Staat, Politik, Verwaltung, Recht, Bevölkerung, Wirtschaft und Verkehr, Gesellschaft, Kultur und Bildung bis hin zur Musik, bildenden Kunst, Publizistik und Information. Insgesamt umfaßt die Systematik des Sachteils zur Zeit 34 Hauptsachgebiete, etwa 300 Oberbegriffe und 850 Unterbegriffe. Der optimalen Nutzung der aufgenommenen Publikationen und Beiträge dienen ein Verfasser- sowie ein Orts-, Personen- und Sachregister. Parallel zu den jeweiligen Jahressbänden besteht eine Datenbankversion der Bibliographie; einschließlich der Titel des vorliegenden Bandes sind in ihr derzeit etwa 84 000 Titel enthalten und online abfragbar.

Regierungsdirektor Dr. Hans-Peter Naumann

ÖFFENTLICHER ANZEIGER

ZUM »STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN«

1996

MONTAG, 29. JANUAR 1996

Nr. 5

Gerichtsangelegenheiten

398

VIII 191: Herrn Ralf Nagel, Rosenstraße 5, 64839 Münster, habe ich heute die Erlaubnis zur außergerichtlichen Einziehung von Forderungen und zum geschäftsmäßigen Forderungserwerb zum Zwecke der Einziehung auf eigene Rechnung gemäß Art. 1 § 1 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5 RBERG erteilt.

Der Geschäftssitz ist Münster.
Das Auftreten in mündlicher Verhandlung vor Gericht ist nicht gestattet.

Darmstadt, 10. 10. 1995

Der Präsident des Landgerichts

399

6303/3E — I/3 — W: Herrn Rolf Werner, Ferdinand-Tönnies-Straße 29, 23701 Eutin, ist die Erlaubnis zum mündlichen Verhandeln vor den Sozialgerichten der hessischen Sozialgerichtsbarkeit sowie dem Hessischen Landesozialgericht im Rahmen seiner vom Präsidenten des Landgerichts Lübeck am 3. Juni 1983 auf Grund des Rechtsberatungsgesetzes vom 13. Dezember 1935 (RGBl. I S. 1478) erteilten Erlaubnis zur Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten, erteilt.

Darmstadt, 11. 1. 1996

Der Präsident des
Hessischen Landesozialgerichts

Güterrechtsregister

400

GR 605 — Neueintragung — 10. 1. 1996: Herr Matthias Hartmann, geboren am 7. 5. 1966, dessen Ehefrau, Frau Evelyn Hartmann geb. Pludra, geboren am 6. 2. 1968, beide wohnhaft Hersfelder Straße 81, 36304 Alsfeld. Durch notariellen Vertrag vom 13. Oktober 1995 ist Gütertrennung vereinbart.

Alsfeld, 10. 1. 1996

Amtsgericht

401

GR 433 — Neueintragung — 15. 1. 1996: Scharifi, Haroon, geboren am 3. 3. 1971, und Martens, Ellen, geboren am 23. 11. 1976, beide Orpethaler Straße 11, 34474 Diemelstadt. Durch notariellen Vertrag vom 23. November 1995 ist Gütertrennung vereinbart.

Arolsen, 15. 1. 1996

Amtsgericht

402

GR 677 — Neueintragung — 11. 1. 1996: Die Eheleute Klaus-Dieter Joachim Walter Abhauer, geboren am 28. 5. 1956, und Kornelia Winkler-Abhauer geb. Winkler, geboren am 3. 7. 1962, Niederhörden, 35239 Steffenberg, haben durch notariellen Vertrag vom 28. Oktober 1995 Gütertrennung vereinbart.

Biedenkopf, 13. 12. 1995

Amtsgericht

403

GR 883 — Neueintragung — 28. 12. 1995: Pieper, Jürgen, geboren am 11. 4. 1948, und Pieper geb. Streitt, Kirsten Antonie, geboren am 28. 5. 1965, beide wohnhaft in Brachtall. Durch Vertrag vom 26. Oktober 1995 ist Gütertrennung vereinbart.

Gelnhausen, 28. 12. 1995

Amtsgericht

404

GR 884 — Neueintragung — Brunner, Günter, geboren am 19. 9. 1946, und Brunner geb. Papka, Gräzyna Alina, geboren am 23. 4. 1971, beide wohnhaft in Brachtall, Ortsteil Schlierbach. Durch Vertrag vom 24. April 1995 ist Gütertrennung vereinbart.

Gelnhausen, 28. 12. 1995

Amtsgericht

405

8 GR 971 — Neueintragung — 10. 1. 1996: Oliver Alois Göbel, geboren am 9. 3. 1969, Andrea Heide Göbel geb. Bahl, geboren am 20. 8. 1967, wohnhaft in Rödermark. Durch notariellen Vertrag vom 10. Mai 1995 ist Gütertrennung vereinbart.

Langen, 10. 1. 1996

Amtsgericht

406

GR 5478 — Neueintragung — 8. 1. 1996: Eheleute Thomas Karl Adolf Dehn und Martina Dehn geb. Schmidt, wohnhaft in Offenbach am Main. Durch notariellen Vertrag vom 2. November 1995 ist Gütertrennung vereinbart.

Offenbach am Main, 8. 1. 1996

Amtsgericht, Abt. 5

407

Neueintragungen beim Amtsgericht Usingen
GR 665 — 6. 12. 1995: Die Eheleute Stephan Remes und Christiane Adam-Remes geb. Adam, beide wohnhaft Langgasse 2 in 61267 Neu-Anspach haben durch notariellen Vertrag vom 25. August 1995 Gütertrennung vereinbart.

GR 666 — 27. 12. 1995: Die Eheleute Sandra Giesler geb. Paschwitz, wohnhaft Spessartstraße 14, 61273 Wehrheim, Michael Giesler, wohnhaft Wilhelm-Heinrich-Straße 29 a, 61250 Usingen-Wilhelmsdorf, haben durch notariellen Vertrag vom 13. November 1995 Gütertrennung vereinbart.

Usingen, 27. 12. 1995

Amtsgericht

408

GR 845 — Neueintragung — 16. 1. 1996: Filippo Casale, geboren am 31. 8. 1970, und Elena Casale geb. Nicolescu, geboren am 30. 11. 1968, beide wohnhaft 35796 Weinbach. Durch Ehevertrag vom 3. September 1993 ist Gütertrennung vereinbart.

Weilburg, 16. 1. 1996

Amtsgericht

409

GR 854 — Neueintragung — 16. 1. 1996: Olaf Müller, geboren am 6. 1. 1957, Weilburg, Tortonastraße 1, und Beate, geb. Hoffmann, geboren am 4. 2. 1964. Durch Ehever-

trag vom 21. Juli 1995 ist Gütertrennung vereinbart.

Weilburg, 16. 1. 1996

Amtsgericht

Vereinsregister

410

VR 629 — Neueintragung — 10. 1. 1996: Obst- und Gartenbauverein Nieder-Ofleiden 1896 eingetragener Verein, 35315 Homberg/Ohm-(Nieder-Ofleiden).

Alsfeld, 10. 1. 1996

Amtsgericht

411

VR 457 — Neueintragung — 2. 1. 1996: Aktion Bosnienhilfe, Ortenberg.

Büdingen, 2. 1. 1996

Amtsgericht

412

VR 458 — Neueintragung — 2. 1. 1996: Förderkreis Büdingen, Büdingen.

Büdingen, 2. 1. 1996

Amtsgericht

413

VR 261 — Neueintragung — 11. 1. 1996: Biedermeyersverein Eltville am Rhein e. V., Eltville am Rhein.

Eltville am Rhein, 11. 1. 1996

Amtsgericht

414

VR 497 — Neueintragung — 8. 1. 1996: Förderkreis zur Förderung des karnevalistischen Brauchtums in Besse, 34295 Edermünde-Besse.

Fritzlar, 8. 1. 1996

Amtsgericht

415

Neueintragungen beim Amtsgericht Gießen
VR 2214 — 8. 1. 1996: Förderverein der Käthe-Kollwitz-Schule Gießen, Gießen.

VR 2216 — 8. 1. 1996: Sierra-Leonischer Freundschaftsverein Gießen, Gießen.

VR 2218 — 8. 1. 1996: Karnevalverein Großen-Buseck, Buseck-Großen-Buseck.

Löschungen

VR 1565 — 8. 1. 1996: Verein der Freunde und Förderer der Suzuki-Unterrichtsmethode in Wattenberg/Gießen, Wattenberg 2. Die Mitgliederversammlung vom 22. Juni 1995 hat die Auflösung des Vereins zum 31. Dezember 1995 beschlossen.

VR 1962 — 8. 1. 1996: Baseball und Softball Club Gießen Hurrycanes, Gießen. Aufgelöst durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 20. Dezember 1995.

Gießen, 11. 1. 1996

Amtsgericht

416

VR 493 — Neueintragung — 16. 1. 1996: Bürgerinitiative ICE-Lärm bedroht Niedernhausen, Sitz in Niedernhausen.

Idstein, 16. 1. 1996

Amtsgericht

417

7 VR 789 — Neueintragung — 10. 1. 1996: Katzenfreunde Rhein-Lahn e. V. Sitz: Limburg a. d. Lahn.

Limburg a. d. Lahn, 10. 1. 1996 Amtsgericht

418

7 VR 790 — Neueintragung — 10. 1. 1996: Gebrauchshundeverein (GHV) Niederbrechen e. V., Sitz: Niederbrechen.

Limburg a. d. Lahn, 10. 1. 1996 Amtsgericht

419

VR 1770 — Neueintragung — 4. 1. 1996: Hessischer Skatsportverband, Marburg.

Marburg, 9. 1. 1996 Amtsgericht

420

VR 1771 — Neueintragung — 4. 1. 1996: Kleeblatt, Marburg.

Marburg, 9. 1. 1996 Amtsgericht

421

VR 1195 — Neueintragung — 15. 1. 1996: Themiskyra — Frauenkulturinitiative, Marburg. Die Mitgliederversammlung am 28. Februar 1995 hat die Auflösung des Vereins beschlossen.

Marburg, 15. 1. 1996 Amtsgericht

422

VR 1573 — Neueintragung — 15. 1. 1996: Freude am Studieren in Marburg, Marburg. Die Mitgliederversammlung am 29. November 1995 hat die Auflösung des Vereins beschlossen.

Marburg, 15. 1. 1996 Amtsgericht

423

VR 1773 — Neueintragung — 15. 1. 1996: Winterkinder, Sitz: Marburg.

Marburg, 15. 1. 1996 Amtsgericht

424

VR 1774 — Neueintragung — 16. 1. 1996: Förderverein des 1. TTV Richtsberg, Sitz: Marburg.

Marburg, 16. 1. 1996 Amtsgericht

425

VR 1775 — Neueintragung — 16. 1. 1996: Deugedia-Beihilfe, Sitz: Marburg.

Marburg, 16. 1. 1996 Amtsgericht

426

VR 613 — Neueintragung — 10. 1. 1996: Maximal Kulturinitiative Rodgau, Rodgau.

Seligenstadt, 10. 1. 1996 Amtsgericht

427

Neueintragungen beim Amtsgericht Usingen
VR 471 — 11. 12. 1995: Verein zur Betreuung arbeitsloser Fachkräfte Förderung von Unternehmensgründungen und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen e. V., Grävenwiesbach.

VR 472 — 11. 12. 1995: GANZ — Verein zur ganzheitlichen Förderung der Gesundheit, Neu-Anspach.

Usingen, 11. 12. 1995 Amtsgericht

428

VR 1027 — Löschung — 18. 12. 1995: Schloß-Bühne Braunfels e. V.; Sitz: Braunfels. Die Mitgliederversammlung vom 13. Ja-

nuar 1994 hat die Auflösung des Vereins beschlossen.

Wetzlar, 18. 12. 1995

Amtsgericht

429

Neueintragungen beim Amtsgericht Wiesbaden

22 VR 3131 — 2. 1. 1996: GOJ-T-A-TR, Wiesbaden.

22 VR 3132 — 3. 1. 1996: Männergesangsverein 1869 Wiesbaden-Igstadt, Wiesbaden.

22 VR 3133 — 3. 1. 1996: Fachverband Wärmedämm-Verbundsysteme, Wiesbaden.

22 VR 3134 — 10. 1. 1996: Freikirchliche Rumänische Mission in Deutschland, Wiesbaden.

22 VR 3135 — 10. 1. 1996: Unterstützungskasse der Firma Ständer Einbauküchen, Wiesbaden.

22 VR 3136 — 10. 1. 1996: Aktive Studierende und Ehemalige, Wiesbaden.

Löschungen

VR 2934 — 9. 1. 1996: Kiri-otoshi Ju-Jutsu Dojo, Wiesbaden. Durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 14. September 1995 ist der Verein aufgelöst. Liquidatoren sind: Ingmar Werner und Ulla Bretschneider.

VR 2283 — 10. 1. 1996: Fachgemeinschaft Sicheres Rohrnetz, Wiesbaden. Durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 2. September 1995 ist der Verein aufgelöst. Der Präsident Dr. Hermann Frank ist Liquidator.

Wiesbaden, 12. 1. 1996

Amtsgericht

Liquidationen**430**

Der Verein „Tierschutzverein Rodgau und Umgebung e. V.“ in Rodgau ist aufgelöst worden und befindet sich in Liquidation. Die Gläubiger des Vereins werden aufgefordert, ihre Ansprüche gegen den Verein bis zum 31. Juli 1996 bei dem unten bezeichneten Liquidator anzumelden.

Rodgau, 11. 1. 1996

Der Liquidator
Gert Beyer
Nelkenweg 4
63110 Rodgau

Vergleiche — Konkurse**431**

N 29/93: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der VFM Burkhard K. Hahn GmbH u. Co. KG, Mücks-Merlau, ist das Verfahren gemäß § 204 KO eingestellt worden.

Alsfeld, 6. 12. 1995

Amtsgericht

432

N 1/96: Über das Vermögen der Firma Galvano Metallschutz GmbH in 36304 Alsfeld, Geschäftsführer Yuri Hering, ist am 21. Dezember 1995, 8.00 Uhr, das Anschlußkonkursverfahren eröffnet worden.

Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Bernd Reuss, Mainzer-Tor-Anlage 33, 61169 Friedberg.

Anmeldefrist bis zum 4. März 1996. Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 25. Februar 1996. Gläubigerversammlungen im Amtsgericht Alsfeld, Saal 6.

1. Am 28. Februar 1996, 10.00 Uhr, zur Beschlußfassung über die Wahl des Konkursverwalters, die Bestellung eines Gläubigerausschusses, sowie gemäß §§ 132 und 137 KO.

2. Am 13. März 1996, 10.00 Uhr, zur Prüfung der angemeldeten Forderungen.

Alsfeld, 10. 1. 1996

Amtsgericht

433

N 2/96: In dem Konkursantragsverfahren der Firma EAB Elektro Anlagen Bau GmbH, Kirchheim, vertreten durch den Geschäftsführer Alwin Schüler, Im Rod 1, 36275 Kirchheim-Heddersdorf, — Schuldnerin —, Verfahrensbevollmächtigte: Steuerberater Heid & Partner, Lindenstraße 28, 36037 Fulda, wird gemäß § 106 KO ein allgemeines Veräußerungsverbot am 9. Januar 1996, 12.00 Uhr, an die Schuldnerfirma erlassen und Sequestration angeordnet.

Zum Sequester wird Herr Dr. jur. Peter Heid, Lindenstraße 28, 36037 Fulda, bestellt.

Bad Hersfeld, 9. 1. 1996

Amtsgericht

434

N 1/96: In dem Konkursantragsverfahren betreffend die Firma V & V Gastro Gastronomie Planungs-, Ausstattungs- und Betriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung, vertreten durch den Geschäftsführer Hagen Michael Knize Valasský-Halický, genannt Bitzkowski-Hamlakorn, Am Kurpark 9, 36251 Bad Hersfeld, wird gemäß § 106 KO ein allgemeines Veräußerungsverbot am 10. Januar 1996, 12.00 Uhr, an die Schuldnerfirma erlassen und Sequestration angeordnet.

Zum Sequester wird bestimmt Herr Rechtsanwalt Dipl.-oec. Raimund Schraad, An der Untergeis 10, 36251 Bad Hersfeld.

Bad Hersfeld, 10. 1. 1996

Amtsgericht

435

N 13/94 — Beschluß: In dem Konkursantragsverfahren betreffend Saymo Textil und Leder, Handels GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Riad Saad, Am Brink 7, 36251 Bad Hersfeld, — Schuldnerin —, wird der Beschluß des Amtsgerichts Bad Hersfeld vom 22. Juli 1994 (N 13/94) über die Anordnung eines allgemeinen Veräußerungsverbots aufgehoben.

Bad Hersfeld, 9. 1. 1996

Amtsgericht

436

N 26/95 — Beschluß in dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Casana Bauträger GmbH, endvertreten durch den vom Amtsgericht Bad Hersfeld bestellten Notgeschäftsführer Rechtsanwalt Dipl.-Oec. Raimund Schraad, An der Untergeis 10, 36251 Bad Hersfeld.

Termin für eine Gläubigerversammlung wird bestimmt auf

Freitag, den 23. Februar 1996, 10.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Bad Hersfeld, Dudenstraße 10, Erdgeschoß, Saal 5.

Der Termin dient zur Anhörung zu der vom Konkursverwalter angeregten Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 KO).

Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters, Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen.

Bad Hersfeld, 12. 1. 1996

Amtsgericht

437

6 N 54/86 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Ro-

land Wohnungsbauges. mbH, vertreten durch den Geschäftsführer Dipl.-Ing. Wolfgang Corsepius, wird das Konkursverfahren nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Den Gläubigerausschußmitgliedern wird festgesetzt:

1. Herrn Rechtsanwalt Dr. Hayo Steenhoff, Hölsteinstraße 74, 61350 Bad Homburg v. d. Höhe: Vergütung 42 000,— DM zuzüglich 15% Mehrwertsteuer i. H. v. 6 300,— DM unter Anrechnung des Vorschusses,

2. Herrn Dipl.-Kfm. Wolfgang Romba, Buggenbeck 80 a, 45470 Mülheim/Ruhr: Vergütung 36 000,— DM unter Anrechnung des Vorschusses,

3. die Vergütung der verstorbenen Frau Gisela Nicol wird festgesetzt auf die Höhe des bereits geleisteten Vorschusses in Höhe von 10 000,— DM zuzüglich 14% Mehrwertsteuer.

Bad Homburg v. d. Höhe, 8. 1. 1996

Amtsgericht

438

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Bau-DATA Baudatenvermittlung GmbH (Amtsgericht Bad Schwalbach, Aktenzeichen 4 N 9/94) kann eine Abschlagsverteilung zugunsten der Gläubiger Rangklasse I vorgenommen werden.

Es steht ein Massebestand von 297 318,29 DM zur Verfügung, der wie folgt zu verteilen ist:

Rang § 61, I, 1: 59 407,82 DM.

Bad Schwalbach, 4. 1. 1996

Der Konkursverwalter
U. Maschmann
Rechtsanwalt und Notar

439

4 N 7/95: Über das Vermögen der Firma Sigma Bau GmbH, Im Wiesengrund 1, 65388 Schlangenbad, vertreten durch den Geschäftsführer Milos Todice, Untere Matthias-Claudius-Straße 1, 65185 Wiesbaden, ist heute, am 10. Januar 1996, 11.00 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet, da sie überschuldet und zahlungsunfähig ist.

Konkursverwalter ist Rechtsanwalt und Notar Ulrich Maschmann, Am Kurpark 6—8, 65301 Bad Schwalbach.

Anmeldefrist bis 16. Februar 1996.

Erste Gläubigerversammlung und Prüfungstermin sowie gegebenenfalls Anhörung der Gläubigerversammlung über eine evtl. Einstellung des Verfahrens mangels Masse gemäß § 204 KO am

Freitag, dem 23. Februar 1996, 9.00 Uhr, vor dem Amtsgericht in Bad Schwalbach, Am Kurpark 12, Raum 10.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis zum 9. Februar 1996.

Bad Schwalbach, 10. 1. 1996

Amtsgericht

440

4 N 1/96: In dem Konkursöffnungsverfahren über das Vermögen der Firma „Meister“ Heimdecor Fachmarkt GmbH, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Claus Barbian, mit dem Sitz in Schlangenbad, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Bad Schwalbach unter HR B 1655, ist am 16. Januar 1996, 15.00 Uhr, die Sequestration über das Vermögen der Schuldnerin angeordnet und ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen worden.

Verfügungen der Schuldnerin sind ebenso unwirksam wie Zahlungen, die Einziehung von Forderungen oder Verrechnungen.

Bad Schwalbach, 16. 1. 1996

Amtsgericht

441

1 VN 2/95: In dem Vergleichseröffnungsverfahren betreffend den Geschäftsführer Jochen Walter Hoffmann, geschäftsansässig: Robert-Bosch-Straße 12, 61184 Karben, wohnhaft: Im Heidenfeld 76, 60439 Frankfurt am Main, hat der Vergleichsschuldner den Vergleichsantrag vom 10. August 1995 zurückgenommen.

1. Das Amt des vorläufigen Vergleichsverwalters ist beendet.

2. Das am 2. Oktober 1995 verhängte allgemeine Veräußerungsverbot wird aufgehoben.

3. Die Befugnisse des vorläufigen Vergleichsverwalters sind erloschen.

Bad Vilbel, 9. 1. 1996

Amtsgericht

442

1 N 1/96: In dem Konkursöffnungsverfahren über das Vermögen der Firma Fliesenstudio Bad Vilbel Rian Keramik Handelsges. mbH i. L., vertreten durch den Liquidator Kaufmann Richard Ansmann, Lärchenstraße 12, 61118 Bad Vilbel, ist am 11. Januar 1996, 12.00 Uhr, die Sequestration über das Vermögen der Schuldnerin angeordnet und ein allgemeines Veräußerungsverbot erlassen worden. Verfügungen des Schuldners sind ebenso unwirksam wie Zahlungen, die Einziehung von Forderungen oder Verrechnungen.

Sequester: Rechtsanwalt Bernd Reuss, Mainzer-Tor-Anlage 33, 61169 Friedberg (Hessen).

Bad Vilbel, 11. 1. 1996

Amtsgericht

443

5 N 1/89 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma MBS Mechanische Bearbeitungsstätten GmbH, Gassenfeldstraße 7, 35216 Biedenkopf-Wallau, wird zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen und zur Abnahme der Schlußrechnung Termin auf

Freitag, den 16. Februar 1996, 9.45 Uhr, Raum 1, im Gerichtsgebäude Biedenkopf, Hainstraße 70, Nebengebäude, bestimmt.

Biedenkopf, 3. 1. 1996

Amtsgericht

444

61 N 116/93: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 27. 3. 1992 verstorbenen Bernd Silaba, zuletzt wohnhaft in Ober-Ramstadt, Friedhofstraße 11, wird Schlußtermin bestimmt auf:

Mittwoch, 21. Februar 1996, 14.15 Uhr, II. Stock, Zimmer 207, vor dem Amtsgericht Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, mit folgender Tagesordnung:

a) Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters,

b) Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis.

Darmstadt, 10. 1. 1996

Amtsgericht

445

61 N 164/94 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß der am 2. 12. 1993 verstorbenen Marie Katharine Bickelhaupt, zuletzt wohnhaft in Darmstadt, Bartenstraße 80 — Schuldnerin —, wird Schlußtermin zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters sowie zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis bestimmt auf

Mittwoch, den 21. Februar 1996, 14.30 Uhr, Zimmer 207, II. Stock, vor dem Amtsgericht Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15.

Darmstadt, 10. 1. 1996

Amtsgericht

446

61 VN 5/95: — Beschluß: In dem Vergleichseröffnungsverfahren betreffend die Firma SUT Solar- und Umwelttechnik GmbH, Holzhofallee 19—21, 64295 Darmstadt, vertreten durch den Geschäftsführer Dr. Peter Gärtner, hat die Vergleichsschuldnerin den Vergleichsantrag vom 9. Dezember 1995 zurückgenommen.

1. Das Amt des vorläufigen Vergleichsverwalters ist beendet.

2. Das vom Gericht verhängte allgemeine Veräußerungsverbot wird aufgehoben.

3. Die Befugnisse des vorläufigen Vergleichsverwalters sind erloschen.

Darmstadt, 10. 1. 1996

Amtsgericht

447

3 N 74/95: Über das Vermögen der Firma FL-Abwasser- und Recycling-Technik GmbH, Weidenrain 9 a, 37276 Meinhard-Grebendorf, wird am Freitag, 12. Januar 1996, 16.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Peter BundBei, Wolfgraben 5, 37269 Eschwege.

Konkursforderungen sind beim Gericht zweifach und mit den bis zum Tage der Konkursöffnung errechneten Zinsen anzumelden bis 23. Februar 1996.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO am

Mittwoch, dem 28. Februar 1996, 14.30 Uhr, Prüfungstermin am

Mittwoch, dem 17. April 1996, 14.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Eschwege, Bahnhofstraße 30, I. Obergeschoß, Raum 121.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 23. Februar 1996.

Eschwege, 16. 1. 1996

Amtsgericht

448

81 N 460/95: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 24. 10. 1994 verstorbenen Josef Trops, zuletzt wohnhaft Arnoldshainer Straße 18, 60489 Frankfurt am Main, soll die Schlußverteilung stattfinden. Es stehen hierfür 4 177,10 DM zur Verfügung, von denen noch die Kosten des Verfahrens und die Masseverbindlichkeiten abgehen.

Das Schlußverzeichnis liegt auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt am Main offen.

Frankfurt am Main, 12. 1. 1996

Die Konkursverwalterin
Karin Hahn
Rechtsanwältin

449

81 N 150/89 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der MH Maschinen Handels GmbH, Flinschstraße 53, 60388 Frankfurt am Main, gesetzlich vertreten von dem Geschäftsführer Herrn Wolfgang Teschner, Neu-Anspach, frühere Geschäftsanschrift: Marlowring 19, 22525 Hamburg, wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung sowie zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis, anberaumt auf den

13. März 1996, 9.10 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Heiligkreuzgasse 34, Zimmer 283, Gebäude A.

Für den Verwalter werden festgesetzt: Vergütung: 16 767,— DM, einschließlich Steuer.

Frankfurt am Main, 8. 1. 1996

Amtsgericht, Abt. 81

450

81 N 460/95 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 24. Ok-

tober 1994 verstorbenen, zuletzt in Arnolds-hainer Straße 18, 60489 Frankfurt am Main, wohnhaft gewesenen Josef Trops, wird Termin zur Abnahme der Schlußrechnung sowie zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis, anberaumt auf den

24. April 1996, 8.55 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Heiligkreuzgasse 34, Zimmer 283, Gebäude A.

Für die Verwalterin werden festgesetzt:

- a) Vergütung 2 875,— DM,
b) Auslagen: 96,79 DM,
jeweils einschließlich Steuer.

Frankfurt am Main, 8. 1. 1996

Amtsgericht, Abt. 81

451

81 N 1107/95 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Argus Wassersysteme GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Roland Bauer, Borsigallee 12, 60388 Frankfurt am Main, wird mangels Masse gemäß § 204 KO eingestellt.

Frankfurt am Main, 8. 1. 1996

Amtsgericht, Abt. 81

452

81 N 23/96: Über den Nachlaß des am 8. 4. 1993 verstorbenen Herrn Friedrich Herbert Werner Knoch, wohnhaft gewesen in Frankfurt am Main, Weiskirchener Weg 9, wird heute, am 8. Januar 1996, 10.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwältin Claudia Jansen, Raimundstraße 98, 60320 Frankfurt am Main, Telefon: 56 97 31.

Konkursforderungen sind bis zum 7. Februar 1996 zweifach schriftlich, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag bei Gericht anzumelden.

Erste Gläubigerversammlung mit Tagesordnung nach §§ 80, 87 II, 132, 134, 137 KO, Prüfungstermin am

22. Februar 1996, 8.25 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main, Heiligkreuzgasse 34, Gebäude A, II. Stock, Zimmer Nr. 283.

Offener Arrest mit Anzeigepflicht bis 7. Februar 1996 ist angeordnet.

Frankfurt am Main, 8. 1. 1996

Amtsgericht, Abt. 81

453

81 N 150/89: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der MH Maschinen Handels GmbH, Flinschstraße 53, 60388 Frankfurt am Main, soll mit Zustimmung des zuständigen Amtsgerichts Frankfurt am Main die Schlußverteilung stattfinden. Verfügbar sind zur Zeit 17 535,46 DM. Davon gehen noch Masseschulden, Gerichtskosten, die Gebühren der Verwaltung sowie die Kosten der Veröffentlichung ab, so daß allenfalls auf Gläubiger der Rangklasse I/1 eine Quote entfallen wird.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht der Beteiligten beim Amtsgericht Frankfurt am Main unter dem Aktenzeichen 81 N 150/89 aus. Schlußtermin wurde für

Mittwoch, den 13. März 1996, 9.10 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt am Main bestimmt.

Frankfurt am Main, 17. 1. 1996

Der Konkursverwalter
Hans J. Schmitt
Rechtsanwalt und Notar

454

N 68/94: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma CoST Computer Störschutz GmbH, Rodgau, soll mit Genehmigung des Gerichts die Schlußverteilung erfolgen.

Das Schlußverzeichnis ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Seligenstadt (Konkursgericht) niedergelegt worden.

Der verfügbare Massebestand beträgt 87 356,68 DM, wozu noch die auflaufenden Zinsen treten. Aus dem Massebestand zu berücksichtigen sind noch die Masseschulden sowie die restlichen festzusetzenden Massekosten.

Zu berücksichtigen sind 43 231,05 DM der Rangklasse I.

Frankfurt am Main, 16. 1. 1996

Der Konkursverwalter
Kurt Lautenbach
Rechtsanwalt

455

81 N 664/95: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß der Frau Helene Amalie Oenning, zuletzt wohnhaft Gerhart-Hauptmann-Ring 40, 60439 Frankfurt am Main, soll die Schlußverteilung erfolgen.

Der verfügbare Massebestand beträgt 2 654,86 DM, wozu noch die auflaufenden Zinsen treten. Dagegen gehen ab: das Honorar und die Auslagen des Konkursverwalters sowie die noch nicht erhobenen Gerichtskosten.

Zu berücksichtigen sind 5 088,49 DM nicht bevorrechtigte Forderungen.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht für die Beteiligten auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Abt. 81, auf.

Frankfurt am Main, 19. 1. 1996

Der Konkursverwalter
Brauburger
Steuerberater

456

81 N 1068/95: Konkursverfahren über das Vermögen der Firma R+G Automobile GmbH, Rosserstraße 5, 65835 Liederbach. Nach den Ermittlungen des Konkursverwalters ist die im o. a. Konkursverfahren bisher angefallene Konkursmasse zur vollständigen Befriedigung aller Massegläubiger nicht ausreichend. Massekosten und Masseschulden können demgemäß nur nach der Rangfolge des § 60 KO befriedigt werden.

Frankfurt am Main, 19. 1. 1996

Der Konkursverwalter
Andreas F. Netzer
Rechtsanwalt

457

N 17/92: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Marita Weckmann, Thomas-Mann-Straße 5, 64569 Nauheim, Gärtnermeisterin, Miteigentümerin der Firma Weckmann/Lottig, Baumschule, 61203 Reichelsheim/Dorn-Assenheim, wird zur Anhörung der Gläubiger über die Anregung des Konkursverwalters auf Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 KO) zur Abnahme der Schlußrechnung Termin anberaumt auf

Freitag, den 22. März 1996, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Friedberg (Hessen), Homburger Straße 18, Saal 18, Erdgeschoß.

Für den Verwalter werden festgesetzt:

- a) Vergütung: 64 385,09 DM,
b) Auslagen: 430,45 DM.

Friedberg (Hessen), 4. 1. 1996

Amtsgericht

458

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma gbh planungsgesellschaft verfahrenstechnischer Anlagen mbH i. L., ehemals Giengen-Burgberg, besteht Masseunzulänglichkeit. Die Masse reicht zur vollständigen Befriedigung aller Massegläu-

biger nicht aus. Eine Verteilung erfolgt gemäß § 60 KO.

Friedberg (Hessen), 17. 1. 1996

Der Konkursverwalter
Karl-Heinz Trebing
Rechtsanwalt

459

N 10/95 — **Beschluß:** In dem Konkursantragsverfahren betr. Firma Franz Kuttinig GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Franz Kuttinig, Erlenweg 5, 63599 Biebergemünd, werden der Sequestationsbeschluß und das Veräußerungsverbot vom 25. Oktober 1995 aufgehoben.

Gelnhausen, 10. 1. 1996

Amtsgericht

460

N 71/95 — **Beschluß:** In dem Konkursantragsverfahren betr. Firma Scherer Gas- und Wasserinstallations GmbH, Geschäftsführerin: Martina Scherer, Grimmstraße 3, 63607 Wächtersbach, wird das Veräußerungsverbot vom 24. Oktober 1995 aufgehoben.

Gelnhausen, 10. 1. 1996

Amtsgericht

461

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Fey Bauunternehmung GmbH (Amtsgericht Darmstadt, Aktenzeichen 61 N 60/95) zeige ich gemäß § 60 KO die Massearmut an.

Griesheim, 11. 1. 1996

Der Konkursverwalter
Bardo M. Sigwart
Rechtsanwalt, Dipl.-Betriebswirt

462

24 N 51/95: Über das Vermögen der Firma Madaudo Baudekoration GmbH, Sudetenstraße 9, 65321 Heidenrod, vertreten durch ihren Geschäftsführer, den Joachim Wolf, St.-Georg-Straße 4 a, 79427 Eschbach, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Bad Schwalbach (HRB 1947), mit Sitz in Heidenrod-Nauroth, ist am 9. Januar 1996, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Diplomvolkswirt und Rechtsanwalt Bardo Sigwart, Große Langgasse 1 A, 55116 Mainz.

Konkursforderungen sind bis 15. März 1996 beim Gericht in zwei Stücken anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in den §§ 132, 134, 137 und 204 KO bezeichneten Gegenstände:

Dienstag, den 27. Februar 1996, 9.45 Uhr, und zur Prüfung angemeldeter Forderungen: Dienstag, den 26. März 1996, 9.15 Uhr, im Amtsgericht Groß-Gerau, Europaring 11—13, Raum 251, II. Stock.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner ausändigen oder leisten und muß den Besitz der Sachen und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 23. Februar 1996 anzeigen.

Groß-Gerau, 12. 1. 1996

Amtsgericht

463

24 N 94/95: Über das Vermögen der Firma C. Madaudo Putz- und Malerei GmbH, Sudetenstraße 9, 65321 Heidenrod, vertreten durch ihren Geschäftsführer, den Verputzer Gaetano Madaudo, Lindenstraße 26, 65468 Trebur, eingetragen im Handelsregister des

Amtsgerichts Darmstadt (HRB 5547), unter **CASA COLORE Putz- und Malerarbeiten GmbH mit Sitz in Bickenbach**, ist am 9. Januar 1996, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Diplomvolkswirt und Rechtsanwalt Bardo Sigwart, Große Langgasse 1 A, 55116 Mainz.

Konkursforderungen sind bis 15. März 1996 beim Gericht in zwei Stücken anzumelden.

Termin zur Beschlussfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in den §§ 132, 134, 137 und 204 KO bezeichneten Gegenstände:

Dienstag, den 27. Februar 1996, 9.30 Uhr, und zur Prüfung angemeldeter Forderungen:

Dienstag, den 26. März 1996, 9.00 Uhr, im Amtsgericht Groß-Gerau, Europaring 11–13, Raum 251, II. Stock.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner ausändigen oder leisten und muß den Besitz der Sachen und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 23. Februar 1996 anzeigen.

Groß-Gerau, 12. 1. 1996 **Amtsgericht**

464

6 N 16/95: Über das Vermögen der **Walter Himstedt, Rathausstraße 12, 65604 Elz**, ist am 9. Januar 1996, 10.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Steuerberater Wolfgang Kalker in 53743 St. Augustin, Kölnstraße 135.

Konkursforderungen sind bis 20. Februar 1996 beim Gericht in zwei Stücken anzumelden.

Termin zur Beschlussfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in den §§ 132, 134, 137 KO bezeichneten Gegenstände sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen:

4. März 1996, 11.45 Uhr, im Amtsgericht, Saal 7.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner ausändigen oder leisten und muß den Besitz der Sachen und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 20. Februar 1996 anzeigen.

Hadamar, 9. 1. 1996 **Amtsgericht**

465

6 N 38/95: Über das Vermögen der **Frau Beate Fischer, Inhaberin der Tankstelle Fischer, Friedenstraße 7, 65599 Dornburg-Frickhofen**, ist am 9. Januar 1996, 10.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Steuerberater Wolfgang Kalker in 53743 St. Augustin, Kölnstraße 135.

Konkursforderungen sind bis 20. Februar 1996 beim Gericht in zwei Stücken anzumelden.

Termin zur Beschlussfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in den §§ 132, 134, 137 KO bezeichneten Gegenstände sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen:

4. März 1996, 11.30 Uhr, im Amtsgericht, Saal 7.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas

schuldet, darf nichts an den Schuldner ausändigen oder leisten und muß den Besitz der Sachen und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 20. Februar 1996 anzeigen.

Hadamar, 9. 1. 1996

Amtsgericht

466

42 N 262/95: In dem Konkursverfahren betreffend **Firma Brüggmann & Wingen Ingenieurgesellschaft mbH, 63517 Rodenbach, Ladenstraße 2–4**, Geschäftsführer: Dipl.-Ing. Joachim Brüggmann, Rodenbach, Dipl.-Ing. Hugo Wingen, Mörfelden, werden heute, Mittwoch, den 10. Januar 1996, 12.00 Uhr, zur Sicherung der Masse gemäß § 106 KO das allgemeine Veräußerungsverbot und die Sequestration über das Vermögen der Schuldnerin angeordnet.

Sequester: Rechtsanwalt Ottmar Hermann, Kaiserstraße 1, 60311 Frankfurt am Main.

Hanau, 10. 1. 1996 **Amtsgericht, Abt. 42**

467

42 N 296/95: In dem Konkursverfahren betr. **IMF Wohnbau 2000, Industrie-Montage und Fertigung GmbH**, vertreten durch die Geschäftsführerin Frau Ljiljana Mandaric, Friedrichstraße 13, 63456 Erlensee, werden heute, Mittwoch, den 10. Januar 1996, 11.00 Uhr, zur Sicherung der Masse gemäß § 106 KO das allgemeine Veräußerungsverbot und die Sequestration über das Vermögen der Schuldnerin angeordnet.

Sequester: Herr Wolfgang Jung, Rhönstraße 5, 63526 Erlensee.

Hanau, 10. 1. 1996 **Amtsgericht, Abt. 42**

468

42 N 3/96: In dem Konkursverfahren betreffend **BECKER Industrie- und Elektrotechnik GmbH, Breslauer Straße 5, 63452 Hanau**, werden heute, Donnerstag, den 11. Januar 1996, 13.15 Uhr, zur Sicherung der Masse gemäß § 106 KO das allgemeine Veräußerungsverbot und die Sequestration über das Vermögen der Schuldnerin angeordnet.

Sequester: Rechtsanwalt Karl H. Jahn, Sandeldamm 24 a, 63450 Hanau.

Hanau, 11. 1. 1996 **Amtsgericht, Abt. 42**

469

42 N 266/95: In dem Konkursverfahren gegen die **Firma IHV Immobilien Handels- und Verwaltungen GmbH, Lortzingstraße 1, 63477 Maintal**, Geschäftsführer: Wolfgang Konkol, werden heute, Freitag, 12. Januar 1996, 11.00 Uhr, zur Sicherung der Masse gemäß § 106 KO das allgemeine Veräußerungsverbot und die Sequestration über das Vermögen des Schuldners angeordnet.

Sequester: Herr Dirk Pfeil, Eschersheimer Landstraße 60, 60017 Frankfurt am Main.

Hanau, 12. 1. 1996 **Amtsgericht**

470

42 N 193/95: In dem Konkursverfahren betreffend die **Firma USW Umwelt-System-Wassertechnik GmbH, Rheinstraße 9, 63452 Hanau**, vertreten durch den Geschäftsführer Heinrich Puderbach, wird der Konkursantrag der Schuldnerin vom 14. August 1995 mangels Masse abgewiesen.

Der Sequestersbeschuß und die Anordnung des allgemeinen Veräußerungsverbots vom 15. September 1995 wird aufgehoben.

Hanau, 15. 1. 1996

Amtsgericht

471

42 N 313/95 — **Beschluß**: Über das Vermögen der **gfh planungsgesellschaft verfahrenstechnischer Anlagen mbH i.L. ehemals Giengen-Burgberg**, vertreten durch den Liquidator B. Fridman, Hanau, wird heute, Mittwoch, den 27. Dezember 1995, 15.30 Uhr, Konkurs eröffnet. Grund: Überschuldung und Zahlungsunfähigkeit.

Zum Konkursverwalter wird ernannt: Rechtsanwalt Karl-Heinz Trebing, Mainzer-Tor-Anlage 33, 61169 Friedberg (Hessen).

Konkursforderungen sind beim Gericht zweifach und mit den bis zum Tage der Konkurseröffnung errechneten Zinsen anzumelden bis: 6. März 1996.

Vor dem Amtsgericht, Raum 109, I. Stock, Güterbahnhofstraße 3, 63450 Hanau, werden folgende Termine abgehalten:

31. Januar 1996, 9.00 Uhr, Termin zur Beschlussfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, über die Wahl eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände.

3. April 1996, 9.00 Uhr, Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen.

Wer eine zur Konkursmasse gehörende Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 29. Januar 1996 anzeigen.

Post- und Telegrammsperre wird angeordnet. Zum Geldinstitut für Hinterlegungen wird bestimmt: Hypobank Hanau, Kto. 4 850 206 460.

Hanau, 28. 12. 1995

Amtsgericht

472

7 N 30/95 — **Beschluß**: Das in dem Konkursantragsverfahren über das Vermögen der **Firma WIOS Maschinen- und Gerätebau GmbH**, vertreten durch die Geschäftsführerin Dorothea von der Heyde-Schmehl, Herborner Straße 5–7, 35764 Sinn, am 7. November 1995 verfügte allgemeine Veräußerungsverbot und die am 7. November 1995 verfügte Sequestration werden aufgehoben, nachdem der Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse zurückgewiesen worden ist.

Herborn, 21. 12. 1995

Amtsgericht

473

N 12/92 — **Beschluß**: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Firma Kämpfer GmbH Hartmetall-Werkzeugfabrik, 35745 Herborn-Hörbach**, wird besonderer Prüfungstermin bestimmt auf

Mittwoch, den 6. März 1996, 8.55 Uhr, vor dem Amtsgericht Herborn, Westerwaldstraße 16, 1. Stock, Raum 117.

Herborn, 9. 1. 1996

Amtsgericht

474

650 N 65/93: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der **Musikstudio Kerner GmbH, Untere Königsstraße 81, 34117 Kassel**, vertreten durch die Geschäftsführer Otto Fricke und Manfred Claus, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Mittwoch, 10. April 1996, 10.00 Uhr, im Gebäude des Amtsgerichtes Kassel, Friedrichsstraße 32–34, 2. Obergeschoß, Zimmer 201 (Sitzungssaal 1).

Kassel, 4. 1. 1996

Amtsgericht, Abt. 650

475

651 N 97/90: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Herrn Heinz-Dieter Wenzel, Am Heegeberg 7, 34233 Fuldatal, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben (§ 163 Abs. 1 KO).

Kassel, 10. 11. 1995 **Amtsgericht, Abt. 651**

476

651 N 48/95: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Heizungs-Wegfrass GmbH, Adolfstraße 11, 34121 Kassel, vertreten durch den Geschäftsführer Wilfried Lipphardt, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Dienstag, den 26. März 1996, 9.00 Uhr, im Gebäude des Amtsgerichts Kassel, Friedrichstraße 32–34, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 201 (Sitzungssaal 1).

Kassel, 10. 1. 1996 **Amtsgericht, Abt. 651**

477

651 N 108/95: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der B + B Guss GmbH, Ochshäuser Straße 45, 34123 Kassel, vertreten durch den Geschäftsführer Dirk Bubenzer, ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf

Dienstag, den 27. Februar 1996, 10.00 Uhr, im Gebäude des Amtsgerichts Kassel, Friedrichstraße 32–34, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 201 (Sitzungssaal 1).

Kassel, 10. 1. 1996 **Amtsgericht, Abt. 651**

478

5 N 22/89: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Mayer Variable Energiesysteme GmbH, Wittigstraße 4, 35260 Stadtlendorf (HR B 300, AG Verden), ist gemäß § 204 KO eingestellt.

Festgestellt sind: Vergütung des Verwalters einschließlich 15% MwSt. und Ausgleich der MwSt. gemäß § 4 Abs. 5 der VO vom 19. Juli 1972 auf insgesamt 23 059,83 DM.

Kirchhain, 8. 1. 1996 **Amtsgericht**

479

9 N 117/94: **Beschluß:** In der Konkurssache über das Vermögen der HADEKA Handelszentrale Deutscher Kaufhäuser eG, Am Kronberger Hang 1, 65824 Schwalbach, wurde der Konkursverwaltung die Entnahme eines Vorschusses in Höhe von 350 000,— DM gestattet.

Königstein im Taunus, 11. 1. 1996 **Amtsgericht**

480

9 N 61/95: In der Konkursache über das Vermögen der Firma Lady-Fitness LFE und Immobilienservice LFE GmbH, vertreten durch die Geschäftsführer Frank Theis und Christine Mertens, Kronberger Straße 4, 65812 Bad Soden, wurde der Konkursverwaltung die Entnahme eines Vorschusses in Höhe von 15 000,— DM gestattet.

Königstein im Taunus, 11. 1. 1996 **Amtsgericht**

481

1 N 34/95: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Linco-Lindholz GmbH, Flechtdorfer Straße 71, 34497 Korbach, wird heute, am 19. Januar 1996, 12.00 Uhr, Konkurs eröffnet. Grund: Zahlungsunfähigkeit.

Zum Konkursverwalter wird ernannt: Rechtsanwalt Reinhard Bohlig, Korbach.

Konkursforderungen sind beim Gericht zweifach und mit den bis zum Tage der

Konkurseröffnung errechneten Zinsen anzumelden bis Freitag, 29. März 1996.

Vor dem Amtsgericht, Raum 39, Erdgeschoß, Hagenstraße 2, 34497 Korbach, werden folgende Termine abgehalten:

Donnerstag, den 22. Februar 1996, 14.00 Uhr, Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, über die Wahl eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in den §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände.

Donnerstag, den 9. Mai 1996, 14.00 Uhr, Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen.

Wer eine zur Konkursmasse gehörende Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sachen und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum Mittwoch, 21. Februar 1996, anzeigen.

Post- und Telegrammsperre wird angeordnet.

Korbach, 19. 1. 1996 **Amtsgericht**

482

N 10/95 — **Beschluß:** In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Armbruster Asphaltbau GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Josef Erens, Zum Mühlgraben 22, 68642 Bürstadt, wird ein besonderer Prüfungstermin auf

Mittwoch, den 28. Februar 1996, 14.15 Uhr, Saal 10, im Gerichtsgebäude des Amtsgerichts Lampertheim anberaumt.

Lampertheim, 11. 1. 1996 **Amtsgericht**

483

N 79/95 — **Beschluß:** In dem Konkursantragsverfahren der Firma Alfons Wiebelskircher, Rudolf-Diesel-Straße 6, 67133 Maxdorf — Gläubigerin —, gegen Wilfried Kaun, Max-Planck-Straße 30, 68519 Viernheim — Gemeinschaftsdner —, wird das am 5. Januar 1996 verhängte allgemeine Veräußerungsverbot aufgehoben, nachdem der Konkursantrag zurückgenommen wurde.

Lampertheim, 16. 1. 1996 **Amtsgericht**

484

7 N 130/95: Über das Vermögen der Trans Europa Express GmbH Internationale Expedition, Max-Planck-Straße 18, 63322 Rödermark, vertreten durch die Geschäftsführerin Susanne Anna Bechtluft, ebenda, ist am 4. Januar 1996, 16.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Dr. Thomas Lanio, Waldstraße 45, 63065 Offenbach am Main, Telefon: 0 69/80 07 49-0; Fax: 0 69/80 07 49 90.

Konkursforderungen sind bis Donnerstag, 21. März 1996, zweifach schriftlich, Zinsen berechnet bis zur Eröffnung bei Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls die in §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände:

Donnerstag, 15. Februar 1996, 13.00 Uhr, und Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen:

Donnerstag, 9. Mai 1996, 10.30 Uhr, vor dem Amtsgericht, Zimmerstraße 29, Saal B.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung;

verlangt, dem Verwalter bis zum Donnerstag, 21. März 1996 anzeigen.

Langen, 5. 1. 1996 **Amtsgericht**

485

7 N 48/89 — **Beschluß:** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Verlag Hexa Games GmbH, August-Bebel-Straße 8, 63225 Langen, ist mangels Masse gemäß § 204 KO eingestellt.

Die Vergütung des Verwalters ist auf 26 991,35 DM, seine Auslagen sind auf 1 892,21 DM festgesetzt.

Langen, 2. 11. 1995 **Amtsgericht**

486

7 N 124/95 — **Beschluß:** Der Antrag des Manfred Wilhelm Jakobi als Geschäftsführer der Firma „Mensaco Vertriebsgesellschaft für Ernährungsprodukte und Sportartikel mbH“ Langen vom 14. November 1995 auf Eröffnung des Konkursverfahrens in das Vermögen der Firma Mensaco Vertriebsgesellschaft für Ernährungsprodukte und Sportartikel mbH, Robert-Bosch-Straße 25 a, 63225 Langen, Geschäftsführer: Manfred Wilhelm Jakobi, Fritz-Erler-Straße 14, 63110 Rodgau-Hainhausen, — Schuldnerin —, wird gemäß § 107 KO kostenpflichtig zurückgewiesen.

Die am 14. November 1995 angeordnete Sequestration und das damit verfügte allgemeine Veräußerungsverbot werden mit Wirkung der Rechtskraft dieses Beschlusses aufgehoben.

Der Wert des Verfahrens wird auf 1 000,— DM festgesetzt.

Langen, 11. 1. 1996 **Amtsgericht**

487

7 N 20/95 — **Beschluß:** Der Antrag des Pavel Komberec als Geschäftsführer der Firma PragoLov Gesellschaft für Jagdtourismus mbH, Carl-Zeiss-Straße 39, 63322 Rödermark, vom 23. Februar 1995 auf Eröffnung des Konkursverfahrens in das Vermögen der Firma PragoLov Gesellschaft für Jagdtourismus mbH, Carl-Zeiss-Straße 39, 63322 Rödermark — Schuldnerin —, wird gemäß § 107 KO kostenpflichtig zurückgewiesen.

Die am 1. März 1995 angeordnete Sequestration und das damit verfügte allgemeine Veräußerungsverbot werden mit Wirkung der Rechtskraft dieses Beschlusses aufgehoben.

Der Wert des Verfahrens wird auf 1 000,— DM festgesetzt.

Langen, 15. 1. 1996 **Amtsgericht**

488

7 N 2/96 — **Beschluß:** In dem Konkursantragsverfahren betreffend das Vermögen der Firma B & G Fachpersonalleasing GmbH, Rheinstraße 42, 63225 Langen, vertreten durch den Geschäftsführer Jörg Braun, Rheinstraße 14, 63225 Langen, Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Dr. Fritze & Kollegen in Frankfurt am Main, — Schuldnerin —, wird die Sequestration angeordnet.

Zum Sequester wird Rechtsanwalt und Dipl.-Betriebswirt Bardo Sigwart, Ostend 14, 64347 Griesheim, Tel.: 0 61 55/60 93-0 oder 63 93 10; Fax: 0 61 55/6 62 97 bestellt.

Zur Sicherung der Masse wird ferner angeordnet: Der Schuldnerin wird allgemein verboten, Gegenstände ihres Vermögens zu veräußern oder über sie sonst zu verfügen (allgemeines Veräußerungsverbot). Unter dieses Verbot fällt auch die Einziehung von Außenständen.

Langen, 16. 1. 1996 **Amtsgericht**

489

7 N 4/74: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **E. Ferdinand Wiedmann oHG, Metallwarenfabrik**, mit dem Sitz Otto-Hahn-Straße 36, 63303 Dreieich-Sprendlingen, vertreten durch die persönlich haftenden Gesellschafter Carlo Wiedmann, Mittlerer Hasenpfad 61, 60598 Frankfurt am Main und Egon Wiedmann, Am Alten Berg 21, 63303 Dreieich-Götzenhain, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Langen, 16. 11. 1995

Amtsgericht**490**

7 N 126/95: Über das Vermögen der Firma **SBS-Flugdienst GmbH, Flugplatz Haus 4**, 63329 Egelsbach, vertreten durch den Geschäftsführer Klaus-Dieter Sukowski, Seeheimer Straße 31, 64342 Seeheim-Jugenheim, ist am 15. Januar 1996, 16.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt und Dipl.-Betriebswirt Bardo M. Sigwart, Ostend 14, 64347 Griesheim, Tel.: 0 61 55/60 93-0 oder 63 93 10; Fax: 0 61 55/6 62 97.

Konkursforderungen sind bis Donnerstag, 4. April 1996 – zweifach schriftlich – Zinsen berechnet bis zur Eröffnung – bei Gericht anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, Wahl eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in den §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände:

Donnerstag, den 29. Februar 1996, 10.00 Uhr. Termin zur Prüfung angemeldeter Forderungen:

Donnerstag, den 9. Mai 1996, 11.00 Uhr, vor dem Amtsgericht, Zimmerstraße 29, Saal B.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum Donnerstag, 4. April 1996 anzeigen.

Langen, 16. 1. 1996

Amtsgericht**491**

7 N 1/96: Konkursantragsverfahren der Firma **Beiko Druckerzeugnisse Vertrieb GmbH**, vertreten durch den Geschäftsführer Werner Kögler, Otto-Hahn-Straße 22, Bad Camberg.

Der Schuldnerin ist am 15. Januar 1996 verboten worden, über Gegenstände ihres Vermögens zu verfügen. Sie darf auch keine Forderungen einziehen.

Limburg a. d. Lahn, 15. 1. 1996 **Amtsgericht****492**

7 N 5/94: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Fernseh- und Video Wagner GmbH**, 65549 Limburg a. d. Lahn, Geschäftsführer Peter Erhard Dressler, Waldstraße 7, 56414 Herschbach/Ww., wird dem Konkursverwalter auf seinen Antrag hin gestattet, der Konkursmasse einen Vorschuß auf seine Vergütung und Auslagen in Höhe von 5 000,— DM zu entnehmen.

Limburg a. d. Lahn, 15. 1. 1996 **Amtsgericht****493**

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Altpapier Recycling APR GmbH**, Intzestraße 3, 60314 Frankfurt am Main, soll die Schlußverteilung erfolgen. Der verfügbare Massebestand beträgt 76 905,46 DM, wozu die aufgelaufenen Zin-

sen treten. Dagegen gehen ab: Das Honorar und die Auslagen des Konkursverwalters, die Vergütung der Mitglieder des Gläubigerausschusses, sowie die noch nicht erhobenen Gerichtskosten.

Zu berücksichtigen sind 1 172 875,81 DM bevorrechtigte und 172 953,59 DM nichtbevorrechtigte Forderungen.

Das Schlußverzeichnis liegt zur Einsicht für die Beteiligten auf in der Geschäftsstelle des Amtsgerichts (Konkursgericht), Zimmerstraße 29, 63225 Langen.

Maintal, 11. 1. 1996

Der Konkursverwalter
Ulrich Kneller
Rechtsanwalt und Notar

494

Konkursverfahren **C. K. Transport GmbH, Otto-Hahn-Straße 4**, 61137 Schöneck, Az. 42 N 98/95 Amtsgericht Hanau.

1. Den Gläubigern in dem o. a. Konkursverfahren wird hiermit bekanntgegeben, daß der z. Z. vorhandene Massebestand eine vollständige Befriedigung aller Massegläubiger nicht zuläßt, so daß die Berichtigung der Masseforderungen nach § 60 KO erfolgt.

2. Die Verteilung der unzulänglichen Konkursmasse nimmt der Konkursverwalter nach vollständiger Masseverwertung in der Rangfolge des § 60 KO vor:

Maintal, 16. 1. 1996

Der Konkursverwalter
Dipl.-Kaufm. Ulrich Kneller
Rechtsanwalt und Notar

495

7 N 285/95: über das Vermögen der Firma **G + G Exclusives Wohnen Bauträger GmbH**, vertreten durch die Geschäftsführer Hans Erhard Augustin und Heinz Günther, Birkenwaldstraße 38, 63179 Obertshausen, Postanschrift: Langstädter Straße 21, 64382 Babenhausen, wird heute, am 10. Januar 1996, 15.00 Uhr, Konkurs eröffnet.

Konkursverwalter: Rechtsanwalt Gerhard Th. Walter, Cronstettenstraße 30, 60322 Frankfurt am Main.

Konkursforderungen sind bis 15. Februar 1996 bei Gericht in doppelter Ausfertigung und mit den bis zum Tage der Konkurseröffnung ausgerechneten Zinsen anzumelden.

Termin zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in §§ 132, 134, 137 und 204 KO bezeichneten Gegenstände:

Donnerstag, 22. Februar 1996, 14.15 Uhr, und Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen:

Donnerstag, 18. April 1996, 14.15 Uhr, jeweils vor dem Amtsgericht, Gebäude D, Kaiserstraße 42 (Hinterhaus), 3. Stock, Saal 311.

Offener Arrest und Anzeigepflicht bis 15. Februar 1996.

Offenbach am Main, 11. 1. 1996 **Amtsgericht****496**

N 64/94: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Gebrüder Keller Maschinenbau GmbH**, Am Sandborn 10, 63500 Seligenstadt, wird Termin zur weiteren Gläubigerversammlung zur Abwahl des Gläubigerausschusses bestimmt auf:

Montag, 5. Februar 1996, 10.00 Uhr, Raum 1, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude, Giselstraße 1.

Seligenstadt, 20. 12. 1995

Amtsgericht**497**

N 76/95: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **BSM Fertigungs-**

und Montage GmbH, vertreten durch die Geschäftsführer Manfred Sand und Peter Hoschek, Philipp-Reis-Straße 11, 63110 Rodgau, ist die Tagesordnung des Prüfungstermins vom Montag, dem 12. Februar 1996, 11.00 Uhr, Saal 1 im Gerichtsgebäude, Giselstraße 1, in 63500 Seligenstadt, wie folgt erweitert:

Anhörung der Gläubiger zur evtl. Einstellung des Verfahrens mangels Masse (§ 204 KO).

Seligenstadt, 8. 1. 1996

Amtsgericht**498**

N 5/96: Konkurseröffnungsverfahren über das Vermögen der **Busser Baumarkt GmbH**, gesetzlich vertreten durch den Geschäftsführer Franz Busser, Am Sandborn 4, 63500 Seligenstadt. Der Schuldnerin ist am 15. Januar 1996 verboten worden, über Gegenstände ihres Vermögens zu verfügen. Sie darf keine Außenstände einziehen.

Seligenstadt, 15. 1. 1996

Amtsgericht**499**

8 N 5/92: Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 22. 5. 1991 verstorbenen **Karl-Dieter Freund**, zuletzt wohnhaft in 65606 Villmar, ist nach Genehmigung der Schlußverteilung aufgehoben worden.

Weilburg, 9. 1. 1996

Amtsgericht**500**

3 N 40/93: Das Nachlaßkonkursverfahren über das Vermögen des am 23. 10. 1991 verstorbenen **Karl Bieber** ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

Wetzlar, 27. 12. 1995

Amtsgericht**501**

3 N 64/95: Über das Vermögen der Frau **Brigitte Freitag**, Inhaberin der Firma **M & V Baudekoration**, Leuner Straße 1, 35606 Solms, ist heute, am 17. 1. 1996 um 9.30 Uhr, Konkurs eröffnet.

Zum Konkursverwalter ist ernannt Rechtsanwalt Bernd Ache, Langgasse 71, 35576 Wetzlar.

Konkursforderungen sind beim Gericht zweifach und mit den bis zum Tage der Konkurseröffnung errechneten Zinsen anzumelden bis: 3. Mai 1996.

Vor dem Amtsgericht Raum 201, II. Stock, im Amtsgerichtsgebäude 35573 Wetzlar, Wertherstraße 1, Gebäude B, werden folgende Termine abgehalten:

1. März 1996, 8.00 Uhr, Termin zur Beschlußfassung über Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines neuen Verwalters, über die Wahl eines Gläubigerausschusses und gegebenenfalls über die in den §§ 132, 134, 137 Konkursordnung bezeichneten Gegenstände.

31. Mai 1996, 8.00 Uhr, Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache besitzt oder zur Konkursmasse etwas schuldet, darf nichts an den Schuldner verabfolgen oder leisten und muß den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Befriedigung verlangt, dem Verwalter bis zum 3. Mai 1996 anzeigen.

Wetzlar, 17. 1. 1996

Amtsgericht**502**

3 N 141/95: In dem Konkurseröffnungsverfahren über das Vermögen der Firma **Busch Bauträger GmbH**, Geschäftsführer: Klaus Busch, Wingertsberg 49, 35523 Wetzlar/Dalheim, ist die Sequestration des Vermögens

der Schuldnerin zwecks Sicherstellung und Feststellung der Masse angeordnet.

Verfügungen im Zusammenhang mit der Sicherung und Verwaltung des Vermögens dürfen nur durch den Sequester vorgenommen werden. Die Schuldnerin hat sich jeder Verfügung zu enthalten. Insbesondere ist ihr die Einziehung von Außenständen untersagt. Die Geldbeträge, die zur vorläufigen Fortführung des Geschäfts erforderlich sind, sind von dem Sequester aus den Einnahmen zur Verfügung zu stellen.

Zum Sequester ist Rechtsanwalt Bernd Ache, Langgasse 71, 35576 Wetzlar, bestellt.

Zugleich ist heute, am 16. Januar 1996, 9.45 Uhr, gegen die vorbezeichnete Schuldnerin auf Grund des § 106 KO das allgemeine Veräußerungsverbot zur Sicherung der Masse erlassen. Drittschuldner haben ihre Verbindlichkeiten gegenüber der Schuldnerin bei Fälligkeit unter Angabe des vorstehenden Beschlusses an den Sequester zu erfüllen. Zahlungen an die Firma oder von ihr Bevollmächtigte, die entgegen dem vorstehenden Verbot erfolgen, sind rechtsunwirksam.

Die allgemeine Post- und Telegramm Sperre ist angeordnet.

Wetzlar, 16. 1. 1996

Amtsgericht

503

62 N 226/95: Konkursantragsverfahren betreffend Michaela Peters-Shalisch, Beethovenstraße 5, 65189 Wiesbaden.

Der Schuldnerin ist am 4. Januar 1996 verboten worden, über Gegenstände ihres Vermögens zu verfügen. Sie darf auch keine Forderungen einziehen.

Wiesbaden, 4. 1. 1996

Amtsgericht

504

62 N 66/93: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Gampa-Tiefbau-, Erdaushub- und Planierungsarbeiten GmbH, Hochheimer Straße 151, 55246 Mainz-Kostheim, soll die Schlußverteilung stattfinden.

Verfügbar sind 125 885,30 DM. Hiervon sind noch die restlichen Gerichtskosten sowie das Honorar des Konkursverwalters auszugleichen.

Zu berücksichtigen sind noch bevorrechtigte Forderungen in Höhe von 176 337,65 DM und nichtbevorrechtigte Forderungen in Höhe von 50 779,07 DM.

Das Schlußverzeichnis zur Einsicht der Beteiligten liegt beim Amtsgericht Wiesbaden unter dem Aktenzeichen 62 N 66/94 aus.

Wiesbaden, 10. 1. 1996

Der Konkursverwalter
D. Rosenkranz
Rechtsanwalt

505

62 N 237/95: Konkursantragsverfahren betreffend AKZENTE Küchenideen GmbH, Adolf-Todt-Straße 6, 65203 Wiesbaden, vertreten durch den Geschäftsführer Friedrich Strupp.

Der Schuldnerin ist am 5. Januar 1996 verboten worden, über Gegenstände ihres Vermögens zu verfügen. Sie darf auch keine Forderungen einziehen.

Wiesbaden, 5. 1. 1996

Amtsgericht

506

62 N 107/95 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß der am 3. 8. 1903 in Rüsselsheim geborenen und am 30. 12. 1993 in Wiesbaden verstorbenen Wilhelmine Rümele geb. Lapp, zuletzt wohnhaft Platter Straße 105, Wiesbaden, wird die Vornahme der Schlußverteilung genehmigt und Schlußtermin auf

Montag, 26. Februar 1996, 9.00 Uhr, Zimmer 402, Moritzstraße 5, Nebengebäude, vor dem Amtsgericht Wiesbaden bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 5 409,80 DM (fünftausendvierhundertneun 80/100) inkl. 7,5% Mehrwertsteuer, die zu erstattenden Auslagen werden auf 29,90 DM festgesetzt inkl. 15% Mehrwertsteuer.

Wiesbaden, 9. 1. 1996

Amtsgericht

507

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Axiomatic GmbH (Amtsgericht Wiesbaden, Aktenzeichen 62 N 118/94) soll die Schlußverteilung vorgenommen werden.

Es steht ein Massebestand von 325,12 DM zur Verfügung, der wie folgt zu verteilen ist:

Rang § 61, I, 1:	24 952,61 DM,
Rang § 61, I, 2:	11 715,44 DM,
Rang § 61, I, 3:	400,— DM,
Rang § 61, I, 6:	22 123,71 DM.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Wiesbaden zu Aktenzeichen 62 N 118/94 zur Einsicht niedergelegt.

Wiesbaden, 15. 1. 1996

Der Konkursverwalter
Peter Klein
Rechtsanwalt und Notar

508

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Wilhelmine Rümele (Amtsgericht Wiesbaden, Aktenzeichen 62 N 107/95) soll die Schlußverteilung vorgenommen werden.

Es steht ein Massebestand von 19 983,93 DM zur Verfügung, der wie folgt zu verteilen ist:

Rang § 61, I, 6:	27 114,75 DM.
------------------	---------------

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Wiesbaden zu Aktenzeichen 62 N 107/95 zur Einsicht niedergelegt.

Wiesbaden, 15. 1. 1996

Der Konkursverwalter
Peter Klein
Rechtsanwalt und Notar

509

62 N 135/88: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der EHS Technik Gesellschaft für Elektro-Heizung und Sanitäranlagen GmbH, Sedanstraße 5, 65203 Wiesbaden, soll die Schlußverteilung stattfinden.

Verfügbar sind 34 291,80 DM. Hiervon sind noch die restlichen Gerichtskosten sowie das Honorar des Konkursverwalters auszugleichen.

Zu berücksichtigen sind noch bevorrechtigte Forderungen in Höhe von 119 695,97 DM. Das Schlußverzeichnis zur Einsicht der Beteiligten liegt beim Amtsgericht Wiesbaden unter dem Aktenzeichen 62 N 135/88 aus.

Wiesbaden, 15. 1. 1996

Der Konkursverwalter
D. Rosenkranz
Rechtsanwalt

510

62 N 22/89: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Emmerich Microcomputer GmbH, Oranienstraße 38, 65185 Wiesbaden, soll die Schlußverteilung stattfinden.

Verfügbar sind 51 210,17 DM. Hiervon sind noch die restlichen Gerichtskosten so-

wie das Honorar des Konkursverwalters auszugleichen.

Zu berücksichtigen sind noch bevorrechtigte Forderungen in Höhe von 11 254,56 DM und nichtbevorrechtigte Forderungen in Höhe von 30 235,47 DM. Das Schlußverzeichnis zur Einsicht der Beteiligten liegt beim Amtsgericht Wiesbaden unter dem Aktenzeichen 62 N 22/89 aus.

Wiesbaden, 15. 1. 1996

Der Konkursverwalter
D. Rosenkranz
Rechtsanwalt

511

62 N 134/94 — Beschluß: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bernd Dieter Bauner, als Inhaber der Umzüge Firma Bernd Bauner, Stiftstraße 10, 65183 Wiesbaden, wird die Gläubigerversammlung auf

Montag, den 11. März 1996, 11.00 Uhr, auf Saal 402 im Nebengebäude Moritzstraße 5 des Amtsgerichts einberufen.

Tagesordnung:

1. Bericht des Konkursverwalters,
2. Prüfung nachgemeldeter Forderungen,
3. Abnahme der Schlußrechnung des Konkursverwalters,
4. Vergütung des Konkursverwalters,
5. Einstellung mangels Masse.

Wiesbaden, 15. 1. 1996

Amtsgericht

512

62 N 61/95: Konkursantragsverfahren betreffend EHG Bau-Gesellschaft mbH, vertreten durch den Geschäftsführer Hans Erb, Goldgasse 15, 65183 Wiesbaden.

Der Schuldnerin ist am 4. Januar 1996 verboten worden, über Gegenstände ihres Vermögens zu verfügen. Sie darf auch keine Forderungen einziehen.

Wiesbaden, 4. 1. 1996

Amtsgericht

513

62 N 178/95: In dem Konkursantragsverfahren betreffend Firma Dieter Kloos Metallbau, Inhaber Dieter Kloos, Wiesbadener Straße 118, 55252 Mainz-Kastel.

Dem Schuldner ist am 14. Dezember 1995 verboten worden, Gegenstände seines Vermögens zu veräußern. Er darf auch keine Forderungen einziehen.

Wiesbaden, 14. 12. 1995

Amtsgericht

Zwangsversteigerungen

Sammelbekanntmachung: Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald, spätestens zwei Wochen vor dem Termin, eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren

aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

514

K 34/95: Das im Grundbuch von Alsfeld, Bezirk Alsfeld, Band 174, Blatt 7125, eingetragene Grundeigentum,

Gemarkung Alsfeld, Flur 10, Nr. 79, Gebäude- und Freifläche, An den Hohlgräben 4 B, Größe 4,99 Ar,

soll am Freitag, dem 29. März 1996, 9.00 Uhr, Raum 17, 1. Stock, im Gerichtsgebäude, Amthof 12, Alsfeld, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 6. 7. 1995 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Olaf Becher, Stockwiesenweg 9, Alsfeld-Altenburg.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 643.610,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Alsfeld, 3. 1. 1996

Amtsgericht

515

1 K 27/95: Das im Grundbuch von Wetterburg, Band 35, Blatt 1033, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Wetterburg, Flur 14, Flurstück 25, Ackerland, Grünland, Am Höhleken, Größe 236,30 Ar,

soll am Mittwoch, dem 20. März 1996, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Arolsen, Rauchstraße Nr. 7, Zimmer Nr. 23, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. 4. 1995 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Andreas Thoma und Maria Thoma geb. Pauli.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 155 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Arolsen, 11. 1. 1996

Amtsgericht

516

6 K 63/94: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Oberursel, Blatt 7495: 87,2511/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück der Gemarkung Oberursel, Flur 81, Flurstück 6317/24, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Hauffstraße, Größe 3,49 Ar,

Flur 2, Flurstück 1320/9, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Frankfurter Landstraße 5/7, Größe 2,85 Ar,

Flur 2, Flurstück 1320/14, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Frankfurter Landstraße 5, Größe 11,96 Ar,

Flur 2, Flurstück 1320/8, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Frankfurter Landstraße 7, Größe 16,16 Ar,

Flur 2, Flurstück 1320/10, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Frankfurter Landstraße 7, Größe 0,14 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Haus Nr. 2 gelegenen Wohnung im 8. OG, im Aufteilungsplan mit Nr. 2802 bezeichnet;

zugeordnet ist das Sondernutzungsrecht an dem Pkw-Tiefgaragenstellplatz Nr.: TG 10,

soll am Dienstag, dem 23. April 1996, 9.00 Uhr, Raum 103, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Auf der Steinkaut 10—12, Bad Homburg v. d. Höhe, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 17. 8. 1994 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Amita Chauhan.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 152 600,— DM (1-Zimmer-Wohnung, ca. 38 qm, im 8. Obergeschoß/Südosten, mit Tiefgaragenstellplatz; in einer 9geschossigen Wohnanlage, bestehend aus 2 Häusern mit 1geschossigem Verbindungsbau mit Schwimmhalle und Tiefgaragenanlage. Baujahr 1970 mit zwischenzeitlichen Renovierungen).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Bad Homburg v. d. Höhe, 18. 12. 1995

Amtsgericht

517

4 K 51/95: Folgendes Grundeigentum, eingetragen in Heppenheim, Band 267, Blatt 11 003, Gemarkung Heppenheim,

lfd. Nr. 4, Flur 6, Flurstück 11/3, Geringstland, Laubwald und Unland, Im Schloßberg, Größe 2,19 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 6, Flurstück 12, Unland und Laubwald, Im Schloßberg, Größe 20,81 Ar,

lfd. Nr. 6, Flur 6, Flurstück 15/1, Laubwald, Im Schloßberg, Größe 34,94 Ar,

lfd. Nr. 7, Flur 46, Flurstück 83, Weingarten, In der Bombach und Blinzig, Größe 7,31 Ar,

lfd. Nr. 8, Flur 46, Flurstück 87, Weingarten, In der Bombach und Blinzig, Größe 6,62 Ar,

lfd. Nr. 9, Flur 2, Flurstück 505/2, Geringstland, Im Schloßberg, Größe 15,63 Ar,

lfd. Nr. 10, Flur 46, Flurstück 84, Weingarten, In der Bombach und Blinzig, Größe 7,50 Ar,

lfd. Nr. 11, Flur 7, Flurstück 540, Weingarten, Im Landberg, Größe 9,37 Ar,

soll am Montag, dem 18. März 1996, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Bensheim, Wilhelmstraße 26, Saal 203, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 9. 1995 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Schmitt, Klaus Otto, Goethestraße 6, 27576 Bremerhaven,

b) Schmitt, Robert Hans, Vimula de Saya-go,

c) Eichmann geb. Schmitt, Lieselotte Hildegard Katharina, Gottfried-Keller-Straße 14, 64646 Heppenheim,

d) Helfinger geb. Schmitt, Nicole, Heinrichstraße 25, 64625 Bensheim-Auerbach,

e) Schmitt, Udo, Würzburger Tor 3, 64646 Heppenheim,

— in Erbengemeinschaft —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 4 auf 328,50 DM,

lfd. Nr. 5 auf 3 121,50 DM,

lfd. Nr. 6 auf 5 241,— DM,

lfd. Nr. 7 auf 7 310,— DM,

lfd. Nr. 8 auf 6 620,— DM,

lfd. Nr. 9 auf 4 689,— DM,

lfd. Nr. 10 auf 7 500,— DM,

lfd. Nr. 11 auf 7 496,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Bensheim, 12. 1. 1996

Amtsgericht

518

1 K 26/94: Das im Grundbuch von Gönnern, Band 28, Blatt 994, eingetragene Grundeigentum,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Gönnern, Flur 25,

Flurstück 278, Hof- und Gebäudefläche, Obere Scheidstraße 1, Größe 4,87 Ar, soll am Freitag, dem 15. März 1996, 9.00 Uhr, im Amtsgerichtsgebäude Biedenkopf, Hainstraße 72, Raum Nr. 110, Obergeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 29. 6. 1994 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Peter Denk und Heidrun, geb. Eberl, Obere Scheidstraße 1, 35719 Angelburg, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

281 200,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Biedenkopf, 18. 12. 1995

Amtsgericht

519

7 K 40/95: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Usenborn, Band 21, Blatt 1009,

Gemarkung Usenborn, Flur 1, Nr. 12, Hof- und Gebäudefläche, Brunnenstraße 25, Größe 2,66 Ar,

soll am Mittwoch, dem 3. April 1996, um 14.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Stiegelwiese 1, Erdgeschoß, Saal 3, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 27. 4. 1995 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Dieter Helmut Krause, Ortenberg.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

150 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Büdingen, 16. 1. 1996

Amtsgericht

520

5 K 7/94: Das im Grundbuch von Gambach, Band 83, Blatt 3437, eingetragene Grundeigentum,

lfd. Nr. 1, Flur 7, Flurstück 346, Betriebsgelände, Butzbacher Straße 6, Größe 117,52 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 7, Flurstück 352, Betriebsgelände, Brückfeld, Größe 10,11 Ar,

lfd. Nr. 4, Flur 7, Flurstück 350, Betriebsgelände, Brückfeld, Größe 8,70 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 7, Flurstück 349, Betriebsgelände, Brückfeld, Größe 43,45 Ar,

lfd. Nr. 6, Flur 7, Flurstück 351, Betriebsgelände, Brückfeld, Größe 21,88 Ar,

soll am Freitag, dem 29. März 1996, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Färbgasse 24, 35510 Butzbach, Raum 1 (Sitzungssaal), Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 29. 6. 1994 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Ashok Chauhan, An den drei Hasen 37, 61440 Oberursel.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für den gesamten Grundbesitz auf

4 500 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Butzbach, 16. 1. 1996

Amtsgericht

521

5 K 2/95: Das im Grundbuch von Fauerbach v. d. H., Band 53, Blatt 2159, eingetragene Grundstück, Gemarkung Fauerbach v. d. H.,

lfd. Nr. 1 des Bestandsverzeichnisses, Flur 2, Flurstück 1/64, Gebäude- und Freifläche, Sudetenring 6, Größe 7,04 Ar,

soll am Freitag, dem 19. April 1996, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Färbgasse 24, 35510 Butzbach, Raum 1 (Sitzungssaal), Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 7. 2. 1995 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Gabriele Kroon geb. Manz, Sudetenring 6, 35510 Butzbach/Fauerbach v. d. H.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

488 553,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Butzbach, 16. 1. 1996

Amtsgericht

522

61 K 103/93: Der im Grundbuch von Griesheim, Band 195, Blatt 8961, eingetragene 6,4515/1 000 Miteigentumsanteil am Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Griesheim, Flur 49, Flurstück 42/40, Hof- und Gebäudefläche, Eulerweg 1—5, Größe 110,86 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan Block A mit Haus V Nr. V.9 bezeichneten Wohnung;

hinsichtlich der Garagen und Kfz-Abstellplätze ist eine Sondernutzungsregelung getroffen,

soll am Mittwoch, dem 20. März 1996, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Saal 8, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 15. 12. 1993 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Klaus Seegebarth, Offenburg.

Der Wert des Grundstücksmitteigentumsanteils, verbunden mit dem Sondereigentum, ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf

275 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Darmstadt, 29. 12. 1995

Amtsgericht

523

61 K 163/94: Der im Grundbuch von Ober-Ramstadt, Band 133, Blatt 6158, eingetragene Grundeigentum,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Ober-Ramstadt, Flur 1, Flurstück 875, Hof- und Gebäudefläche, Friedhofstraße 8, Größe 4,12 Ar,

soll am Mittwoch, dem 15. Mai 1996, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Darmstadt, Julius-Reiber-Straße 15, Saal 8, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 18. 11. 1994 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Muhamet Altun, Ober-Ramstadt.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

615 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Darmstadt, 29. 12. 1995

Amtsgericht

524

8 K 41/95: Das im Grundbuch von Niederscheld, Band 48, Blatt 1637, eingetragene Grundeigentum,

lfd. Nr. 15, Flur 18, Flurstück 369/1, Freifläche, Birkenweg, Größe 1,40 Ar,

lfd. Nr. 17, Flur 18, Flurstück 369/3, Freifläche, Birkenweg 24, Größe 6,42 Ar,

soll am Mittwoch, dem 10. April 1996, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dillenburg, Wilhelmstraße 7, Saal 18 im Erdgeschoß,

durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 10. 1995 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Anacker, Konrad Georg, geboren am 20. 6. 1939, Tannenweg 19, Dillenburg-Niederscheld,

Anacker, Renate, geb. Roth, geboren am 29. 9. 1940, Tannenweg 19, Dillenburg-Niederscheld, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flur 18, Flurstück 369/1 auf 10 500,— DM,

Flur 18, Flurstück 369/3 auf 48 150,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Dillenburg, 2. 1. 1996

Amtsgericht

525

3 K 5/94: Das im Grundbuch von Wanfried, Band 108, Blatt 3683, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Wanfried, Flur 29, Flurstück 32, Waldfläche, Im Roteberggraben, Größe 11,64 Ar,

soll am Mittwoch, dem 20. März 1996, 14.00 Uhr, Raum 121, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Bahnhofstraße 30, 37269 Eschwege, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. 2. 1994 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Jürgen Rathgeber, Wanfried.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Eschwege, 9. 1. 1996

Amtsgericht

526

3 K 46/95: Das im Wohnungsgrundbuch von Grebendorf, Band 55, Blatt 1996, eingetragene Wohnungseigentum,

lfd. Nr. 1, Miteigentumsanteil zu 671/1000 an Grundstück Gemarkung Grebendorf, Flur 8, Flurstück 68/68, Gebäude- und Freifläche, Bergstraße 41, Größe 10,61 Ar,

verbunden mit Sondereigentum an den Wohnungen, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 2 und 3, den Räumen, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 2 und 3 und den überdachten Unterstellplätzen, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 2 und 3, soll am Mittwoch, dem 20. März 1996, 10.00 Uhr, Raum 121, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Bahnhofstraße 30, 37269 Eschwege, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Wohnungseigentümer am 5. 10. 1995 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Karl-Heinz Weiß, Meinhard-Jestädt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Eschwege, 9. 1. 1996

Amtsgericht

527

3 K 48/95: Das im Grundbuch von Datterode, Band 54, Blatt 1682, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Datterode, Flur 18, Flurstück 32, Gebäude- und Freifläche, Lohgasse 6, Größe 7,78 Ar,

soll am Mittwoch, dem 27. März 1996, 8.00 Uhr, Raum 121, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Bahnhofstraße 30, 37269 Eschwege, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 10. 1995 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Claudia Berneburg geb. Zies,

b) Richard Berneburg, Ringgau-Datterode, jetzt Eschwege, — je zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Eschwege, 10. 1. 1996

Amtsgericht

528

3 K 26/95: Die im Grundbuch von Niederhone, Band 81, Blatt 2862, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Niederhone,

lfd. Nr. 1, Flur 12, Flurstück 342/177, Gebäude- und Freifläche, Landstraße 55, Größe 0,53 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 12, Flurstück 177/13, Gebäude- und Freifläche, Landstraße 55, Größe 3,02 Ar,

sollen am Mittwoch, dem 27. März 1996, 10.00 Uhr, Raum 121, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Bahnhofstraße 30, 37269 Eschwege, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 3. 7. 1995 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Peter Sommerfeldt,

b) Gabriele Sommerfeldt geb. Engelen, Eschwege-Niederhone, jetzt Bad Sooden-Allendorf, — je zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Eschwege, 15. 1. 1996

Amtsgericht

529

2 K 37/94: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Battenfeld, Band 38, Blatt 1114,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Battenfeld, Flur 14, Flurstück 25/3, Gebäude- und Freifläche, Edertalstraße 23, Größe 1,88 Ar,

lfd. Nr. 5, Gemarkung Battenfeld, Flur 14, Flurstück 24/3, Gebäude- und Freifläche, Edertalstraße 23, Größe 1,69 Ar,

soll am Freitag, dem 15. März 1996, 9.30 Uhr, Raum 20, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Geismarer Straße 22, 35066 Frankenberg (Eder), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 25. 11. 1994 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Edelgard Teerling, geb. Schüller,

Karlheinz Schüller,

André Schüller,

Richard Johannes Schüller,

Albert Kurt Schüller,

— in Erbengemeinschaft —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 4 auf 60 000,— DM,

lfd. Nr. 5 auf 4 500,— DM.

In einem früheren Versteigerungstermin ist der Zuschlag auf Grund des § 33 ZVG versagt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Frankenberg (Eder), 19. 1. 1996

Amtsgericht

530

84 K 68/95: Das im Grundbuch-Bezirk 21 des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 54, Blatt 1847, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Frankfurt am Main 1, Flur 323, Flurstück 66/15, Hof- und Gebäudefläche, Spohrstraße 3, Größe 2,72 Ar,

soll am Dienstag, dem 14. Mai 1996, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 60313 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 10. 5. 1995 (Versteigerungsvermerk):

Dieter Dauth, Weberstraße 34, 60316 Frankfurt am Main.

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 700 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt am Main, 5. 1. 1996

Amtsgericht, Abt. 84

531

84 K 348/93: Das im Grundbuch, Bezirk 32, des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 205, Blatt 6711, eingetragene Wohnungseigentum,

lfd. Nr. 1: 553,39/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Frankfurt am Main 1, Flur 557, Flurstück 283/18, Gebäude- und Freifläche, Mailänder Straße 3—23, Größe 233,35 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 32 — Haus 1 — des Aufteilungsplans und das im Grundbuch, Bezirk 32, des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 231, Blatt 7490, eingetragene Teileigentum,

lfd. Nr. 1, 6,15/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Frankfurt am Main 1, Flur 557, Flurstück 283/18, Gebäude- und Freifläche, Mailänder Straße 3—23, Größe 233,35 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an dem Kfz-Einstellplatz Nr. 811 des Aufteilungsplans; das jeweilige Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte (insgesamt eingetragenen Band 204—242, Blatt 6680—7831) und in der Veräußerung beschränkt;

sollen am Dienstag, dem 7. Mai 1996, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 60313 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 9. 12. 1993 bzw. 5. 1. 1994 (Versteigerungsvermerke):

Herr Dr. Wolf Günther Jankowitz, Frühlingsau 13, 63069 Offenbach am Main.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für das

Wohnungseigentum auf 830 000,— DM,

Teileigentum auf 23 000,— DM,

mithin insgesamt auf 853 000,— DM.

Im Termin am 4. Oktober 1995 erfolgte Zuschlagsversagung wegen Nichterreichens der 7/10-Grenze. §§ 85 a ZVG und 74 a ZVG kommen deshalb nicht mehr zur Anwendung.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt am Main, 27. 12. 1995

Amtsgericht, Abt. 84

532

84 K 73/94: Die im Grundbuch-Bezirk Lorsbach des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 75, Blatt 2143, eingetragenen Grundstücke und der 1/9-Miteigentumsanteil lfd. Nr. 1, Gemarkung Lorsbach, Flur 10, Flurstück 34/22, Bauplatz, Im Lorsbachtal 21 c, Größe 3,98 Ar,

lfd. Nr. 2/zu 1: 1/9-Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Lorsbach, Flur 10, Flurstück 34/16, Weg, Im Lorsbachtal, Größe 3,50 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Lorsbach, Flur 10, Flurstück 34/23, Bauplatz, Im Lorsbachtal 21 c, Größe 0,16 Ar,

— das Grundstück lfd. Nr. 1 ist nunmehr bebaut —,

sollen am Montag, dem 22. April 1996, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 60313 Frankfurt am Main, Zimmer 137, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 17. 6. 1994/ 2. 11. 1994 (Versteigerungsvermerke):

Frau Helga Klauf in Hofheim.

Der Wert der Grundstücke und des Miteigentumsanteils sind gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 auf 856 100,— DM,

lfd. Nr. 2/zu 1 auf 31 100,— DM,

lfd. Nr. 3 auf 12 800,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt am Main, 11. 1. 1996

Amtsgericht, Abt. 84

533

84 K 47/95: Das im Grundbuch-Bezirk 15 des Amtsgerichts Frankfurt am Main, Band 64, Blatt 2176, eingetragene Wohnungseigentum,

lfd. Nr. 1: 1.813/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Gemarkung Frankfurt am Main 1, Flur 187, Flurstück 56/3, Gebäude- und Freifläche, Schönstraße 38, Größe 1,73 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 1 des Aufteilungsplans und beschränkt durch das Sondereigentum der anderen Miteigentumsanteile (insgesamt eingetragenen in den Blättern 2176 bis 2180) und teilweise in der Veräußerung,

soll am Freitag, dem 31. Mai 1996, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude B, Gerichtsstraße 2, 60313 Frankfurt am Main, Zimmer 137, 1. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 15. 5. 1995 (Versteigerungsvermerk):

Herr Hubert Servatius Krautter, Neckarstraße 10, 64283 Darmstadt.

Der Wert des Wohnungseigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 139 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Frankfurt am Main, 2. 1. 1996

Amtsgericht, Abt. 84

534

K 16/94: Das im Grundbuch von Holzhäusen, Band 12, Blatt 359, eingetragene Grundeigentum, lfd. Nr. 15 des Bestandsverzeichnisses,

Flur 3, Flurstück 22/23, Gebäude- und Freifläche, Verkehr, Frankfurter Straße, Größe 2,38 Ar,

Flur 3, Flurstück 22/24, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Frankfurter Straße 9, Größe 6,84 Ar,

soll am Freitag, dem 19. April 1996, 10.00 Uhr, Raum 15, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Schladenweg 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 14. 4. 1994 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Richard Piutti, z. Z. Staufenberg-Spikershausen.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 678 400,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Fritzlar, 5. 1. 1996

Amtsgericht

535

K 13/92: Das im Grundbuch von Großenenglis, Band 25, Blatt 900, eingetragene Grundeigentum,

Flur 3, Flurstück 4/30, Gebäude- und Freifläche, Wohnen, Udenbörner Straße 12, Größe 8,09 Ar,

soll am Freitag, dem 12. April 1996, 10.00 Uhr, Raum 15, Schladenweg 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 6. 5. 1992 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Klaus, Gerd, und Klaus, Angelika, geb. Schulz, beide Borken-Großenenglis, — je zur Hälfte —

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 182 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Fritzlar, 4. 1. 1996

Amtsgericht

536

K 30/94: Das im Grundbuch von Niedenstein, Band 55, Blatt 1712, eingetragene Grundeigentum,

lfd. Nr. 1 BV, Flur 3, Flurstück 45/2, Gebäude- und Freifläche-Wohnen, Schöne Aussicht, Größe 10,60 Ar,

soll am Freitag, dem 29. März 1996, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Schladenweg 1, Zimmer 15, I. Stock, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 27. 1. 1995 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Udo Zickermann, Korbacher Straße 318, 34270 Schauenburg/Hof, und

Heide-Maria Zickermann-Durian, geb. Durian, Schöne Aussicht 17, 34305 Niedenstein.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 517 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Fritzlar, 4. 1. 1996

Amtsgericht

537

K 46/95: Das im Grundbuch von Hain-Gründau, Band 29, Blatt 1467, eingetragene Grundstück,

Gemarkung Hain-Gründau, Flur 1, Flurstück 151/1, Hof- und Gebäudefläche, Am Schenkenrain 17, Größe 10,70 Ar,

soll am Mittwoch, dem 24. April 1996, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Raum 13, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 23. 6. 1995 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Anna Pichler in Gründau.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 620 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Gelnhausen, 4. 1. 1996

Amtsgericht

538

K 76/95: Die im Grundbuch von Bös-Gesäß, Band 5, Blatt 179, eingetragenen Grundstücke, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 16, Gemarkung Bös-Gesäß, Flur 2, Flurstück 14/1, Gebäude- und Freifläche, Dorfplatz 4, Größe 1,37 Ar,

lfd. Nr. 17, Gemarkung Bös-Gesäß, Flur 2, Flurstück 35/3, Gebäude- und Freifläche, Brachtstraße, Größe 4,10 Ar,

Gartenland, Brachtstraße, Größe 12,70 Ar,

sollen am Montag, dem 22. April 1996, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Raum 13, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 14. 8. 1995 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Horst Schneider in Birstein.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flurstück 24/1 auf 32 000,— DM,

Flurstück 35/3 auf 31 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Gelnhausen, 4. 1. 1996

Amtsgericht

539

24 K 59/95: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Nauheim, Band 169, Blatt 5889,

BV lfd. Nr. 1, Flur 14, Nr. 549/2, Gebäude- und Freifläche, Adam-Opel-Straße, Größe 11,23 Ar,

soll am Mittwoch, dem 24. April 1996, 10.15 Uhr, im Gerichtsgebäude Europaring 11—13, Saal 354, III. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 12. 7. 1995 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Lieselotte Michel-Bärsch.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

2 300 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Groß-Gerau, 3. 1. 1996

Amtsgericht

540

24 K 79/95: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Biebesheim, Band 124, Blatt 4875,

BV Nr. 1, Miteigentumsanteil von 187,78/1 000 an Grundstück Biebesheim, Flur 3, Nr. 153/1, Gebäude- und Freifläche, Stockstädter Straße 10,

verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen Nr. 2 und dem Sondernutzungsrecht an dem Pkw-Abstellplatz Nr. 1, jeweils im Aufteilungsplan entsprechend bezeichnet,

soll am Mittwoch, dem 24. April 1996, 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Europaring 11—13, Saal 354, III. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 6. 9. 1995 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Miroslav Sribljanovic,

Dragica Sribljanovic, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

260 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Groß-Gerau, 3. 1. 1996

Amtsgericht

541

24 K 89/95: Der halbe Miteigentumsanteil des Helmuth Schneider folgenden Grundbesitzes, eingetragen im Grundbuch von Biebesheim, Band 98, Blatt 4088,

BV lfd. Nr. 1, Flur 13, Nr. 187, Hof- und Gebäudefläche, Ludwigstraße 10, Größe 10,68 Ar,

soll am Donnerstag, dem 25. April 1996, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Europaring 11—13, Saal 354, III. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. 10. 1995 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Helmuth Schneider,

Irmgard Schneider, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG für den halben Miteigentumsanteil festgesetzt auf 264 804,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Groß-Gerau, 3. 1. 1996

Amtsgericht

542

42 K 138/94: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Rüdigheim, Band 56, Blatt 2007,

BV Nr. 1, Gemarkung Rüdigheim, Flur 12, Flurstück 480, Gebäude- und Freifläche, Gelnhäuser Weg 2, Größe 5,15 Ar,

soll am Donnerstag, dem 14. März 1996, 9.00 Uhr, Raum 120, I. Stock, im Gerichtsgebäude A, Nußallee 17, 63450 Hanau, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 4. 11. 1994 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Harald Reichl,

b) Michaela Reichl geb. Schramm, beide in Neuberg, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

BV Nr. 1 auf 540 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Hanau, 28. 12. 1995

Amtsgericht, Abt. 42

543

42 K 81/94 — Berichtigung: In dem Zwangsvollstreckungsverfahren betreffend Butterstadt, Flur 1, Flurstück 144, wird in dem Zwangsversteigerungstermin am Dienstag, 13. Februar 1996, 9.00 Uhr, Amtsgericht Hanau, nicht das Grundstück „Im Weinberg 9“, sondern „Im Weinberg 1“ versteigert.

Hanau, 19. 1. 1996

Amtsgericht, Abt. 42

544

K 2/93: Das im Grundbuch von Neckarsteinach, Band 44, Blatt 1744, eingetragene Grundeigentum,

Gemarkung Neckarsteinach, Flur 1, Flurstück 394/3, Gebäude- und Freifläche, Neckarstraße 45, Größe 2,22 Ar,

soll am Donnerstag, dem 28. März 1996, 10.00 Uhr, Raum 6 (Sitzungssaal), im Gerichtsgebäude Hirschhorn/Neckar, Untere Gasse 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 23. 6. 1993 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Margarete Henneberger geb. Olbert, Miltenberg/Main, jetzt wohnhaft Neckarstraße 45, 69239 Neckarsteinach.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

das Grundstück einschließlich Gebäude auf 450 000,— DM,

das im Eigentum der Schuldnerin stehende Zubehör der Gaststätte auf 13 190,50 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Hirschhorn/Neckar, 4. 1. 1996

Amtsgericht Fürth/Odw.,
Zweigstelle Hirschhorn/Neckar

545

K 4/94: Das im Grundbuch von Neckarsteinach, eingetragene Grundeigentum, halber Miteigentumsanteil an:

lfd. Nr. 3, Neckarsteinach, Flur 2, Flurstück 363/1, Ackerland (Obstb.), Am breiten Birnbaum, Größe 9,51 Ar,

lfd. Nr. 7, Neckarsteinach, Flur 2, Flurstück 363/3, Ackerland (Obstb.), Am breiten Birnbaum, Größe 2,59 Ar,

lfd. Nr. 8, Neckarsteinach, Flur 2, Flurstück 362/1, Ackerland (Obstb.), Am breiten Birnbaum, Größe 9,18 Ar,

lfd. Nr. 9, Neckarsteinach, Flur 2, Flurstück 362/3, Ackerland (Obstb.), Am breiten Birnbaum, Größe 2,67 Ar,

soll am Donnerstag, dem 28. März 1996, 14.00 Uhr, Raum 6 (Sitzungssaal), im Gerichtsgebäude Hirschhorn/Neckar, Untere Gasse 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 22. 11. 1995 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Angelika Mann geb. Kurtz, Neckarstraße 10, 69239 Neckarsteinach, — zur Hälfte —.

Der Wert des Grundeigentums (je halber Miteigentumsanteil) ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Grundstück lfd. Nr. 3 auf 49 927,50 DM,

Grundstück lfd. Nr. 7 auf 647,50 DM,

Grundstück lfd. Nr. 8 auf 48 195,— DM,

Grundstück lfd. Nr. 9 auf 667,50 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Hirschhorn/Neckar, 4. 1. 1996

Amtsgericht Fürth/Odw.,
Zweigstelle Hirschhorn/Neckar

546

K 18/94: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Westuffeln, Band 40, Blatt 1185, Gemarkung Westuffeln, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 2, Flur 2, Flurstück 431, Gebäude- und Freifläche, An der Wange, Größe 8,45 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 2, Flurstück 433, Gebäude- und Freifläche, An der Wange, Größe 8,26 Ar,

soll am Mittwoch, dem 22. Mai 1996, 10.00 Uhr, Raum 24, im Gerichtsgebäude, Friedrich-Pfaff-Straße 8, 34369 Hofgeismar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. 5. 1994 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Frank Viehmann, 34379 Calden.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden für

Grundstück lfd. Nr. 2 auf 29 575,— DM,

Grundstück lfd. Nr. 3 auf 28 910,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Hofgeismar, 11. 1. 1996

Amtsgericht

547

K 21/94: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Vernawahlshausen, Band 40, Blatt 942,

Gemarkung Vernawahlshausen, Flur 11, Flurstück 34/4, Gebäude- und Freifläche, Trift, Haus Nr. 32, Größe 9,84 Ar,

soll am Mittwoch, dem 15. Mai 1996, 10.00 Uhr, Raum 24, im Gerichtsgebäude, Friedrich-Pfaff-Straße 8, 34369 Hofgeismar, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 18. 4. 1994 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

1. Fredi Usadel,

2. Edith Usadel geb. Pöhlmann, 37170 Us-lar, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

143 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Hofgeismar, 11. 1. 1996

Amtsgericht

548

6 K 33/95: Das im Grundbuch von Kröftel, Band 16, Blatt 467, eingetragene Grundeigentum, 50/100 Miteigentumsanteil an dem Grundstück Kröftel, Flur 1, Flurstück 119/4, Gebäude- und Freifläche, Feldbergstraße 36, Größe 3,43 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 1 bezeichneten Wohnung; Sondernutzungsrecht an Grundstücksteil; Veräußerungsbeschränkung;

soll am Dienstag, dem 26. März 1996, 9.00 Uhr, Raum 15, 1. Stock, Gerichtsstraße 1, 65510 Idstein, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 25. 9. 1995 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Adelheid Marita Baron geb. Schiffer, 65510 Idstein-Kröftel.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

390 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Idstein, 15. 1. 1996

Amtsgericht

549

640 K 227/94: Die im Grundbuch von Harleshausen, Band 175, Blatt 5384, eingetragenen je halben Miteigentumsanteile des Grundstücks,

lfd. Nr. 4, Gemarkung Harleshausen, Flur 1, Flurstück 10/166, Verkehrsfläche, Lilienweg, Größe 0,01 Ar,

Flurstück 10/170, Gebäude- und Freifläche, Lilienweg 12, Größe 2,04 Ar,

sowie die im Grundbuch von Harleshausen, Band 192, Blatt 5870, eingetragenen je 1/12-Miteigentumsanteile des Grundstückes,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Harleshausen, Flur 1, Flurstück 10/147, Gebäude- und Freifläche, Lilienweg, Größe 0,34 Ar,

Flurstück 10/149, Gebäude- und Freifläche, Lilienweg 18, Größe 0,07 Ar,

Flurstück 10/152, Gebäude- und Freifläche, Lilienweg 20, Größe 0,02 Ar,

Flurstück 10/161, Verkehrsfläche, Lilienweg, Größe 0,15 Ar,

Flurstück 10/164, Verkehrsfläche, Lilienweg, Größe 0,56 Ar,

Flurstück 10/174, Gebäude- und Freifläche, Lilienweg 6, Größe 0,05 Ar,

Flurstück 10/180, Verkehrsfläche, Lilienweg, Größe 0,01 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 14. März 1996, 8.30 Uhr, im Gebäude des Amtsgerichts Kassel, Friedrichsstraße 32—34, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 201 (Sitzungssaal 1), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 17. 11. 1994 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Schmidt Kunz, Klaus-Jürgen,
b) Schmidt Kunz, Helga, beide Kassel, — je zur Hälfte —

Verkehrswert gemäß § 74 a Abs. V ZVG:

insgesamt 318 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Kassel, 4. 12. 1995

Amtsgericht, Abt. 640

550

642 K 251/94: Das im Grundbuch von Simmershausen, Band 60, Blatt 1694, eingetragene Grundstück, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Simmershausen, Flur 10, Flurstück 28/27, Lieg.B. 1515, Gebäude- und Freifläche, Am Birken 7, 9, Größe 8,04 Ar,

(bebaut mit freistehendem Zweifamilienhaus und Doppelhaushälfte),

soll am Montag, dem 18. März 1996, 10.00 Uhr, im Gebäude des Amtsgerichts Kassel, Friedrichsstraße 32—34, 2. OG, Sitzungssaal 201, im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 24. 1. 1995 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Kulle, Margot, geb. Seeger,
b) Kulle, Rudolph, beide Fuldatal, — je zur Hälfte —

Verkehrswert gemäß § 74 a Abs. V ZVG:

475 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Kassel, 15. 12. 1995

Amtsgericht, Abt. 642

551

641 K 236/94: Das im Grundbuch von Kassel, Band 644, Blatt 17 074, eingetragene Wohnungseigentumsrecht, Bestandsverzeichnis,

lfd. Nr. 1, Miteigentumsanteil von 12/1 000 an dem Grundstück der Gemarkung Kassel,

Flur 46, Flurstück 142/29, LB 8256, Gebäude- und Freifläche, Holländische Straße 149, Größe 14,01 Ar,

Flur 46, Flurstück 142/31, Gebäude- und Freifläche, Holländische Straße 151, 153, 155, 157, 157 A, Größe 27,90 Ar,

Flur 46, Flurstück 142/33, Gebäude- und Freifläche, Holländische Straße 149, Größe 4,12 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an den Räumen Nr. 155/31, 155/K31 des Aufteilungsplanes;

für jeden Miteigentumsanteil ist ein besonderes Grundstück angelegt (Blatt 17 028 bis 17 134); der hier eingetragene Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt;

Veräußerungsbeschränkung: Zustimmung durch Verwalter; Ausnahme: Veräußerung an Ehegatten, Verwandte gerader Linie, Verwandte zweiten Grades der Seitenlinie, durch Konkursverwalter, durch Zwangsversteigerung

wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums Bezugnahme auf Bewilligung vom 9. November 1990;

(ETW mit ca. 51,35 m² Wfl. im 3. OG),

soll am Montag, dem 29. April 1996, 10.00 Uhr, im Gebäude des Amtsgerichts Kassel, Friedrichsstraße 32—34, 2. OG, Zimmer 201 (Sitzungssaal 1), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 1. 12. 1994 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Hoffmann, Andreas, Werbach.

Verkehrswert gemäß § 74 a Abs. V ZVG:

110 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Kassel, 21. 12. 1995

Amtsgericht, Abt. 641

552

640 K 233/94: Das im Grundbuch von Wehlheiden, Band 128, Blatt 3545, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Wehlheiden, Flur 2, Flurstück 144/6, Gebäude- und Freifläche, Wilhelmshöher Allee 169, Größe 0,02 Ar,

Flur 2, Flurstück 144/7, Gebäude- und

Freifläche, Wilhelmshöher Allee 167, Größe 5,70 Ar,

soll am Donnerstag, dem 28. März 1996, 8.30 Uhr, im Gebäude des Amtsgerichts Kassel, Friedrichsstraße 32—34, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 201 (Sitzungssaal 1), zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 31. 1. 1995 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

a) Schmidt geb. Horrer, Elfriede Erika, geboren am 21. 5. 1960, Wien (Österreich),

b) Schmidt, Enrico Albert, geboren am 11. 11. 1957, Gaithersburg, Maryland, USA,

c) Schmidt, Joachim, geboren am 30. 6. 1962, Frankfurt am Main-Griesheim,

d) Schmidt, Bianca Mala, geboren am 9. 3. 1973, Frankfurt am Main-Griesheim,

— in Erbengemeinschaft —

Verkehrswert gemäß §§ 74 a Abs. V, 180 Abs. I ZVG:

785 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Kassel, 13. 12. 1995

Amtsgericht, Abt. 640

553

640 K 90/95: Das im Grundbuch von Wehlheiden, Band 159, Blatt 4473, eingetragene Teileigentumsrecht,

lfd. Nr. 1: Miteigentumsanteil von 86,590/1 000 an dem Grundstück Gemarkung Wehlheiden,

Flur 1, Flurstück 13/5, Gebäude- und Freifläche, Dörnbergstraße 26, Größe 5,33 Ar,

Flur 1, Flurstück 13/9, Gebäude- und Freifläche, Dörnbergstraße 26, Größe 0,10 Ar,

verbunden mit Sondereigentum an dem Laden und dem Keller im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. L 10, KL 10; der Miteigentumsanteil ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt; Veräußerungsbeschränkung (Zustimmung durch Verwalter); wegen Gegenstand und Inhalt des Sondereigentums Bezugnahme auf Bewilligung vom 15. August 1980; (Laden, Dörnbergstraße 26, Kassel-Wehlheiden);

soll am Montag, dem 20. Mai 1996, 10.00 Uhr, im Gebäude des Amtsgerichts Kassel, Friedrichsstraße 32—34, 2. Obergeschoß, Zimmer 201 (Sitzungssaal 1), im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Teileigentümerin am 10. 4. 1995 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Firma Albert & Co. Friseursalon GmbH, Kassel.

Verkehrswert gemäß § 74 a Abs. V ZVG:

140 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Kassel, 5. 1. 1996

Amtsgericht, Abt. 640

554

9 K 4/95: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Bad Soden, Band 193, Blatt 5703,

lfd. Nr. 1, Flur 25, Flurstück 368/4, Bau- und Freifläche, Paulinenstraße 27, Größe 7,52 Ar (Freistehendes EFH mit teilweise ausgebautem UG und ausgebautem OG, 334 m² Wohnfläche),

soll am Dienstag, dem 2. April 1996, 10.00 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, Burgweg 9, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 2. 2. 1995 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Herr Merten von Helldorf in Bad Soden.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

2 100 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Königstein im Taunus, 8. 1. 1996

Amtsgericht, Abt. 9

555

1 K 26/95: Das im Grundbuch von 1. Oberwerke, Band 6, Blatt 144, eingetragene Grundeigentum, sämtlich Gemarkung Oberwerke, Bestandsverzeichnis, lfd. Nr. 1, Flur 2, Flurstück 39, Ackerland, Auf'm Mühlenberge, Größe 35,42 Ar, lfd. Nr. 2, Flur 5, Flurstück 8, Ackerland, Am Fuchsberge, Größe 40,21 Ar, lfd. Nr. 4, Flur 3, Flurstück 24, Grünland, Unland, Mühlenwiese, Größe 14,45 Ar, lfd. Nr. 5, Flur 2, Flurstück 78/43, Ackerland, Hohe Ecke, Größe 93,68 Ar, lfd. Nr. 8, Flur 2, Flurstück 77/43, Hutung, Laubwald, Ackerland, Hohe Ecke, Größe 61,74 Ar, lfd. Nr. 14, Flur 3, Flurstück 17/4, Ackerland, Hutung, Auf der Steinkuhle, Größe 22,90 Ar, lfd. Nr. 16, Flur 7, Flurstück 17, Ackerland, Sielbach, Größe 24,45 Ar, lfd. Nr. 17, Flur 1, Flurstück 8/3, Gebäude- und Freifläche, Landwirtschaftsfläche, Mühlweg 18, Größe 21,59 Ar, 2. Grundbuch von Oberwerke, Band 6, Blatt 205, Bestandsverzeichnis, lfd. Nr. 1, Gemarkung Oberwerke, Flur 10, Flurstück 86/46, Landwirtschaftsfläche, Auf dem Espen, Größe 49,21 Ar, soll am Freitag, dem 19. April 1996, 9.30 Uhr, Raum 132, I. OG, im Gerichtsgebäude, Hagenstraße 2, 34497 Korbach, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 9. 8. und 8. 11. 1995 (Tage der Versteigerungsvermerke):

Dieter Best, Waldeck-Oberwerke.
Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1, Blatt 144, auf	6 021,40 DM,
lfd. Nr. 2, Blatt 144, auf	5 830,45 DM,
lfd. Nr. 4, Blatt 144, auf	2 456,50 DM,
lfd. Nr. 5, Blatt 144, auf	16 862,40 DM,
lfd. Nr. 8, Blatt 144, auf	4 321,80 DM,
lfd. Nr. 14, Blatt 144, auf	2 977,— DM,
lfd. Nr. 16, Blatt 144, auf	4 890,— DM,
lfd. Nr. 17, Blatt 144, auf	527 000,— DM,
sowie für lfd. Nr. 1, Blatt 205, von Oberwerke, auf	7 873,60 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Korbach, 9. 1. 1996

Amtsgericht

556

1 K 17/94: Die im Grundbuch von Sudeck, Band 9, Blatt 244, 245, 247, 250 bis 254, eingetragenen Miteigentumsanteile, sämtlich Bestandsverzeichnis lfd. Nr. 1 und jeweils bestehend aus einem Miteigentumsanteil an dem Grundstück, Gemarkung Sudeck, Flur 1, Flurstück 130/5, Hof- und Gebäudefläche, Schmalmecke 14, Größe 10,08 Ar, und 130/14, Hof- und Gebäudefläche, Schmalmecke 14, Größe 13,70 Ar, jeweils verbunden mit Sondereigentum an den im Aufteilungsplan näher bezeichneten Räumen, nämlich:

Blatt 244: 6 490/10 000-ME-Anteil mit Räumen Nr. 1,	
Blatt 245: 576/10 000-ME-Anteil mit Räumen Nr. 2,	
Blatt 247: 326/10 000-ME-Anteil mit Räumen Nr. 4,	
Blatt 250: 326/10 000-ME-Anteil mit Räumen Nr. 7,	
Blatt 251: 326/10 000-ME-Anteil mit Räumen Nr. 8,	
Blatt 252: 326/10 000-ME-Anteil mit Räumen Nr. 9,	

Blatt 253: 326/10 000-ME-Anteil mit Räumen Nr. 10,

Blatt 254: 326/10 000-ME-Anteil mit Räumen Nr. 11,

das jeweilige Miteigentum ist durch die Einräumung der zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt, Veräußerungsbeschränkung: Zustimmung durch Verwalter, Ausnahme: Veräußerung an Ehegatten und Abkömmlinge und im Wege der Zwangsvollstreckung oder durch Konkursverwalter, soll am Freitag, dem 26. April 1996, 9.30 Uhr, Raum 132, I. Stock, im Gerichtsgebäude, Hagenstraße 2, 34497 Korbach, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 16. 3. 1994 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Dipl.-Ing. Friedrich Wilhelm Elspaß, Moers.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Blatt 244 (inkl. anteiliges Zubehör von 100 000,— DM) auf	850 000,— DM,
Blatt 245 (inkl. anteiliges Zubehör von 2 900,— DM) auf	92 200,— DM,
Blatt 247 (inkl. anteiliges Zubehör von 2 450,— DM) auf	57 540,— DM,
Blatt 250 (inkl. anteiliges Zubehör von 250,— DM) auf	6 250,— DM,
Blatt 251 (inkl. anteiliges Zubehör von 250,— DM) auf	6 250,— DM,
Blatt 252 (inkl. anteiliges Zubehör von 250,— DM) auf	6 250,— DM,
Blatt 253 (inkl. anteiliges Zubehör von 250,— DM) auf	8 050,— DM,
Blatt 254 (inkl. anteiliges Zubehör von 250,— DM) auf	8 050,— DM.

(Hinweis: Nach dem Sachverständigengutachten sind die Räumlichkeiten Nr. 7 bis 11 baulich noch nicht errichtet.)

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Korbach, 9. 1. 1996

Amtsgericht

557

1 K 22/95: Der im Grundbuch von Hillershausen, Band 5, Blatt 137, eingetragene Grundbesitz, sämtlich Gemarkung Hillershausen, Flur 1, Bestandsverzeichnis, lfd. Nr. 11, Flurstück 106/4, Gebäude- und Freifläche — Landwirtschaft, Bergweg 3, Größe 0,48 Ar,

lfd. Nr. 12, Flurstück 113, Gebäude- und Freifläche — Landwirtschaft, Bergweg 3, Größe 0,87 Ar,

lfd. Nr. 13, Flurstück 116/3, Gebäude- und Freifläche — Landwirtschaft, Bergweg 3, Größe 7,03 Ar,

lfd. Nr. 14, Flurstück 116/4, Gebäude- und Freifläche — Landwirtschaft, Bergweg 3, Größe 0,12 Ar,

lfd. Nr. 15, Flurstück 116/5, Gebäude- und Freifläche — Landwirtschaft, Bergweg 3, Größe 0,03 Ar,

soll am Freitag, dem 29. März 1996, 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Korbach, Hagenstraße 2, Raum 132, I. Stock, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 26. 7. 1995 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Norbert Schmidt, Korbach-Hillershausen.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 11 auf	13 090,— DM,
lfd. Nr. 12 auf	7 400,— DM,
lfd. Nr. 13 auf	204 500,— DM,
lfd. Nr. 14 auf	160,— DM,
lfd. Nr. 15 auf	850,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Korbach, 4. 1. 1996

Amtsgericht

558

K 48/94: Das im Grundbuch von Lampertheim, Blatt 8689, eingetragene Grundeigentum, 1 016/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück:

Flur 19, Nr. 483/3, Hof- und Gebäudefläche, Bachfeld 10 und 12, Größe 69,56 Ar, verbunden mit dem Sondereigentum an der Wohnung Nr. 512 im 11. OG (Gebäude West) und Sondernutzung des Kellerraumes Nr. 512 sowie des Tiefgaragenplatzes Nr. 512,

soll am Freitag, dem 3. Mai 1996, 10.30 Uhr, Saal 10, Stock I, Bürstädter Straße 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 14. 9. 1994 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Karin Fritsch, Wilhelmstraße 12, Lampertheim.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

250 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Lampertheim, 11. 1. 1996

Amtsgericht

559

K 19/95: Das im Grundbuch von Bürstadt, Blatt 5740, eingetragene Grundeigentum,

lfd. Nr. 6, Flur 21, Nr. 546/1, Hof- und Gebäudefläche, Nibelungenstraße 121, Größe 11,56 Ar,

soll am Freitag, dem 26. April 1996, 11.00 Uhr, Saal 10, Stock I, Bürstädter Straße 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 8. 6. 1995 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Hans Fetsch, Nibelungenstraße 115, Bürstadt.

Der Wert des Grundeigentums wird gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

525.000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Lampertheim, 12. 1. 1996

Amtsgericht

560

K 1/95: Das im Grundbuch von Groß-Rohrheim, Band 72, Blatt 3256, eingetragene Grundeigentum,

Flur 13, Nr. 21/4, Gebäude- und Freifläche (Gewerbe), Industriestraße 6, Größe 53,28 Ar,

Nr. 21/5, Gebäude- und Freifläche (Versorgung), Industriestraße 6 A, Größe 0,50 Ar,

soll am Freitag, dem 10. Mai 1996, 10.30 Uhr, Saal 10, Stock I, Bürstädter Straße 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Die Wertgrenzen der §§ 74 a und 85 a ZVG finden keine Anwendung.

Eingetragene Eigentümerin am 27. 1. 1995 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Firma Kunstoplast-Chemie GmbH, Oberursel/Taunus.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

1 150 000,— DM.

In einem früheren Versteigerungstermin ist der Zuschlag bereits nach § 85 a ZVG versagt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

Lampertheim, 15. 1. 1996

Amtsgericht

561

7 K 6/95: Folgender Grundbesitz, eingetragenen im Grundbuch von Ober-Roden, Band 244, Blatt 8774,

lfd. Nr. 1, Miteigentumsanteil von 18 500/100 000 an dem Grundstück Flur 25, Flurstück 237/4, Freifläche, Paul-Ehrlich-Straße 16, Größe 27,48 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an den nicht zu Wohnzwecken dienenden Räumlichkeiten, im Aufteilungsplan bezeichnet mit Nr. 4 sowie dem Sondernutzungsrecht an den Grundstücksflächen, im Freiflächenplan mit SNR4 gekennzeichnet;

das Miteigentum ist durch die zu den anderen Miteigentumsanteilen (Blatt 8771 bis 8782) gehörenden Sondereigentumsrechte beschränkt,

soll am Dienstag, dem 12. März 1996, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Zimmerstraße 29, Saal A, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 3. 4. 1995 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Erich Müller.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

530 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Langen, 2. 1. 1996

Amtsgericht

562

7 K 61/94: Folgender Grundbesitz, eingetragen im Grundbuch von Ober-Roden, Band 91, Blatt 4183,

lfd. Nr. 4, Flur 2, Flurstück 171/6, Gebäude- und Freifläche, Frankfurter Straße 37, Größe 13,25 Ar,

lfd. Nr. 5, Flur 2, Flurstück 171/7, Gebäude- und Freifläche, Zum Steckengärten, Größe 4,75 Ar,

soll am Donnerstag, dem 21. März 1996, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Zimmerstraße 29, Saal B, Erdgeschoß, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 2. 1. 1995 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Anna Fillips.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 4 auf 1 500 000,— DM,

lfd. Nr. 5 auf 330 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Langen, 2. 1. 1996

Amtsgericht

563

7 K 65/95: Folgendes Grundeigentum, eingetragen im Grundbuch von Staffel, Band 35, Blatt 1134,

lfd. Nr. 1, Flur 22, Flurstück 5, Ackerland am goldenen Morgen, Größe 16,78 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur 4, Flurstück 221/159, Landwirtschaftsfläche, Im Elbergemünd, Größe 14,54 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 22, Flurstück 12, Landwirtschaftsfläche, Am langen Rain, Größe 22,46 Ar,

soll am Freitag, dem 22. März 1996, 8.00 Uhr, Raum B 11, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude B, Walderdorffstraße 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 18. 8. 1995 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Karl Adolf Wiesinger; Limburg-Staffel.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 auf 5 873,— DM,

lfd. Nr. 2 auf 6 543,— DM,

lfd. Nr. 3 auf 7 861,— DM.

Bieter haben sich auszuweisen und müssen damit rechnen, daß sie in Höhe von mindestens 10% ihres Bargebotes Sicherheit zu leisten haben. Erforderlich dafür ist Bargeld,

von der Landeszentralbank bestätigter Scheck oder Bankbürgschaft.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Limburg a. d. Lahn, 28. 12. 1995 Amtsgericht

564

7 K 19/95: Das im Grundbuch von Marburg, Band 383, Blatt 12 774, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Marburg, Flur 26, Flurstück 101/31, Hof- und Gebäudefläche, Am Grün 36, Größe 1,20 Ar, Wert 300 000,— DM,

soll am Donnerstag, dem 11. April 1996, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Marburg, Universitätsstraße Nr. 48, Zimmer Nr. 157, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 16. 6. 1995/17. 7. 1995 (Tage der Versteigerungsvermerke):

Armin Meyer und Sedigheh Meyer, Am Grün 36, 35037 Marburg, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt wie oben angegeben.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Marburg, 3. 1. 1996

Amtsgericht

565

7 K 21/95: Das im Grundbuch von Brungershausen, Band 5, Blatt 108, eingetragene Grundeigentum,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Brungershausen, Flur 8, Flurstück 87, Freifläche, Althude 5, Größe 8,02 Ar,

soll am Donnerstag, dem 9. Mai 1996, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude, Universitätsstraße 48, 35037 Marburg, Zimmer 157, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 12. 7. 1995 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Dirk Röder und Sabine Röder geb. Meier, Alte Hude 5, 35094 Lahntal-Brungershausen.

Der Wert des Grundeigentums ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

330 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Marburg, 5. 1. 1996

Amtsgericht, Abt. 7

566

1 K 24/94: Das im Grundbuch von Schwarzenberg, Band 11, Blatt 383, eingetragene Grundeigentum,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Schwarzenberg, Flur 5, Flurstück 87/6, Gebäude- und Freifläche, Seckenbach 5, Größe 3,26 Ar,

soll am Freitag, dem 15. März 1996, 9.00 Uhr, Raum 4, Erdgeschoß, im Gerichtsgebäude, Kasseler Straße 29, 34212 Melsungen, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. 9. 1994 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Erich Weiß und Rosemarie Weiß geb. Thrän, Seckenbach 5, 34212 Melsungen-Schwarzenberg, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

200 000,— DM.

In einem früheren Versteigerungstermin ist der Zuschlag bereits nach § 85 a ZVG versagt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Melsungen, 3. 1. 1996

Amtsgericht

567

K 40/95: Das im Grundbuch von Erbach, Band 131, Blatt 4529, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Flur 10, Nr. 531/2, Gebäude- und Freifläche, Am Scheuerberg 34, Größe 16,46 Ar,

— Zweifamilienwohnhaus —, soll am Montag, dem 25. März 1996, 9.30 Uhr, Raum 129, S-Obergeschoß, im Gerichtsgebäude, Erbacher Straße 47, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 9. 6. 1995 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Willy Schuhmann, Erbach, Andrea Schuhmann geb. Gerhardt, Erbach, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

785 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Michelstadt, 14. 12. 1995

Amtsgericht

568

K 33/95: Das im Grundbuch von Seckmauern, Band 18, Blatt 788, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 3, Flur 4, Nr. 213, Gebäude- und Freifläche, Johann-Saul-Straße 4, Größe 11,17 Ar,

soll am Donnerstag, dem 4. April 1996, 9.30 Uhr, Raum 128, S-Obergeschoß, im Gerichtsgebäude, Erbacher Straße 47, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 29. 6. 1995 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Erna Pawlicki geb. Schmitt, Frankfurt am Main.

Der Wert des Grundbesitzes ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

490 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Michelstadt, 18. 12. 1995

Amtsgericht

569

1 K 25/95: Das im Grundbuch von Obbornhofen, Bezirk Nidda, Band 13, Blatt 728, eingetragene Grundeigentum,

Flur 2, Nr. 65, Landwirtschaftsfläche, An der Wohnbacher Straße, Größe 460,65 Ar,

Flur 5, Nr. 32, Landwirtschaftsfläche, Gänsberg, Größe 427,48 Ar,

Flur 11, Nr. 59/3, Landwirtschaftsfläche, Kinzigacker, Größe 39,77 Ar,

soll am Montag, dem 25. März 1996, 9.30 Uhr, Raum 2, im Gerichtsgebäude, Schloßgasse 23, 63667 Nidda, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 31. 7. 1995 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Irmgard Leschhorn, Hungen-Obbornhofen.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flur 2, Nr. 65 auf 115 162,50 DM,

Flur 5, Nr. 32 auf 79 083,80 DM,

Flur 11, Nr. 59/3 auf 8 948,25 DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Nidda, 9. 1. 1996

Amtsgericht

570

1 K 11/95: Das im Grundbuch von Nidda, Bezirk Nidda, Band 104, Blatt 4068, eingetragene Grundeigentum,

Flur 1, Nr. 764/1, Gartenland in der Vorstadt, Größe 4,88 Ar,

Flur 1, Nr. 764/2, Gartenland in der Vorstadt, Größe 2,64 Ar,

Flur 1, Nr. 762/1, Gebäude- und Freifläche, Schillerstraße 24, Größe 17,14 Ar, soll am Freitag, dem 17. Mai 1996, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Nidda, Schloßgasse 23, Raum 1, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 23. 2. 1995 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Firma Langstroff + Partner GmbH mit dem Sitz in Bad Nauheim.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flur 1, Nr. 764/1 auf 87 840,— DM,

Flur 1, Nr. 764/2 auf 47 520,— DM,

Flur 1, Nr. 762/1 auf 410 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Nidda, 9. 1. 1996

Amtsgericht

571

7 K 147/94: Durch Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Neu-Isenburg, Band 225, Blatt 8044, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Neu-Isenburg, Flur 4, Flurstück 332, LB 783, Hof- und Gebäudefläche, Buchenbuschweg 13, Neu-Isenburg, Größe 9,08 Ar,

am Mittwoch, dem 3. April 1996, 9.00 Uhr, Kaiserstraße 42 (Hinterhaus), Saal 311, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 30. 12. 1994 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Roland Mirsch, Mühlthal, — zur Hälfte,

b) Manfred Christ, Neu-Isenburg, — zu einem Viertel —,

c) Gabriele Christ geb. Uttrich, Neu-Isenburg, — zu einem Viertel —.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 480 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Offenbach am Main, 21. 11. 1995 Amtsgesamt

572

7 K 19/95: Durch Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungsgrundbuch von Dietzenbach, Band 296, Blatt 10 166, eingetragene 106/10 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Dietzenbach, LB 4723, Flur 12, Flurstück 383/5, Hof- und Gebäudefläche, Römerstraße 2, 2 a, Größe 73,27 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 176 bezeichneten Wohnung,

beschränkt durch die jeweils zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte,

am Mittwoch, dem 10. April 1996, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Kaiserstraße 42, Saal 311, III. Stock, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 7. 3. 1995 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Hans-Jürgen Plattner, Frankfurt am Main.

Der Wert des Grundstücksanteils ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

290 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Offenbach am Main, 22. 11. 1995 Amtsgesamt

573

7 K 116/94 verbunden mit 7 K 127/94: Durch Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungsteilungseigentumsgrundbuch von Neu-Isenburg, Band 334, 340, Blatt 11 300,

11 482, eingetragene 435/100 000 und 46/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Neu-Isenburg, Flur 4, Flurstück 5/11, LB 1, Gebäude- und Freifläche, Frankfurter Straße 178—184, Größe 36,58 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 2003 bezeichneten Wohnung, Nr. 2003 A bezeichneten Kellerraum und Nr. 506 B bezeichneten Tiefgaragenplatz,

beschränkt durch die jeweils zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte,

am Mittwoch, dem 13. März 1996, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Kaiserstraße 42, Hinterhaus, Saal 311, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 23. 11. bzw. 2. 11. 1994 (Tage des Versteigerungsvermerks):

Uhl, Holger, Karben.

Der Wert des Grundstücksanteils ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt bzgl.

der Wohnung auf 165 000,— DM,

des Tiefgaragenplatzes auf 15 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Offenbach am Main, 27. 12. 1995 Amtsgesamt

574

7 K 83/95: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Offenbach am Main, Band 522, Blatt 15 513, eingetragene Grundstück,

Gemarkung Offenbach am Main, Flur 1, Flurstück 497, Hof- und Gebäudefläche, Groß-Hasenbach-Straße 34, Größe 2,83 Ar,

am Dienstag, dem 12. März 1996, 9.00 Uhr, Kaiserstraße 42 (Hinterhaus), Saal 311, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. 7. 1995 (Tag des Versteigerungsvermerks):

a) Vlado Bodaljec,

b) Zlatica Bodaljec geb. Civic,

in Errungenschaftsgemeinschaft nach jugoslawischem Recht.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 330 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Offenbach am Main, 12. 12. 1995 Amtsgesamt

575

7 K 99/95: Durch Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungsgrundbuch von Neu-Isenburg, Band 401, Blatt 13 318, eingetragene 892/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Neu-Isenburg, Flur 4, Flurstück 184/1, Gebäude- und Freifläche, Ernst-Reuter-Straße, Größe 40,43 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 41 bezeichneten Wohnung und dem zugeordneten Sondernutzungsrecht an dem offenen Pkw-Stellplatz, im Aufteilungsplan Nr. 41,

beschränkt durch die jeweils zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte,

am Montag, dem 22. April 1996, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Kaiserstraße 42, Hinterhaus, Saal 311, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 21. 8. 1995 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Robert Oliver Neubauer, Neu-Isenburg.

Der Wert des Grundstücksanteils ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

170 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Offenbach am Main, 27. 12. 1995 Amtsgesamt

576

7 K 69/95: Durch Zwangsvollstreckung soll der im Wohnungsgrundbuch von Heusenstamm, Band 225, Blatt 7352, eingetragene 1 555/100 000 Miteigentumsanteil an dem Grundstück,

Gemarkung Heusenstamm, Flur 3, Flurstück 725/11, 8, 9, Gebäude- und Freifläche, Lerchenstraße (4), Größe 7,08, 12,77 und 24,06 Ar,

verbunden mit dem Sondereigentum an der im Aufteilungsplan mit Nr. 71 bezeichneten Wohnung und Nebenräumen sowie Sondernutzungsrecht am Pkw-Abstellplatz Nr. 13,

beschränkt durch die jeweils zu den anderen Miteigentumsanteilen gehörenden Sondereigentumsrechte,

am Mittwoch, dem 20. März 1996, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude D, Offenbach am Main, Kaiserstraße 42, Hinterhaus, Saal 311, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 1. 6. 1995 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Schwabe, Wilfried Otto Albert August, Wiesbaden.

Der Wert des Grundstücksanteils ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

120 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Offenbach am Main, 29. 12. 1995 Amtsgesamt

577

K 37/94: Die im Grundbuch von Oberzell, Band 24, Blatt 675, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Flur 17, Flurstück 4/1, Hof- und Gebäudefläche (Lagerhalle), Der Hohlgraben (eingeschossiges Lagergebäude, Sandbergstraße), Größe 5,26 Ar,

lfd. Nr. 3, Flur 17, Flurstück 4/9, Gebäude- und Freifläche, Hohlgraben (unbebautes Bauland), Größe 12,04 Ar,

sollen am Donnerstag, dem 28. März 1996, 10.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Dreibrüderstraße 12, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 29. 12. 1994 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks):

Heinrich Müller, Sinntal-Oberzell.

Der Wert der Grundstücke ist gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flur 17, Flurstück 4/1 auf 33 000,— DM,

Flur 17, Flurstück 4/9 auf 45 752,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

Schlüchtern, 13. 12. 1995

Amtsgericht

578

5 K 24/94: Das im Grundbuch von Friedrichsthal, Band 9, Blatt 253, eingetragene Grundeigentum,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Friedrichsthal, Flur 3, Flurstück 51, Bauplatz auf der Feldwiese, Größe 8,58 Ar,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Friedrichsthal, Flur 3, Flurstück 52, Bauplatz auf der Feldwiese, Größe 3,98 Ar,

soll am Dienstag, dem 14. Mai 1996, 9.00 Uhr, im Gerichtsgebäude Usingen, Weilburger Straße 2, Zimmer Nr. 11 (Sitzungssaal), durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 6. 7. 1994
(Tag des Versteigerungsvermerks):

Reinhard Böhm, Dietigheimer Straße 3,
Bad Homburg v. d. Höhe.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß
§ 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 auf 888 100,— DM,
lfd. Nr. 2 auf 411 900,— DM,

zusammen bebaut mit dem Rohbau eines
eingeschossigen Zweifamilienhauses.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf
der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird
hingewiesen.

Usingen, 3. 1. 1996

Amtsgericht

579

4 K 29/95: Das im Grundbuch von Usin-
gen, a) Band 68, Blatt 2304, eingetragene
Grundeigentum,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Usingen, Flur 7,
Flurstück 210/2, Grünland, Gärten unterm
Schlagweg, Größe 0,68 Ar,

lfd. Nr. 3, Gemarkung Usingen, Flur 7,
Flurstück 211/11, Gebäude- und Freifläche,
Fritz-Born-Straße 4 a, Größe 12,28 Ar,

b) eingetragen im Grundbuch von Usin-
gen, Band 103, Blatt 3345,

lfd. Nr. 2, Gemarkung Usingen, Flur 7,
Flurstück 211/13, Landwirtschaftsfläche,
Fritz-Born-Straße 4 a, Größe 2,07 Ar,

lfd. Nr. 2/zu 2, Geh- und Fahrrecht an dem
Grundstück Flur 7, Flurstück 186/4, einge-
tragen in Usingen, Blatt 5045, Abt. II Nr. 2,
soll am Dienstag, dem 7. Mai 1996, 9.00
Uhr, Raum 11, Sitzungssaal, Obergeschoß,

Weilburger Straße 2, 61250 Usingen, durch
Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 16. 8. 1995
(Tag des Versteigerungsvermerks):

Carolyn Lohr, Fritz-Born-Straße 4, 61250
Usingen.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß
§ 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

lfd. Nr. 1 (Blatt 2304) auf 42 000,— DM,
lfd. Nr. 3 (Blatt 2304) auf 1 200 000,— DM,
lfd. Nr. 2 (Blatt 3345) auf 120 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf
der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird
hingewiesen.

Usingen, 21. 12. 1995

Amtsgericht

580

3 K 57/95: Folgendes Grundeigentum, ein-
getragen im Grundbuch von Griedelbach
(OT von 35647 Waldsolms), Band 31, Blatt
774, halber Miteigentumsanteil an dem
Grundstück,

Gemarkung Griedelbach, Flur 2, Flurstück
78, Bauplatz, Am Berg 12, Größe 7,13 Ar,

— unbebautes Grundstück —,
soll am Donnerstag, dem 25. April 1996,
9.00 Uhr, Raum 201, 2. Stock, im Gerichts-
gebäude B, Wetzlar, Wertherstraße 1, durch
Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 10. 7. 1995
(Tag der Eintragung des Versteigerungsver-
merks):

Udo Hardt, Waldsolms.
Der Wert des ganzen Grundeigentums ist
gemäß § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf

85 560,— DM,
die Hälfte auf 42 780,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf
der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird
hingewiesen.

Wetzlar, 19. 12. 1995

Amtsgericht

581

3 K 28/95: Folgendes Grundeigentum, ein-
getragen im Grundbuch von Altenkirchen
(Stadtteil von 35619 Braunfels), Band 24,
Blatt 708,

lfd. Nr. 1 und 2, Gemarkung Altenkirchen,
Flur 1, Flurstück 261, Größe 1,40 Ar,

Flur 1, Flurstück 266, Größe 0,98 Ar,
beide Gebäude- und Freifläche, Wohnen,
Schmiedgasse 2 (Wohnhaus mit Stallgebäu-
de),

soll am Donnerstag, dem 2. Mai 1996, 9.00
Uhr, Raum 201, 2. Stock, im Gerichtsge-
bäude B, Wertherstraße 1, 35573 Wetzlar,
durch Zwangsvollstreckung versteigert wer-
den.

Eingetragene Eigentümer am 13. 4. 1995
(Tag der Eintragung des Versteigerungsver-
merks):

2 a) Kornelia Laut geb. Vogel,

2 b) Volker Laut, beide in Grävenwiesbach
5, — je zur Hälfte —.

Der Wert des Grundeigentums ist gemäß
§ 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt für

Flurstück 261 auf 117 800,— DM,
Flurstück 266 auf 8 360,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf
der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird
hingewiesen.

Wetzlar, 4. 1. 1996

Amtsgericht

Tragen Sie Verantwortung für den Brandschutz?

... dann müssen Sie seine
(ständig wechselnden)
neuesten Vorschriften bei
sich haben:

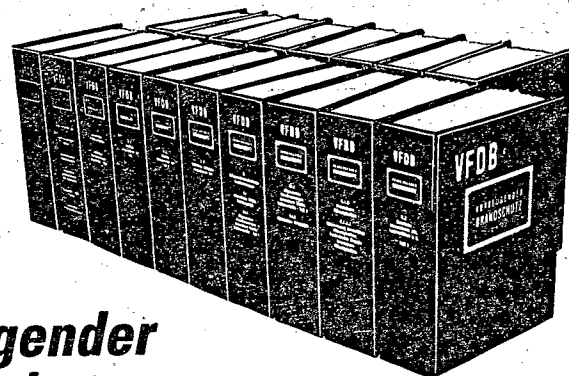
VFDB Vorbeugender Brandschutz,
einzige, stets
aktuelle Brandschutz-
Vorschriftensammlung —
die Bezieher unseres Werkes
haben sie griffbereit!

In 19 Ordnern sind alle gültigen
Gesetze und Verordnungen
aus Bund und Ländern,
nach Sach- und Geltungs-
bereichen gegliedert, enthalten.
Austauschlieferungen halten
sie regelmäßig auf dem
neuesten Stand

Herausgeber ist die Vereinigung
zur Förderung des
Deutschen Brandschutzes
(VFDB) e.V.

Loseblatt-
Sammlung
in 19 Bänden
DM 985,—
(Preisstand:
Januar 1994)

Begründet und aufgebaut von
Dipl.-Chem. Kurt Möbius †,
Bearbeitung:
Dipl.-Ing. Heinz Weck,
Ministerialrat a. D.



VFDB
Vorbeugender
Brandschutz

Verlag Kultur und Wissen GmbH, Marktplatz 13, 65183 Wiesbaden, Telefon (06 11) 3 60 98-31

Andere Behörden und Körperschaften

Sitzungen des Umlandverbandes Frankfurt

Die 15. – öffentliche – **Sitzung des Rechts- und Ältestenausschusses** findet am Montag, 5. Februar 1996, 13.00 Uhr, in Frankfurt am Main, Am Hauptbahnhof 18, 1. Obergeschoß, Sitzungsraum Nr. 102, statt.

Tagesordnung I:

1. 4. Änderungssatzung zur Hauptsatzung des UVF vom 23. April 1985
2. Geschäftsordnung des UVF

Die gemeinsame – öffentliche – **Sitzung des Wirtschafts- und Verkehrsausschusses** sowie des **Planungsausschusses** findet am Dienstag, 6. Februar 1996, 15.00 Uhr, in Frankfurt am Main, Am Hauptbahnhof 18, 1. Obergeschoß, Sitzungsraum Nr. 102, statt.

Tagesordnung I:

1. Beschaffung von Trink- und Brauchwasser für die Verbandsmitglieder
hier: Wasserstatistik 1994;
Sachstandsbericht zur Situation der Wasserversorgung
2. Waldschadensbericht des UVF als Grundlage der Fortschreibung des Generalverkehrsplans
3. Standorte für Windenergieanlagen im Verbandsgebiet
4. Mitteilungen und Anfragen

Fortsetzung der Tagesordnung für die 14. – öffentliche – **Sitzung des Planungsausschusses** im Anschluß an die gemeinsame Ausschußsitzung am 6. Februar 1996.

Tagesordnung:

1. Erklärung von Waldflächen zu Schutz- und Bannwald im Gebiet des UVF gemäß § 22 Hessisches Forstgesetz 1979

Die 17. – öffentliche – **Sitzung des Umwelt- und Gesundheitsausschusses** findet am Donnerstag, 8. Februar 1996, 16.00 Uhr, in Frankfurt am Main, Am Hauptbahnhof 18, 1. Obergeschoß, Sitzungsraum Nr. 102, statt.

Tagesordnung I:

1. Waldschadensbericht des UVF
2. Plutonium-Transporte über den Rhein-Main-Flughafen
3. Geplante Bioabfallkompostierungsanlage Oberursel
4. Mitteilungen und Anfragen

Die 18. – öffentliche – **Sitzung des Verbandstags in der V. Wahlperiode** findet am Dienstag, 13. Februar 1996, 16.00 Uhr, im Plenarsaal der Stadt Frankfurt am Main, Rathaus-Römer, Eingang Römerberg, statt.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen des Vorsitzenden des Verbandstags
2. Mitteilungen des Verbandsausschusses
3. Fragestunde gemäß § 12 der Geschäftsordnung
4. 4. Änderungssatzung zur Hauptsatzung des UVF vom 23. April 1985
5. Beschaffung von Trink- und Brauchwasser für die Verbandsmitglieder
hier: Wasserstatistik 1994;
Sachstandsbericht zur Situation der Wasserversorgung
6. Waldschadensbericht
- 6.1 Waldschadensbericht des UVF

6.2 Waldschadensbericht des UVF als Grundlage der Fortschreibung des Generalverkehrsplans

7. Erklärung von Waldflächen zu Schutz- und Bannwald im Gebiet des UVF gemäß § 22 Hessisches Forstgesetz 1979
8. Geschäftsordnung des UVF
9. Standorte für Windenergieanlagen im Verbandsgebiet
10. Plutonium-Transporte über den Rhein-Main-Flughafen
11. Geplante Bioabfallkompostierungsanlage Oberursel

Frankfurt am Main, 23. Januar 1996 **Umlandverband Frankfurt**
Der Verbandstag
D a u m, Vorsitzender

6. Änderung in der Zusammensetzung des Verbandstages des Umlandverbandes Frankfurt

Gemäß §§ 33 ff. des Hessischen Kommunalwahlgesetzes (KWG) in Verbindung mit § 58 der Kommunalwahlordnung (KWO) wird bekanntgegeben, daß die nachstehenden für den Verbandstag des Umlandverbandes Frankfurt am 7. März 1993 gewählte/n Bewerber/in des Wahlvorschlages

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

für den Wahlkreis I Herr Hans-Georg Michel
(Stadt Frankfurt am Main und Stadt Bad Vilbel)

für den Wahlkreis III Herr Prof. Dr. Eugen Ernst
(Hochtaunuskreis)

DIE GRÜNEN (GRÜNE)

für den Wahlkreis II Herr Thomas Weiterschan
(Stadt Offenbach am Main)

für den Wahlkreis V Frau Susanne Nöcker
(Landkreis Offenbach und Stadt Maintal)

ihr Mandat als Verbandsabgeordnete niedergelegt haben und der Bewerber des Wahlvorschlages

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)

für den Wahlkreis IV Herr Hermann Steinbrech
(Main-Taunus-Kreis und Stadt Kelsterbach)

verstorben ist.

Gemäß § 34 (1) KWG rücken an die Stellen der ausgeschiedenen Verbandsabgeordneten die nachstehend noch nicht berufene/n Bewerber/in des Wahlvorschlages

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

für den Wahlkreis I Herr Dr. Hans Wolter
Günthersburgallee 74
60389 Frankfurt am Main

für den Wahlkreis III Herr Bruno Hahn
Bachstraße 4
61276 Weilrod

DIE GRÜNEN (GRÜNE)

für den Wahlkreis II Frau Ulla Trobisch-Jenek
Schopenhauerstraße 45
63069 Offenbach am Main

für den Wahlkreis V Herr Dieter Kaufmann
Anemonenweg 8
63255 Langen

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU)

für den Wahlkreis IV Herr Klaus Lapatki
Hauffweg 5
65795 Hattersheim am Main

nach.

Gemäß § 34 (4) KWG sind gegen die Feststellung des Umlandverbandswahlleiters die Rechtsmittel nach §§ 25 bis 27 KWG gegeben.

Gegen die Gültigkeit der Feststellung kann jede/r Wahlberechtigte des Wahlkreises binnen einer Ausschlussfrist von zwei Wochen nach der Bekanntmachung Einspruch erheben. Der Einspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Umlandverbandswahlleiter, Am Hauptbahnhof 18, 60329 Frankfurt am Main, einzureichen.

Frankfurt am Main, 16. Januar 1996

Umlandverband Frankfurt
Der Umlandverbandswahlleiter

Öffentliche Werksausschußsitzung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg

Am Mittwoch, dem 6. März 1996, 10.00 Uhr, findet im Gebäude der Kreisverwaltung Südliche Weinstraße, An der Kreuzmühle 2, 76829 Landau, im dortigen Sitzungssaal eine Werksausschußsitzung des Zweckverbandes Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg statt.

Tagsordnung:

A. Öffentlicher Teil:

1. Eilentscheidungen
2. Vergaben unter 50 TDM
3. Vergaben

B. Nichtöffentlicher Teil:

1. Bericht
2. Genehmigung der Niederschrift
3. Verschiedenes

Mainz, 17. Januar 1996

Zweckverband Tierkörperbeseitigung in Rheinland-Pfalz, im Saarland, im Rheingau-Taunus-Kreis und im Landkreis Limburg-Weilburg
Gerhard Weber
Landrat und Vorstandsvorsteher

Änderung der Satzung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Kassel

Die Verbandsversammlung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums (KGRZ) Kassel hat in ihrer Sitzung am 28. November 1995 die Erhöhung des Stammkapitals auf 10 000 000 DM beschlossen. Die Satzung des KGRZ Kassel vom 11. Juni 1991, veröffentlicht im Staatsanzeiger für das Land Hessen Nr. 39 vom 30. September 1991, ändert sich wie folgt:

§ 14

Stammkapital

Die Höhe des Stammkapitals wird auf 10 000 000 DM festgesetzt.

Kassel, 11. Januar 1996

Kommunales Gebietsrechenzentrum Kassel
Der Vorstandsvorsitzende
H. Buchhaupt
Vorsitzender

Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 1996 des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar — Körperschaft des öffentlichen Rechts —

Auf Grund des Artikels 4 Absatz 1 des Staatsvertrages zwischen den Ländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz über die Zusammenarbeit bei der Raumordnung im Rhein-Neckar-Gebiet vom 3. März 1969 und auf Grund des § 27 der Satzung des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar — Körperschaft des öffentlichen Rechts — sowie der §§ 18 und 19 GKZ i. V. m. § 79 GemO hat die Verbandsversammlung des Raumordnungsverbandes Rhein-Neckar für das Haushaltsjahr 1996 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgestellt mit

- | | |
|---|--------------|
| 1. den Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je | 4 122 500 DM |
| davon im Verwaltungshaushalt | 4 013 500 DM |
| im Vermögenshaushalt | 109 000 DM |
| 2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen (Kreditermächtigung) in Höhe von | — |

3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von

§ 2

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 100 000 DM festgesetzt.

§ 3

Die Verbandsumlage wird nach § 30 der Verbandssatzung auf 1 890 825 DM festgesetzt.

Mannheim, 24. November 1995

Raumordnungsverband Rhein-Neckar
Der Verbandsvorsitzende
gez. Kleefoot

Die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung wurde vom Wirtschaftsministerium Baden-Württemberg mit Erlaß vom 22. Dezember 1995, Az.: 7-2446, 2/41 bestätigt.

Der Haushaltsplan liegt vom Tage der Veröffentlichung an sieben Werktagen beim Raumordnungsverband Rhein-Neckar, P 7, 20-21, 68161 Mannheim, zu jedermanns Einsicht aus.

Mindestgrößen der Landwirtschaftlichen Alterskasse Hessen gemäß § 1 Abs. 5 i. V. m. § 84 Abs. 5 ALG

Die Mindestgrößen der Landwirtschaftlichen Alterskasse Hessen gemäß § 1 Abs. 5 i. V. m. § 84 Abs. 5 ALG wurden durch die Vertreterversammlung am 20. November 1995 beschlossen. Gemäß § 1 Abs. 5 Satz 1 ALG wurde diesem Beschluß durch den Gesamtverband der landw. Alterskassen am 22. Dezember 1995 das Einvernehmen erteilt.

Die Mindestgrößen treten am 1. Januar 1996 in Kraft. Diese Mindestgrößen werden in einer der nächsten Ausgaben des offiziellen Mitteilungsblattes der Land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Hessen, der Landwirtschaftlichen Alterskasse Hessen und der Landwirtschaftlichen Krankenkasse Hessen „Sicher Leben“ veröffentlicht.

Die Mindestgrößen können während der üblichen Dienstzeit bei den beiden Verwaltungsstandorten der Landwirtschaftlichen Alterskasse Hessen in 64289 Darmstadt-Kranichstein, Bartningstraße 57, und in 34119 Kassel, Murhardstraße 18, eingesehen werden.

Darmstadt, 10. Januar 1996

Landwirtschaftliche Alterskasse Hessen
gez. Dietzel
Vorstandsvorsitzender

Anerkennung als Markscheider im Lande Hessen

Der Assessor des Markscheidefachs Dipl.-Ing. Thomas Bulowski ist nach § 1 des Gesetzes über die Anerkennung als Markscheider (Markscheidergesetz) vom 8. Februar 1989 (GVBl. I S. 85) als Markscheider im Lande Hessen anerkannt worden.

Der Ort seiner Niederlassung ist 06526 Sangerhausen.

Dies wird hiermit gemäß § 6 des Markscheidergesetzes öffentlich bekanntgemacht.

Wiesbaden, 12. Januar 1996

Hessisches Oberbergamt
76 h 02 05 — 85/3

Öffentliche Ausschreibungen

Magistrat der
STADT SCHWALBACH AM TAUNUS
Marktplatz 1—2
65824 Schwalbach am Taunus

1. **Öffentliche Ausschreibung**
2. **Instandsetzungsarbeiten an Verkehrsflächen im Rahmen des Straßenbauprogramms 1996 der Stadt Schwalbach am Taunus**
3. **Ausführungsfrist:**
Beginn: Mai 1996
Ende: Dezember 1996
4. a) Die Verdingungsunterlagen können bis **16. Februar 1996** beim Magistrat der Stadt Schwalbach am Taunus, Bau- und Planungsamt, IV. Obergeschoß, Marktplatz 1—2, 65824 Schwalbach am Taunus

- gegen vorherige Barzahlung bei der Stadtkasse Schwalbach a. Ts. oder Vorlage des quittierten Original-Einzahlungsbeleges in der Zeit von 8.00 bis 12.00 Uhr an allen Werktagen
 - außer samstags — abgeholt
 - oder auf schriftliche Anforderung, welcher der quittierte Original-Einzahlungsbeleg beigelegt sein muß, per Post zugeschickt werden.
- b) Für die Verdingungsunterlagen sind 40,— DM zu zahlen. Bei Zusendung durch die Post sind zusätzlich 10,— DM bei Inland- oder 20,— DM bei Auslandsversand für Porto und Verpackung zu zahlen. Der Betrag ist auf Kontonummer 0049 000 049 (BLZ 512 500 00) bei der Taunus-Sparkasse mit dem Vermerk **Instandsetzungsarbeiten an Verkehrsflächen** einzuzahlen. Der Betrag wird nicht zurückerstattet. Einreichung von Verrechnungsschecks ist nicht möglich.
5. a) Die Angebote müssen bis zum **Eröffnungstermin** eingehen.
- b) Anschrift für die Abgabe der Angebote:
Magistrat der Stadt Schwalbach am Taunus
— Bau- und Planungsamt —
Marktplatz 1—2
65824 Schwalbach am Taunus
- c) **Äußere Anschrift:**
Instandsetzungsarbeiten an Verkehrsflächen
(bitte Aufkleber benutzen).
- d) Angebote sind in Deutsch einzureichen.
6. a) Zur Eröffnung der Angebote werden nur Bieter oder deren Bevollmächtigte zugelassen.
- b) Eröffnung der Angebote:
Dienstag, den 26. März 1996, 9.00 Uhr, im Rathaus der Stadt Schwalbach a. Ts., Zimmer 301, Marktplatz 1—2, 65824 Schwalbach a. Ts.
7. Die Bindefrist endet am 10. Mai 1996.
8. Von den Unternehmen ist dem Angebot der Nachweis ihrer Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit gemäß der VOB Teil A § 8 Ziffer 3 beizufügen.
9. Eine Vertragserfüllungs- und Gewährleistungsbürgschaft in Höhe von 5% des Auftragswertes wird im Falle der Auftragserteilung verlangt.
- Für die Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen die Vergabebestimmungen ist der Regierungspräsident Darmstadt, Postfach 11 12 53, 64227 Darmstadt, zuständig.

Schwalbach am Taunus, 12. Januar 1996

Der Magistrat der Stadt
Schwalbach am TaunusDer Magistrat
der Stadt Königstein im Taunus

Bauvorhaben:	Neubau von Sozialwohnungen (20 Einheiten) und Eigentumswohnungen (11 Einheiten) und einer Garage mit 26 Stellplätzen als Doppelparker
Art der Leistung:	Herstellen der Baumaßnahme als Generalunternehmer
Daten zur Baumaßnahme:	Umbauter Raum
	Wohngebäude: ca. 10 700 m ³
	Garage: ca. 1 200 m ³
	Grundfläche
	Wohngebäude: ca. 3 700 m ²
	Garage: ca. 220 m ²
	Außenmauerwerk: ca. 600 m ³
	Stahlbeton: (Decken, Wände usw.): ca. 1 800 m ³
	Dachflächen: ca. 860 m ²
	Pflasterfläche: ca. 1 800 m ²
Änderungsvorschläge und Nebenangebote:	sind zugelassen
Ausführungszeit:	18. KW 1996 bis 22. KW 1997
Zuschlags- und Bindefrist:	19. April 1996
Ausgabe der Ausschreibungsunterlagen ab:	Montag, den 29. Januar 1996 im Bauamt der Stadt Königstein im Taunus, Burgweg 5 a, Zimmer 105
Schutzgebühr:	300,— DM
Eröffnungstermin:	11. März 1996, 10.00 Uhr

Der UMLANDVERBAND FRANKFURT (UVF) — Eigenbetrieb Abfallwirtschaft und Abfallentsorgung — schreibt hiermit für seine Deponie Brandholz im Hochtaunuskreis, Gemeinde Neu-Anspach, folgende Leistungen nach VOL öffentlich aus:

- Viertel- bzw. halbjährliche Hochdruckspülungen des Sickerwasserleitungsnetzes (Drainagen und Kanäle) der Deponie Brandholz.
- Jährliche TV-Kontrolle des Leitungsnetzes der Deponie Brandholz gemäß den Vorgaben des ATV Merkblattes M 143

Die Leistungen sind für den Zeitraum von 3 Jahren (1996—1998) zu erbringen.

Die Angebotsunterlagen können beim Umlandverband Frankfurt — Eigenbetrieb Abfallwirtschaft und Abfallentsorgung, Postfach 11 19 41 in 60054 Frankfurt/Main, gegen eine Erstattung der Vervielfältigungskosten von 10,— DM angefordert werden.

Auskünfte zur Ausschreibung können montags bis freitags in der Zeit von 9.00 Uhr bis 12.00 Uhr erteilt werden (Telefon 0 69 / 25 77 17 27 oder 0 69 / 25 77 17 28).

Als Angebotsformular ist ausschließlich das vom Umlandverband Frankfurt verwendete Formblatt zu verwenden.

Das Angebot ist an allen bezeichneten Stellen rechtsverbindlich zu unterschreiben und unter Verwendung des den Unterlagen beigelegten Adreßaufklebers, der zur Kennzeichnung verwendet werden muß, im verschlossenen Umschlag einzureichen.

Abgabefrist: 21. Februar 1996, 11.00 Uhr

Zuschlagsfrist: 31. März 1996

Der Bieter bleibt bis zum Ablauf der Zuschlagsfrist an sein Angebot gebunden.

Mit der Abgabe eines Angebots unterliegt der Bewerber den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote (§ 27 VOL/A).

Frankfurt am Main, 29. Januar 1996

Umlandverband Frankfurt

Eigenbetrieb Abfallwirtschaft und Abfallentsorgung

Stellenausschreibungen



Bei der
Stadt Langen
Kreis Offenbach

ist zum 1. Juli 1996 die Stelle der/des

hauptamtlichen Ersten Stadträtin/ hauptamtlichen Ersten Stadtrates

neu zu besetzen.

Die Wahl erfolgt für einen Zeitraum von sechs Jahren. Die Besoldung richtet sich nach B 3 der Bundesbesoldungsordnung.

Die Stadt Langen hat ca. 34 000 Einwohner und liegt inmitten des Städtedreiecks Frankfurt/Offenbach/Darmstadt. Es bestehen sehr gute Verkehrsverbindungen. Langen ist ein bedeutender Gewerbe- und Dienstleistungsstandort mit Betrieben aus unterschiedlichen Branchen und Sitz zahlreicher Behörden. Alle Schulformen sind vorhanden; ebenso großzügige Sportanlagen, ein Hallenbad sowie Kultur- und Freizeiteinrichtungen.

Bewerberinnen/Bewerber müssen die erforderliche Eignung und Befähigung nachweisen. Es werden umfangreiche Erfahrungen in leitenden Positionen, nach Möglichkeit in der kommunalen Verwaltung, erwartet.

Das Dezernat der/des Ersten Stadträtin/Stadtrates soll das Umwelt- und Ordnungsamt und das Bauamt sowie den Eigenbetrieb (Kommunale Betriebe Langen) umfassen. Eine Änderung der Dezernatsverteilung bleibt vorbehalten.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis spätestens 12. März 1996 unter dem Kennwort: „Wahl der/des Ersten Stadträtin/Stadtrates“ zu richten an den

**Vorsitzenden des Wahlvorbereitungsausschusses,
Herrn Stadtverordnetenvorsteher Karl Weber,
Südliche Ringstraße 80, Rathaus, 63225 Langen.**

Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung.

Das Hessische Landesamt für Straßen- und Verkehrswesen

sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt für das Dezernat „Verkehrs- und Elektrotechnik“ einen/eine

Mitarbeiter/in

für den Bereich Großraum- und Schwertransporte.

Aufgabengebiet:

Kraftfahrzeuge, die in ihren Abmessungen und Gewichten die zulässigen Grenzen der Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) und der Straßenverkehrsordnung (StVO) überschreiten, benötigen eine gesonderte Fahrerlaubnis. Den Mitarbeitern/innen in diesem Dezernat des Hessischen Landesamtes für Straßen- und Verkehrswesen obliegt die Aufgabe zu prüfen, ob diese Fahrzeuge die Straßen befahren können oder nicht und/oder mit welchen Auflagen und Bedingungen die Erlaubnis gegeben werden kann.

In einem Expertenteam von Verkehrs- und Brückenbauingenieuren und -technikern haben Sie die Aufgabe der selbständigen Bearbeitung von einfachen oder Regelfällen einschließlich der Führung und Aktualisierung des Straßendatenmaterials.

Sie sollten über folgende Kenntnisse verfügen:

- Straßenbau- und straßenverkehrstechnische Grundkenntnisse
- Erfahrung im Umgang mit Straßenkartendarstellungen
- Erfahrungen mit EDV-Anlagen.

Wenn Sie darüber hinaus Interesse am Straßenbau und der Straßenverkehrstechnik haben und gewandt sind im Umgang mit Antragstellern und anderen Behörden sowie über Engagement und Teamgeist verfügen, sollten Sie sich bewerben.

Die Vergütung erfolgt je nach Berufsverlauf bis maximal zur Vergütungsgruppe V c BAT.

Für den Bereich, in dem die Stelle zu besetzen ist, besteht auf Grund eines Frauenförderplanes die Verpflichtung, den Frauenanteil zu erhöhen. Bewerbungen von Frauen sind daher besonders erwünscht.

Es ist möglich, die Stelle mit zwei Teilzeitkräften zu besetzen. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Wenn Sie sich von dieser Stellenausschreibung angesprochen fühlen, richten Sie Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen und evtl. Hinweisen auf besondere Kenntnisse und Fähigkeiten bitte bis spätestens drei Wochen nach Erscheinen dieser Ausschreibung an das

**Hessische Landesamt für Straßen- und Verkehrswesen,
Wilhelmstraße 10, 65185 Wiesbaden.**

Wir bitten, uns nur Kopien zuzusenden, da wir Ihnen Ihre Unterlagen aus Kostengründen nicht zurücksenden können.



Der Bundesrechnungshof

Prüfungsbeamter/-beamtin des gehobenen Dienstes bei der Außenstelle des Bundesrechnungshofes in Bonn

Sie werden Prüfungs- und Beratungsaufgaben insbesondere auf den Gebieten Aufbau- und Ablauforganisation oberster Bundesbehörden einschließlich der Verlegung des Regierungssitzes nach Berlin, Fach- und Dienstaufsicht durch Bundesbehörden übernehmen.

Die Tätigkeit ist **interessant und vielseitig**. Sie erfordert selbständiges Arbeiten, Initiative und die Fähigkeit, sich rasch in wechselnde Aufgaben und Probleme eindenken zu können. Aufstiegschancen — auch kurzfristig — in die Besoldungsgruppe A 13 g BBesG (Oberrechnungsrät/-rätin) sind gegeben. Beim Bundesrechnungshof wird eine Zulage für oberste Bundesbehörden gezahlt.

Wir denken an **Beamte/Beamtinnen des gehobenen nicht-technischen Dienstes**, möglichst der Besoldungsgruppe A 11 oder A 12 BBesG, mit mehrjähriger entsprechender Berufserfahrung, möglichst im Organisationsbereich oberster Bundes-/Landesbehörden.

Überdurchschnittliche Prüfungsergebnisse und Beurteilungen sowie Kenntnisse auf dem Gebiet des Haushaltsrechts setzen wir voraus. Wir erwarten auch Aufgeschlossenheit für Fragen der Personalwirtschaft und Datenverarbeitung.

Wenn Sie darüber hinaus **kontaktfreudig und flexibel** sind, Ihre Auffassung in Wort und Schrift überzeugend vertreten können und gern im Team arbeiten, finden Sie bei uns ein außergewöhnliches Aufgabengebiet. Selbstverständlich arbeiten wir Sie ein und bilden Sie weiter.

Schwerbehinderte Bewerber/innen werden bei gleicher Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Der Bundesrechnungshof ist bestrebt, den Anteil der Frauen im Prüfungsdienst zu erhöhen und fordert deshalb qualifizierte Bewerberinnen ausdrücklich zur Bewerbung auf.

Bitte senden Sie Ihre Bewerbung unter dem Kennzeichen „VII 6“ bis **spätestens 1. März 1996** mit tabellarischem Lebenslauf und ausführlichem beruflichen Werdegang, Zeugnissen, Beurteilungen und neuem Lichtbild an den

Bundesrechnungshof,

— Referat Pr/P —,
60284 Frankfurt.

Evtl. Fragen beantworten wir Ihnen auch gern telefonisch. Sie erreichen uns unter der Ruf-Nr. (0 69) 21 76-21 23 (Herr Marquardt).



Der Präsident des Hessischen Rechnungshofs

Infolge Wechsels des derzeitigen Stelleninhabers ist baldmöglichst die Stelle als

Leiterin/Leiter

des Staatlichen Rechnungsprüfungsamts Kassel neu zu besetzen.

Das Staatliche Rechnungsprüfungsamt Kassel ist eine nachgeordnete Behörde des Hessischen Rechnungshofs. Ihm obliegt in seinem Zuständigkeitsbereich gemäß § 100 LHO die weisungsgemäße Durchführung von Aufgaben der Finanzkontrolle in der Landesverwaltung. Darüber hinaus ist das Staatliche Rechnungsprüfungsamt für die Prüfung der Finanzvorfälle nach § 56 HHGrG zuständig.

Die Aufgabenvielfalt verlangt in hohem Maße Führungsqualität, Durchsetzungs- und Integrationsvermögen. Fachwissen und Erfahrungen auf dem Gebiet des öffentlichen Finanzwesens sind notwendig.

Wenn Sie diese Voraussetzungen erfüllen, überdurchschnittlich qualifiziert, zudem eine Persönlichkeit mit Verhandlungsgeschick sowie der Bereitschaft zu hohem Engagement sind und über die erforderliche Belastbarkeit verfügen, sind Sie für uns die richtige Frau/der richtige Mann. Dabei setzen wir selbstverständlich voraus, daß Sie zumindest eine Ausbildung im gehobenen Verwaltungsdienst oder eine vergleichbare Ausbildung haben und sich einer neuen Herausforderung stellen wollen.

Eine Stelle der Besoldungsgruppe A 14 BBesG steht zur Verfügung. Aufstiegsmöglichkeiten sind gegeben.

Eine sechsmonatige Einarbeitungszeit beim Hessischen Rechnungshof in Darmstadt ist vorgesehen.

Schwerbehinderte Bewerber/innen werden bei gleicher Eignung bevorzugt.

Der Hessische Rechnungshof ist bestrebt, den Anteil der Frauen zu erhöhen. Bewerberinnen sind ihm daher willkommen.

Bewerbungen sind mit den üblichen Unterlagen wie tabellarischem Lebenslauf, Lichtbild, dienstlichem und privatem Telefonanschluß sowie letzter dienstlicher Beurteilung oder letztem Dienstzeugnis bis zum 26. Februar 1996 zu richten an den

**Präsidenten des Hessischen Rechnungshofs,
Eschollbrücker Straße 27, 64295 Darmstadt.**

Vertraulichkeit wird zugesichert.

Das Hessische Landesamt für Straßen- und Verkehrswesen

in Wiesbaden sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt für das
Dezernat „Verkehrs- und Elektrotechnik“ für den Bereich
Großraum und Schwertransporte einen/eine

Bauingenieur/in (FH)

Ihr Aufgabengebiet:

Sie sind zuständig für knapp 6000 Brücken und ein Straßennetz von etwa 16 500 km Autobahn und Bundes-, Landes- und Kreisstraßen. Hierfür führen Sie die brückenbautechnische Prüfung von Zustimmungsanträgen für den Großraum- und Schwerverkehr sowie die Routenprüfung mittels eines modernen EDV-Graphik-Arbeitsplatzes durch.

Im einzelnen:

- Statische Beurteilung der Brückenbauwerke, Überprüfung der Durchfahrthöhen, Baustellen und Engstellen
- Ständige Aktualisierung von notwendigen Spezialdaten
- Aufbau und Verwaltung der Anträge und ggf. statistische Auswertungen
- Nach eingehender Schulung Übernahme der Administrator-Funktion für unser EDV-System

Wir erwarten von Ihnen:

- Ein abgeschlossenes Bauingenieurstudium (FH)
- Statisch-konstruktive Kenntnisse
- EDV-Kenntnisse
- Praktische Erfahrung auf den genannten Gebieten oder die Bereitschaft, sich in ein neues Aufgabengebiet einzuarbeiten
- Organisationsgeschick
- Interesse am Straßenbau und der Straßenverkehrstechnik

Die Vergütung erfolgt je nach Vorkenntnissen und Berufsverlauf bis maximal zur Vergütungsgruppe II a BAT.

Für den Bereich, in dem die Stelle zu besetzen ist, besteht auf Grund eines Frauenförderplanes die Verpflichtung, den Frauenanteil zu erhöhen. Bewerbungen von Frauen sind daher besonders erwünscht.

Die Stelle kann auch mit zwei Teilzeitkräften besetzt werden. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung und Befähigung bevorzugt berücksichtigt.

Wenn Sie sich von dieser Stellenausschreibung angesprochen fühlen, richten Sie Ihre Bewerbung mit den üblichen Unterlagen und evtl. Hinweisen auf besondere Kenntnisse und Fähigkeiten bitte bis spätestens 3 Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige an das

Hessische Landesamt für Straßen- und Verkehrswesen,
Wilhelmstraße 10, 65185 Wiesbaden.

Wir bitten, uns nur Kopien zuzusenden, da wir Ihnen Ihre Unterlagen aus Kostengründen nicht zurücksenden können.

Postvertriebsstück

Verlag Kultur und Wissen GmbH

Postfach 22 29, 65012 Wiesbaden.

Entgelt bezahlt

D 6432 A



Beim Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst

ist ab sofort die Stelle einer/eines

Mitarbeiterin/Mitarbeiters

(Vergütungsgruppe II a BAT)

im Referat für Stellenbewirtschaftung und Rechtsstreitigkeiten vor den Arbeits- und Sozialgerichten befristet bis Januar 1997 zu besetzen.

Die Bewerberinnen und Bewerber sollen die zweite juristische Staatsprüfung mit Prädikat abgelegt haben.

Die Stelle ist grundsätzlich teilbar. Bewerbungen von Frauen sind besonders erwünscht.

Bei gleicher Eignung werden Schwerbehinderte bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind mit den üblichen Unterlagen bis vier Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige zu richten an das

Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst,
Referat Z I 2,
Postfach 32 60, 65022 Wiesbaden.

Reklamationen

bei Ausbleiben des Staatsanzeigers bitte sofort an den Verlag richten (Tel. 06 11 / 3 60 98-57).

Nachlieferung durch den Verlag gegen Entrichtung der Gebühren lt. Impressum.

An unsere Bezieher

Unsere Dauerabonnenten für Einbanddecken zum „Staatsanzeiger für das Land Hessen“ werden Anfang März mit dem Jahrgang 1995 (3 Decken) beliefert.

Sollten Sie noch kein Dauerbezieher sein, nehmen wir gern Ihr Abonnement auf.

Auch Einzelbesteller bitten wir um ihre Order, melden Sie uns Ihren Bedarf.

Eine zusätzliche Bestellkartenaktion entfällt.

— Vertriebsleitung —

STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN

STAATSANZEIGER FÜR DAS LAND HESSEN. Erscheinungsweise: wöchentlich montags. Verlag: Verlag Kultur und Wissen GmbH, Marktplatz 13, 65183 Wiesbaden. Telefon: 06 11 / 3 60 98-0, Telefax: 06 11 / 30 13 03. Verlagsleitung: Werner Augsburger. Anzeigenannahme und Vertrieb siehe Verlagsanschrift. Vertrieb: Gabriele Belz, Telefon: 06 11 / 3 60 98-57. Bezugspreis: jährlich 112,40 DM (inklusive Versandkosten und USt.). Bankverbindung: Hessische Landesbank Frankfurt, BLZ 500 500 00, Konto-Nr. 15 542 004. Abonnementkündigung mit einer Frist von sechs Monaten zum 30. 6. und 31. 12. möglich. Der Preis eines Einzelstückes beträgt 7,50 DM (inkl. Versandkosten und USt.). Einzelhefte gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postgirokonto des Verlages Frankfurt am Main, BLZ 500 100 60, Nr. 1173 37-601. Herausgeber: Hessisches Ministerium des Innern und für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz.

Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils: Regierungsberrätin Bettina Macik; Redaktion: Telefon 06 11 / 3 53-6 74; für die technische Redaktion und den „Öffentlichen Anzeiger“: Dietrich Poetter, Telefon 0 61 22 / 77 09-32, auch zuständig für Anfragen und Auskünfte technischer Art über den redaktionellen Teil des Staatsanzeigers (Fortdrucke, Sonderdrucke, Beilagen usw.) sowie den „Öffentlichen Anzeiger“ zum Staatsanzeiger für das Land Hessen (Anzeigen). Druck: Druck- und Verlagshaus Chmielorz GmbH, Ostring 13, 65205 Wiesbaden-Nordenstadt. Redaktionsschluß für den amtlichen Teil: jeweils mittwochs, 12.00 Uhr, Anzeigenschluß: jeweils donnerstags, 12.00 Uhr, für die am übernächsten Montag erscheinende Ausgabe, maßgebend ist der Posteingang. Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 21 vom 1. Januar 1985. Der Umfang der Ausgabe Nr. 5 vom 29. Januar 1996 beträgt 56 Seiten.